

PROTOKOLL Nr. 124

Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V. (aej)

**vom 21. bis 24. November 2013
in Berlin**

Delegierte nach § 7 Abs. 1

Ablass, Althaus, Bahlmann, Bär, Dr. Bauer, Behrendt, Bergemann, Bilz, Birkeneder, Bockhacker, Brachmann, Brehm, Büge, Burger, Cerny, Czimczik, Dedekind, Deitigsmann, Duckstein, Eisenblätter, Englert, Enthöfer, Dr. Evers, Feldkamp, Fenko, Friebe, Friedewald, Gabler, Gaumann, Grimmell, Grün, Hammer, Hänsel, Hirsch, Hofmann, Horrer, Hoßfeld, P. Israel, Jüngst, Kakuschke, Kienle, Koch, Köhler, Lehmann, Lohrengel, Lux, Maisner, Meyer C., Neumann, Ossig, Paul, Peters, Potempa, Pullen, Rück, Ruf, Rumpff, Sachse, Scharff, Schimmel, Schlottau, Schmidt, Schmeing, Schneider, Schröder, Schuh, Schütze, Siemen, Spengler, Steinberg, Streck, Teixeira, Trumann, Ulbricht, Vogt, Wagner, Walther, Weber T., Will, Weinknecht, Westerheide, Wilinski, Dr. Werner, Wildermuth, Wuwer, Zettel, Zwick, Zywek

§ 7 Abs. 3

Beck, Bethke, Bußmann, Dachwitz, Dassler, Labsch, Müller, Peters, Dr. Schalla, von Winning

§ 7 Abs. 4

Drey, Prof. Dr. Eilert, Klöpper, Kreutz, Moritz, Pappert

Gäste

Bahne, Beeres-Fischer, Brüne, Buck, von Campenhausen, von Deylen, Grein, Grün S., Fähndrich, Flügge, Fröhlen, Hempel, Henkel, Husemann, Jessa, Khanide, Kehler, Keine, Kirchner, Koepf, Kronberg (Technik), Küstner, Meier F., Merfort, Müller L., Möller, Neuhaus, Ochel, Otten, Oxen, Quasebarth, Dr. Schambach, Scholz, Schumacher, Stalter, Töpfer, Tyvi, Dr. Überschar, Utpatel, Waldmann, Wernikowski, Wolf

Mitarbeiter(innen) der aej-Geschäftsstelle

Abel, Albes, Aumann, Corsa, Ertel, Freitag, Glatz, Groschwitz, Hisleiter, Jahn, Keachie, Klingenhagen, Kühnle, Dr. Laser, Malten, Pleyer, Dr. K. Schulz, O. Schulz, Stoll, Thesenvitz, Weber

TAGESORDNUNG

(Stand: 28. Oktober 2013)

der 124. Mitgliederversammlung der aej vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Eröffnung/Andacht/Grußworte

- TOP 1** Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 2** Feststellung der Tagesordnung
- TOP 3** Genehmigung des Protokolls Nr. 123 und Bericht über die Umsetzung von Beschlüssen
- TOP 4** aej-Jahresbericht 2013 „Präsent sein“
 - 4.1 Einbringung und Aussprache
- TOP 5** Haushalt und Finanzen
 - 5.1 Jahresrechnung 2012
 - 5.2 Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastung (*gemäß schriftlicher Vorlage*)
 - 5.3 Haushalt 2014
 - 5.4 aej-Beitragsordnung
- TOP 6** Wahlen 2013: Nachwahl Vorstand für das ausscheidende Vorstandsmitglied Mieke Bethke, Gemeindejugendwerk des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland KdöR (GJW)
- TOP 7** Wahlen 2014: Einsetzung eines Nominierungsausschusses
- TOP 8** Schwerpunktthema „Reformationsdekade und Reformationsjubiläum 2017“
- TOP 9** Anträge
- TOP 10** Termine
- TOP 11** Verschiedenes

Eröffnung / Andachten / Grußworte

Die anwesenden Delegierten sowie die Gäste der 124. Mitgliederversammlung (MV) und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle werden vom Vorsitzenden der aej Dr. Thomas Schalla begrüßt.

Die **Eröffnungsandacht** am 21. November 2013 halten im Anschluss an die Begrüßung für die landeskirchliche Säule Ekkehard Kirchner, Chris Patricia Hänsel, Kevin Jessa, Evangelische Jugend Berlin – Brandenburg – schlesische Oberlausitz.

Die weiteren **Andachten** werden am Freitag, den 22. November 2013 gehalten von Henning Scharff (Jugendwerk der SELK) für die Säule der Freikirchen; am Samstag, den 23. November 2013 von Rudolf Westerheide (EC) für die Säule der Werke und Verbände; am Sonntag, den 24. November 2013 von Steve Kennedy Henkel, Jugenddelegierter in der EKD Synode.

Am Samstag, den 23. November 2013 findet ein **Gottesdienst** in der Sophienkirche statt. Anschließend ist beim Bevollmächtigten des Rates der EKD die 3. JUPP!-Preisverleihung mit Büffet und Verabschiedung langjähriger Delegierter.

Grußworte

Sini Tyvi, Ökumenischer Jugendrat in Europa (EYCE)

Hilary Keachie, Bundesfreiwillige, Projektmitarbeiterin für die Vorbereitung des Projektes Interreligious Youth Forum (IRYF) in Stuttgart im Jahr 2015.

- TOP 0** **Versammlungsleitung**
Die Versammlungsleitung der 124. Mitgliederversammlung (MV) hat der Vorsitzende Dr. Thomas Schalla.
- TOP 1** **Feststellung der Beschlussfähigkeit**
Nach § 9 Abs. 2 der Satzung ist die MV beschlussfähig, wenn dazu ordnungsgemäß eingeladen wurde und mindestens zwei Drittel der Mitglieder durch anwesende Delegierte vertreten sowie mindestens je drei Delegierte aus jeder in § 4 Abs. 1 benannten Mitgliedergruppe anwesend sind. Nach Aufruf der einzelnen Mitglieder durch den Vorsitzenden wird die form- und fristgerechte Einladung zur MV sowie deren Beschlussfähigkeit festgestellt: anwesend sind Delegierte von 32 Mitgliedern und von 4 außerordentlichen Mitgliedern; alle Mitgliedergruppen sind ausreichend vertreten.
- TOP 2** **Feststellung der Tagesordnung**
Die Einladung wurde am 16. August 2013 versandt, die Tagesordnung mit Stand vom 28. Oktober 2013 wird einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Mitgliederversammlung fest.

Auf der Grundlage des Beschlusses der 103. Mitgliederversammlung 1995 wird innerhalb der gesamten Tagesordnung nach dem Prinzip der „quotierten Redeliste“ verfahren.
- B** Beschluss: mehrheitlich **angenommen**.

Die Delegierten erklären, dass die Gäste für die Dauer der 124. MV Rederecht erhalten.
- B** Beschluss: einstimmig **angenommen**.

Der Antragsschluss wird auf Samstag 15.00 Uhr festgelegt.
- TOP 3** **Genehmigung des Protokolls Nr. 123**
B Das Protokoll der 123. MV vom 22. bis 25. November 2012 in Plön wird in der vorliegenden Form ohne Änderungen mit einigen Enthaltungen mehrheitlich **angenommen**.

Der Bericht über die Umsetzung der Beschlüsse liegt als Tischvorlage schriftlich vor und wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
- TOP 4** **aej-Jahresbericht 2013**
Der Vorsitzende Dr. Thomas Schalla führt mündlich in den aej-Jahresbericht 2013 „Präsent sein“ ein (*Einbringung siehe Anlage*).

Zusammenfassend wird die Aussprache im Plenum festgehalten:

Lisa Schneider, Baden, dankt für den guten und ausführlichen Jahresbericht. Sie macht gleichzeitig deutlich, dass dieser Bericht als Publikation für die Kommunikation nach außen sehr sinnvoll ist – allerdings die interne Berichterstattung des Vorstandes an die Mit-

gliederversammlung nach innen vermissen lässt.

Die Intention des Jahresberichtes ist die Konzentration auf Inhalte und die Erkennbarkeit von Schwerpunkten. Der Bericht des Vorstandes an die Mitglieder erfolgt über die Protokolle im Infoportal und über die Berichte aus den Sitzungen des Vorstandes. Der Vorstand greift diese Anregungen für die weiteren Beratungen auf.

Auf die Frage nach der Gestaltung der weiteren Zusammenarbeit zwischen der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und den ökumenischen Partnern wie z. B. dem Ökumenischen Jugendrat in Europa (EYCE) wird erwidert, dass der EYCE davon Abstand genommen hat als Partnerorganisation für die KEK zur Verfügung zu stehen. Er sucht neue Kooperationsformen mit anderen Minderheitenkirchen und anderen assoziierten Organisationen.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit im BundesForum Kinder- und Jugendreisen e. V. und wo ist die „rote Linie“ zu ziehen gegenüber den kommerziellen Anbietern in diesem Bereich?

Zusammenarbeit heißt, genau zu beobachten, was gewerbliche Anbieter tun, statt ihnen das Feld alleine zu überlassen. Politik und Fördergeber behandeln jugendverbandliche Angebote und kommerzielle Anbieter gleich. Hier wird die „rote Linie“ überschritten. Deshalb ist genau darauf zu achten, was das besondere Profil und das Alleinstellungsmerkmal evangelischer Kinder- und Jugendreisen ist und wie es nach außen überzeugend dargestellt werden kann.

Wie wird in der EKD-Ad-hoc-Kommission für diakonische und gemeindepädagogische Berufsprofile die Einordnung in den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) vorgenommen?

Strittig ist nicht das formal Abstrakte, sondern sind die Inhalte der Ausbildungsgänge und die theologische Betrachtung: Gibt es eine religiöse und spirituelle Kompetenz, die eine Rolle spielt?

Die Unterarbeitsgruppen sind in einem Formulierungsprozess. Die Ergebnisse der Kommission sind noch nicht öffentlich und werden dem Rat der EKD im Jahr 2014 vorgelegt.

Die aej setzt ihre Arbeit am Profil für hauptberufliche Mitarbeiter(innen) fort. Es hat ein Fachgespräch mit aej und 5 Hochschulen stattgefunden, in dem deutlich wurde, dass kein einheitliches Berufsbild vermittelt wird und die Hochschulen sehr sensibel reagieren, wenn bei ihnen der Eindruck entsteht, man wolle man ihnen „reinreden“. Allerdings ist mit dem Gespräch der Anfang gemacht für die breite und notwendige Verständigung über das Berufsbild.

Der aej-Jahresbericht wird an alle Tagungsausschüsse verwiesen.

TOP 5 Haushalt und Finanzen

TOP 5.1 Jahresrechnung 2012

Ottokar Schulz, Geschäftsführer der aej, bringt die Jahresrechnung 2012 als Power-Point-Präsentation in die MV ein.

Die Jahresrechnung wird zur weiteren Beratung an den Tagungsausschuss für Finanzen und Rechtsfragen verwiesen.

Auf Rückfrage wird die Struktur der Sachbücher erläutert: Im Sachbuch 02 werden überjährige Projekte sowie projektbezogene Rückstellungen gebucht. Der hier dargestellte Aufwand ergibt sich zusätzlich zu den unterjährigen Aufgaben und Projekten, die im ordentlichen Haushalt abgebildet sind.

Darüber hinaus existieren weitere Sachbücher, z. B. zur Vermögensanlage der aej oder aber auch für das Rechnungswesen Dritter (weiterer Mandanten).

Angefragt wird die Situation der Gehälter der aej-Mitarbeitenden und ihre tarifliche Einordnung. Ottokar Schulz führt aus, dass die aej tariffrei entsprechend der Dienstvertragsordnung der EKD (DVO-EKD) ihre Gehälter zahlt. In der Regel ist das jeweilige Tarifwerk des TVöD in der Fassung Bund/Kommune auch für die DVO-EKD gültig. Allerdings erfolgt dieses nicht immer synchron, da Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes erst durch die Arbeitsrechtliche Kommission bestätigt werden müssen, was mitunter einige Monate später erfolgt. Sind tarifliche Gehaltserhöhungen vereinbart worden, ist oftmals ein „Stau“ zu erwarten, da die spätere Anpassung oft zusätzliche Einmalzahlungen auslöst, die stark haushaltsbelastend sind.

Claudius Rück, Arbeitsgemeinschaft Evangelische Schülerinnen- und Schülerarbeit (AES), kritisiert die Darstellung der Mehr- und Minderausgaben der Jahre 2008 bis 2012 für den Bereich „Schüler(innen)arbeit/AES“. Die AES-Aktivitäten seien immer kostendeckend gewesen; dieses habe er auch schon im Vorjahr ausgeführt.

Ottokar Schulz erwidert, dass er von Tagungsausschuss und Mitgliederversammlung den Auftrag habe, die Finanzentwicklung der „angedockten“ Arbeitsbereiche darzustellen. Hierzu gehöre auch der Arbeitsbereich „Schüler(innen)arbeit/AES“. Es sei richtig, dass nicht alle Veranstaltungen im Auftrag der AES durchgeführt worden seien, sondern es auch Aktivitäten auf Initiative der aej gegeben habe, die in dieses Arbeitsfeld fallen. Dargestellt seien in der Auflistung Mehr- bzw. Minderausgaben gegenüber den zugeteilten Budgets. Die jeweilige Deckung sei durch zusätzliche KJP-Mittel bzw. durch eigene Mittel der aej erfolgt. Beide, sowohl die eigenen Mittel als auch die hierfür eingesetzten KJP-Mittel sind fast gegenseitig deckungsfähig, so dass in seinen Augen diese Darstellung legitim sei.

Aus dem Tagungsausschuss für Finanzen und Rechtsfragen kommen folgende Anmerkungen:

Perspektivisch ist eine Überarbeitung des Prüfungsauftrages von Curacon und internen Rechnungsprüfern im Verhältnis zueinander notwendig.

Der Bereich FSJ steigt ständig an. Die Diakonie und die Evangelische Jugend erhalten Zuwendungen; dazu wird im Jugendverband aej eine Arbeitsgruppe gebildet. Die Steuerung wird überprüft. Welche Gelder werden an die Evangelische Jugend und welche an die Diakonie gegeben? Die Mehrheits- und Machtverhältnisse müssen überprüft werden.

Wechsel von Kameralistik auf kaufmännische Buchführung: Die Empfehlung ist, zuerst Gespräche mit der EKD zu führen, dann einen Bericht an die MV 2014 zu geben und des Weiteren eine Behandlung im Förder- und Finanzpolitischen Beirat (FFPB) vorzunehmen. Das bisherige System hat sich bislang bewährt.

TOP 5.2 Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastung

Dennis Fröhlen stellt im Namen des Teams der Rechnungsprüfer den schriftlich vorliegenden Bericht vor.

Zur weiteren Beratung wird der Bericht der Rechnungsprüfer an den Tagungsausschuss für Finanzen und Rechtsfragen überwiesen.

Der Tagungsausschuss für Finanzen und Rechtsfragen empfiehlt der aej-MV die Annahme des Beschlussvorschlags.

- B** Die MV beschließt **mehrheitlich bei 3 Enthaltungen** auf Antrag der Rechnungsprüfer die Entlastung des Vorstandes und die Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2012.

TOP 5.3 Haushalt 2014

Udo Bußmann, Schatzmeister, erläutert den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 2014.

Udo Bußmann macht wiederholt deutlich, dass durch feste Zuweisungen im Bereich der EKD-Mittel und der KJP-Mittel der Haushalt keine Flexibilität ermöglicht.

Rückfragen der Delegierten werden nicht gestellt.

Die Zuweisung erfolgt an den Tagungsausschuss Finanzen und Rechtsfragen.

Auf Antrag des Tagungsausschusses ergeht folgender Beschluss:

- B** Die MV beschließt den Haushaltsplan 2014 **mehrheitlich bei 2 Enthaltungen**.

TOP 5.4 aej-Beitragsordnung, (siehe TOP 9, Antrag 6)

Udo Bußmann, Schatzmeister, führt in den Antrag ein.

Die Beiträge/eigenen Einnahmen sollen die Kosten der satzungsgemäßen Gremien decken. Dies ist derzeit nicht der Fall.

Die verschiedenen Möglichkeiten zur Erhöhung der eigenen Mittel werden ausführlich erläutert. Sie ergeben sich aus der Tatsache, dass eine direkte Erhöhung der Mitgliedsbeiträge bei den Mitgliedern nicht angezeigt ist.

1. Die Erhöhung des Beitrags zur Deckung der Kosten eines/einer Delegierten der aej-MV (= Sockelbetrag) von 140 € auf 160 € ist vermittelbar und nachvollziehbar. Auch die Einbeziehung der bislang von diesem Beitrag freigestellten Delegierten aus dem landeskirchlichen Bereich kann akzeptiert werden.
2. Empfänger(innen) von Zuwendungen aus internationalen Fördermitteln sollen einen Beitrag in Höhe von 2,5 % der Zuwendung zahlen. Dieser „Hebesatz“ ist im Vergleich zu anderen Zentralstellen äußerst gering.
3. Empfänger(innen) von Zuwendungen, die nicht dem aej-Mitgliedsbereich zuzuordnen sind, sollen den doppelten Beitrag (5%) zahlen. Auch dieses ist im Vergleich gering.

Sollten die Mehreinnahmen nicht in vollem Umfang benötigt werden, wird die Betriebsmittelrücklage auf die geforderte Bandbreite (1/12 bis 1/6 des Jahresumsatzes) aufgefüllt.

Die Zuweisung erfolgt an den Tagungsausschuss Finanzen und Rechtsfragen. Der weitere Diskussionsverlauf wird in TOP 9 Antrag 6 protokolliert.

TOP 6 **Wahlen 2013: Nachwahl Vorstand für das ausscheidende Vorstandsmitglied Mieke Bethke, Gemeindejugendwerk des Bundes Evangelisch-freikirchlicher Gemeinden in Deutschland KdöR (GJW)**

Durch das Ausscheiden von Mieke Bethke, 2. stellvertretende Vorsitzende im Vorstand der aeJ (GJW, freikirchliche Säule/Mitgliedergruppe nach § 4 Abs. 1 b der aeJ-Satzung) ist die Nachwahl einer/eines 2. stellvertretenden Vorsitzenden aus der freikirchlichen Säule bis zum Ende der XXI. Legislaturperiode erforderlich.

Aus der freikirchlichen Säule wird Bastian Friebe, Gemeindejugendwerk des Bundes Evangelisch-freikirchlicher Gemeinden in Deutschland KdöR (GJW) vorgeschlagen.

Der Kandidat Bastian Friebe stellt sich persönlich vor.

Das Plenum verzichtet auf eine Personaldebatte.

Die Feststellung der Anzahl der Stimmberechtigten ergibt 80 anwesende stimmberechtigte Delegierte der Mitglieder und außerordentlichen Mitglieder.

Lt. § 10 Abs. 7 der Satzung erfolgt die Wahl mit der Mehrheit der anwesenden Delegierten.

Es wird keine geheime Wahl beantragt.

B	Ergebnis:	<u>gültige Stimmen</u>	<u>Ja</u>	<u>Nein</u>	<u>Enthaltungen</u>
	Bastian Friebe	80	79	0	1

Bastian Friebe nimmt die Wahl zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden an.

TOP 7 **Wahlen 2014: Einsetzung eines Nominierungsausschusses**

B Für die Vorbereitung der Wahl des Vorstandes sowie der drei Rechnungsprüfer(innen) setzt die 124. MV **einstimmig** einen Nominierungsausschuss ein.

Der Nominierungsausschuss setzt sich wie folgt zusammen:

Freikirchliche Säule:	Björn Köhler
Säule der Werke und Verbände:	Matthias Ruf
Landeskirchliche Säule:	Jakob N. Lehmann
aeJ-Geschäftsstelle:	Dagmar Hisleiter

TOP 8 **Schwerpunktthema „Reformationsdekade und Reformationsjubiläum 2017“**

Der Mitgliederversammlung liegen hierzu eine Informationsvorlage zum Ablauf, den Foren sowie Antrag 2 „Beteiligung der Evangelischen Jugend am Reformationsjubiläum 2017“ des Vorstands und Antrag 2a „Beteiligung der Evangelischen Jugend am Reformationsjubiläum 2017“ der Evangelischen Jugend im Rheinland vor.

Der Vorsitzende begrüßt die Referent(inn)en der Foren.

Forum I –*Glaubenswelt – Sprachwelt. Einfach vom Glauben reden*

Referent(in):

Katrin Oxen, Leiterin des Zentrums für evangelische Predigtkultur, Wittenberg

Erik Flügge, Geschäftsführer Squirrel & Nuts Gesellschaft für strategische Beratung mbH, Politologe und Germanist

Moderator:

Udo Bußmann, Schatzmeister und aej-Vorstandsmitglied

Ergebnissicherung:

Dr. Veit Laser

Forum II „*Glaube Macht Zivilgesellschaft – Reformation und Revolution*“

Referent(in):

Oberkirchenrat Joachim Ochel, Referent für Theologie, Ethik, Familien-, Kinder-, Jugendpolitik beim Bevollmächtigten des Rates der EKD

Julia Otten, Referentin für Wirtschaft und Menschenrechte, Germanwatch e. V.

Moderator:

Ingo Dachwitz, Vorstandsmitglied

Ergebnissicherung:

Michael Glatz

Forum III „*Reformation und Toleranz – Ohne Angst verschieden sein*“

Referent(in):

Marina Khanide, Diplom-Sozialpädagogin, Interkulturelle Trainerin, Referentin für interkulturelle Arbeit

Carolin Stalter, Wissenschaftliche Angestellte am Lehrstuhl von Prof. Dr. Manfred Oeming/Altes Testament, Theologische Fakultät Uni Heidelberg

Moderatorin:

Ann-Kathrin Peters, aej-Vorstandsmitglied

Ergebnissicherung:

Doris Klingenhagen

Forum IV „*Freiheit und Verantwortung - Ich und meine Welt*“

Referent(in):

Dr. Ellen Überschär, Generalsekretärin Deutscher Evangelischer Kirchentag

Dr. Gabriele Schambach, Politikwissenschaftlerin, Sinus-Akademie, Inhaberin von Genderworks

Moderatorin:

Sigrid Müller, Vorstandsmitglied

Ergebnissicherung:

Dagmar Hisleiter

Micky Wohlfahrt gibt einen kabarettistischen Einstieg in das Schwerpunktthema.

Der Kurzbericht aus der Arbeit der Projektgruppe (PG) Reformationsdekade und Reformationsjubiläum 2017 erfolgt durch Dr. Thomas Schalla.

Die Foren beschäftigen sich mit den Inhalten des Reformationsjubiläums. Sie hören die Referate und Impulse der Forenreferent(inn)en und stellen *Rückfragen (Kurzfassung Ergebnisse der Foren siehe Anlage)*.

In einer zweiten Forensitzung erfolgen Aussprache und Diskussion der Impulse aus Forenteil I.

Die Arbeitsgruppendifkussionen und Statements der Impulsgebenden werden als Videobotschaft für die weitere Beratung zusammengestellt und dem Plenum am Samstag vorge stellt.

Vorstellung der EKD-Planungen

Henning Kiene und Jan von Campenhausen, Mitarbeiter im Projektbüro Reformati onsprozess stellen den EKD-Planungsstand vor. Die EKD übernimmt die Federführung für den geplanten „Stationenweg“ und die „Weltausstellung der Reformation“. Der Stationenweg beginnt am 31.10.2016 und setzt das Anliegen der Dezentralität um. Die Weltausstellung präsentiert 95 Tage lang in Wittenberg unterschiedliche Themen und Aktivitäten. Kein Anbieter muss 95 Tage lang sein Projekt präsentieren. Das Partizipationsverfahren wird die Systematik des Kirchentages haben. Das Vorbereitungsbüro zum Reformati onsjubiläum ist in der Berliner Stadtmission angesiedelt. Weiteres Vorhaben ist ein Jugendcamp: Geplant sind 8-10 Konficamps über jeweils 6 Tage. Hier sollen Glauben, Leben und Gemeinschaft für junge Menschen erlebbar gemacht werden. Die Grundsprache wird deutsch sein. Der internationale Bereich ist noch nicht in allen Aspekten besprochen worden. Angedacht ist unter anderem ein Liederbuch zu publizieren, das den internationalen Sprachsektor in den Blick nimmt. Die Umsetzung wird gerade geprüft. Anmerkung CVJM: Für Ökumenische Liederbücher gibt es bereits sehr gute Vorarbeiten.

Auf die Fragen aus dem Plenum geben die EKD Vertreter Antworten: Sind die Protestantischen Kirchen weltweit und die Freikirchen mit einbezogen worden z.B. auch in die Gestaltung des Camps?

Alle sind eingeladen worden. Es gibt einen Arbeitskreis mit Beauftragten aus den Gliedkirchen der EKD in dem auch VEF und Mennoniten vertreten sind. Auch im Leitungskreis sind die VEF vertreten.

Inwieweit wurde die aej in die grundsätzliche Planung und die Planung des Jugendcamps einbezogen?

Es wurde von Anfang an mit allen Verbänden gesprochen. Die EKD gibt nur Impulse. Sie ist nicht diejenige, die verbindlich plant. Lediglich der Rahmen ist gesetzt (Weltausstellung = Ausstellungsfläche, Strom, Wasser etc. Inhalte bringen Anbieter) und die Möglichkeit der Einbringung offen.

Die EKD sieht drei Möglichkeiten der Einbringung für die aej:

Weltausstellung: Stand oder Pavillon gestalten

Konficamp: eigene Themen in Form eines Baustein unterbringen

Jugendcamp: alleine ein Jugendcamp vorbereiten und gestalten

Die aej-Projektgruppe zum Reformati onsjubiläum unterstreicht, dass sie den groben Planungsstand kennt und informiert ist.

Aus dem Plenum werden folgende Überlegungen und Anmerkungen eingebracht:

Wie können Jugendliche erreicht werden, die kaum noch Zeit haben? Wie stark gelingt es der Vorbereitungsgruppe sich auf die Systemlogik der Jugendarbeit einzulassen, so dass von hier aus die Expertise gesteuert werden kann?

Echte Partizipation, die über die drei Vorschläge hinausgeht ist gewünscht.

Die Vertreter der EKD betonen, dass Partizipation Jugendlicher gewollt ist, jede und jeder kann sich einbringen. Es zählt die Idee. Die Möglichkeiten sind offen, von niemandem wird etwas erwartet, es besteht die Freiheit, sich einzubringen.

Die Jugendlichen sollen in erster Linie eine Rolle als Teilnehmende und Mitwirkende haben. Beim Einsatz von Bundesfreiwilligen werden nicht nur Jugendliche erwartet, sondern auch älterer Menschen.

Finanzierung - Wie wird die Beteiligung finanziert?

Kritik aus dem Plenum: einerseits Kürzungen im Bereich der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit, andererseits Prestigeprojekte? Wie viel Geld bekommt die aej?

EKD: Sponsoren sollen gewonnen werden (in den nächsten Jahren keine Großveranstaltungen wie Olympia in Deutschland, bei denen ein weltweites Publikum erwartet wird). Sponsoring-Richtlinien der EKD und des DEKT werden in einer dreiköpfigen AG zusammengetragen. Mittel für den Rahmen (s. o.) stehen bereit. Die zentrale Frage, an der momentan gearbeitet wird, ist die Infrastruktur. Die Finanzfragen richten sich nach der Belastbarkeit der Infrastruktur. Bei den Landeskirchen ist bislang kein Personal angefragt worden. Es wurde ein Kriterienkatalog erarbeitet anhand der Erfahrungen mit der Expo, um Fehler nicht zu wiederholen.

Wittenberg eine der säkularsten Regionen Deutschlands? Aus dem Plenum wird die Angst in Wittenberg „verbrannte Erde“ zu hinterlassen deutlich.

Die Vertreter der EKD betonen, dass auch in Wittenberg das Reformationsjubiläum gewollt ist. Die Stadt wird nicht zum Kulissenschieber degradiert, Personalressourcen sollen geschont werden.

Auch die Bundesrepublik lädt weltweit zum Reformationsjubiläum ein. Ob es gelingt, den Strom an Gästen gerade in Wittenberg aufzufangen, kann noch nicht beantwortet werden. Die EKD sieht einen Teil ihrer Aufgabe darin die Gäste mit einer tiefen, lebendigen gegründeten Kirchlichkeit der Gegenwart zu begrüßen.

Hier ist auf die Expertise der aej und klar abgegrenzte Beiträge zu achten.

Der Nachhaltigkeitsgedanke soll laut der EKD auch immer mitgedacht werden, allein schon mit Blick auf die in nächster Zeit noch anstehenden Jubiläen.

In absehbarer Zeit werden eine Gruppe Umwelt und eine Gruppe, die sich mit den Folgejahren beschäftigt, gegründet.

Jugend- und Konficamp

Zum Jugend- und Konficamp kommen folgende Anmerkungen aus dem Plenum: Es existiert bereits ein bundesweiter Standard in der Evangelischen Jugend für die Ausbildung von Teamer(inne)n. Die EKD sollte hier kein „Paralleluniversum“ errichten. Sechs Tage sind quantitatives Novum, hier sind die Erfahrungen der Akteure zu berücksichtigen. Das Gelände ist für eine nachhaltige Nutzung zu konzipieren. Der Punkt Internationalität ist noch einmal zu überdenken.

Altersgrenzen sollten berücksichtigt werden. Die Teilnehmenden der Konficamps sind deutlich jünger als die der Jugendcamps.

Zusammenarbeit mit der EKD, den Landeskirchen und dem DEKT

Es wird aus dem Plenum darauf hingewiesen, wie beschwerlich die Zusammenarbeit beim 2. ÖKT in München war. Dies wurde nie evaluiert, es wurden keine Kriterien für solche komplexen Kooperationen abgeleitet.

Das Plenum hält die Idee in Verbindung mit dem Kirchentag für gut.

Mike Corsa betont:

Die evangelische Kinder- und Jugendarbeit in ihrer Breite hat sehr viel Erfahrung im Einwerben von Projektmitteln, dazu gehört aber, dass es eine Infrastruktur gibt, die diese Projektmittel überhaupt einwerben kann. Eine stabile Finanzierung ist notwendig. Die Evangelische Jugend hat Interesse daran, dass die Veranstaltungen sich auch an die Jugend rich-

ten. Ein Beitrag kann aber nur mit der richtigen Infrastruktur geleistet werden und auch nur dann mit der vorhandenen Erfahrung zusätzliche Mittel eingeworben werden. Ohne das geht es nicht.

EKD-Vertreter nehmen aus der Diskussion drei Punkte mit:

Den Wunsch, die Partizipation zu stärken.

Keine zusätzliche Arbeit durch Ansprüche. Unterpunkt: Ausbildung der Teamer

Frage der Finanzierung

Bericht der Projektgruppe „Reformationsdekade und Reformationsjubiläum 2017“ und Aussprache im Plenum

Dr. Thomas Schalla und Chris Patricia Hänsel berichten von der Arbeit der Projektgruppe und stehen dem Plenum für Rückfragen zur Verfügung.

Dr. Thomas Schalla betont, dass die EKD eine andere Sichtweise habe, dies sei in der heutigen Vorstellung des Planungsstandes deutlich geworden. Die Projektgruppe arbeitet seit 2011. Ihr Ziel ist es, eigenständige Umsetzungsmöglichkeiten zu erarbeiten und nicht, die Vorgaben der EKD umzusetzen.

Die Vorschläge der Projektgruppe sind:

Das Reformationsjubiläum soll für Kinder und Jugendliche, die daran teilnehmen, spannend und interessant sein. Folgende Formate sind dafür denkbar:

Dezentrale Beteiligungsformen, die aej Mitglieder gestalten. Diese sollen durch eine Dachmarke, die für alle aej-Aktivitäten in 2017 genutzt werden soll, verbunden werden. Damit soll eine klare Erkennbarkeit der Evangelischen Jugend 2017 geschaffen werden. „500 Projekte an 500 Orten“ wäre schon eine eigene Dachmarke. Die Dachmarke ist als Wort-Bild Marke angedacht, die für alle Veranstaltungen und Projekte verwendet werden kann. Eine eigene Plattform, die an das Infoportal angliedert ist, wäre wünschenswert.

Präsenz der aej in Wittenberg: Die aej beteiligt sich an der „Weltausstellung der Reformation“ mit einem Pavillon, der von den Mitgliedern etwa 95 Tage bespielt werden kann.

Kirchbauprojekt: Die aej beteiligt sich mit einem besonderen Projekt unter dem Motto „Jugend baut Kirche“.

Jugendcamp: Die aej beteiligt sich mit einem internationalen Jugendcamp am Jugendcamp. Die Dauer des Camps reduziert sich auf ca. 30 Tage. Die internationale Arbeit ist ein besonderes Markenzeichen der Evangelischen Jugend, das eingebracht werden kann. Dafür könnten auch die internationalen KJP-Mittel genutzt werden. Dieses Camp soll nicht von der aej-Geschäftsstelle organisiert werden, sondern von einer/einem Projektmitarbeiter(in). Evangelische Jugendgruppen können ihre Partnergruppen aus dem Ausland dazu einladen. Die „Income-Maßnahmen“ könnten in diesem Jahr im internationalen Camp in Wittenberg stattfinden.

Zur weiteren Perspektive und Weiterarbeit wird erläutert, dass erst mit einem klaren Mitgliedervotum an der Zeitplanung, den genaueren Planungen der Teilprojekte und der Einbindung von Expert(inn)en weitergearbeitet werden kann.

Erst danach wird über die Ressourcenfrage konkret entschieden werden können und es können Verhandlungen mit der EKD aufgenommen werden. Die Projektgruppe betont, dass das Vorgestellte nicht ein Mindestmaß darstellt. Die Beteiligung kann sich auch reduzieren.

Das Mitglied Mitteldeutschland soll mit dem Reformationsjubiläum nicht alleine gelassen werden: Das weitere Verfahren muss geklärt werden. Gewünscht ist ein beteiligungsorien-

tiertes Projekt, das nur entstehen kann, wenn die Mitglieder dafür gewonnen werden können und sich auch dafür entscheiden, es mitzugestalten. Die Beteiligung steht in enger Verbindung mit der Finanzierbarkeit der Projekte. Ist diese nicht gesichert, dann entfällt auch die Beteiligung.

Die Mitglieder sollten bis April 2014 in ihren Untergliederungen prüfen, was bereits in Planung ist. So könnte dann bis zur Mitgliederversammlung 2014 eine konkrete Konzeption vorliegen.

Eine vorbereitende **Fachtagung** bietet eine gute Gelegenheit für den Austausch, die Bündelung der Ideen und zur Vereinbarung von Absprachen.

Anstatt einer Fachtagung für Multiplikatoren wird die Idee eingebracht, Jugendlichen den Raum zu geben, ihre Ideen einzubringen.

Eine Idee wäre, den Kirchentag in Stuttgart 2015 zu nutzen, um möglichst viele Jugendliche einzubeziehen. Die Fachtagung und die Möglichkeit beim Kirchentag Jugendliche einzubeziehen sollen nebeneinander diskutiert werden.

Es folgt der Einwand, dass auf dem Kirchentag die Jugendlichen aus den Freikirchen nicht erreicht werden.

Die Mitgliederversammlung bringt dazu erste Reaktionen ein:

In dem zu beschließenden Antrag soll ein weiterer Präzisierungsbeschluss für die MV 2014 aufgenommen werden. Der Projektgruppe wird Anerkennung dafür ausgesprochen, dass sie – unabhängig von den EKD – Vorstellungen klar herausgearbeitet hat, was, wie und wo sie ihren Beitrag zum Reformationsjubiläum einbringen will. Bemängelt wird jedoch ein fehlender Finanzkorridor. Im aeJ-Haushalt steht bisher kein zusätzliches Geld für das Reformationsjubiläum zur Verfügung. Die Aktivitäten sind nur durchführbar, wenn entsprechende Gelder zur Verfügung stehen. Dafür muss eine Grundlage entwickelt werden. Die laufende Arbeit und die Liquidität der Geschäftsstelle dürfen nicht gefährdet werden. Es muss dafür gesorgt werden, dass keine Sachzwänge entstehen. Zum Bauprojekt „Jugend baut Kirche“ wird angemerkt, dass dieses nicht unbedingt die Gestalt einer Kirche haben muss. Hier sollten nicht zu früh Festlegungen erfolgen. Das Kirchenbauprojekt sollte aus Sicht der Jugendlichen gestaltet und möglichst mobil sein; es benötigt Vorlaufzeit. Zu berücksichtigen ist der Nachhaltigkeitsgedanke: Es gibt zu viele Gebäude, die leer stehen (Stichwort: upcycling).

Der aeJ-Pavillon auf der Weltausstellung findet Zustimmung, muss aber noch konkretisiert werden. Der CVJM und der VCP bringen zum Ausdruck, dass sie sich klar als Teil der aeJ verstehen, auch wenn an der einen oder anderen Stelle bereits separate Gespräche mit der EKD geführt wurden. Diese haben keinen verbindlichen Charakter. Der CVJM regt an, in die Planungen der Aktivitäten auch den reformatorischen Kern „der Glaubensgewissheit“ mit aufzunehmen. Weiter wird angemerkt, dass es Gespräche über ökumenische Akzente mit dem BDKJ gibt. Auf die Frage nach der Beteiligung an dem Konficamp – welches in der EKD-Präsentation einen hohen Stellenwert bekommen hat – erklärt die Projektgruppe, dass sie das internationale Camp getrennt vom Konficamp sieht. Das Konficamp soll nicht Thema der aeJ sein. Hier muss jedes Mitglied eigenständig über eine Beteiligung entscheiden.

Die Projektgruppe macht sich den Vorschlag zu eigen, ein 6-Tagescamp durchzuführen. Es bleibt die Frage, ob der finanzielle Aufwand für die Anzahl der Jugendlichen, die erreicht werden, gerechtfertigt ist.

Ein erstes Stimmungsbild wird eingefangen:

Grundsätzlich präsent sein: mehrheitlich

Bauprojekt: mehrheitlich
Kirchenbauprojekt: keine Mehrheit

TOP 9

Anträge

Die Anträge sind im ursprünglichen Wortlaut und in der beschlossenen Fassung dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Die Zuweisung der Anträge an die Tagungsausschüsse wird zwischen Vorstand und Vorsitzenden der Tagungsausschüsse abgestimmt. Sie findet die Zustimmung der MV.

Anträge, die sich auf einen der Tagesordnungspunkte der 124. MV beziehen, werden unter TOP 9 Anträge behandelt und protokolliert.

Änderungsvorschläge aus den Tagungsausschüssen und der Aussprache im Plenum werden in die Antragstexte eingearbeitet.

Einbringung der Anträge und Zuweisung an die Tagungsausschüsse.

Antrag 1 „Sexuelle Identität, Offenheit statt Vorurteile – Achtung statt Diskriminierung“

Die Einbringung des Antrages erfolgt durch Kevin Jessa, Evangelische Jugend Berlin Brandenburg – schlesische Oberlausitz.

Kevin Jessa betont die Notwendigkeit einer erneuten Beschäftigung mit dem Thema, diese sei längst überfällig. Die letzte Befassung mit dem Thema ist 15 – 20 Jahre her.

Die Zuweisung erfolgt federführend an den Tagungsausschuss Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Nach den Beratungen im Tagungsausschuss und bilateralen Beratungen werden folgende weiterführende Überarbeitungen eingebracht.

Antrag 1a „Sexuelle Identität, Offenheit statt Vorurteile – Achtung statt Diskriminierung“

Er betont die „Willkommenshaltung“, die in den anderen Anträgen nicht deutlich wird bzw. in 1b-d gänzlich verloren geht.

Der Antrag 1a ersetzt den Antrag 1.

Antrag 1b „Selbstbestimmung und Akzeptanz von sexueller Vielfalt,“

Die Einbringung erfolgt durch Kay Moritz.

Da der Antrag 1d der weitergehende ist, wird der Antrag 1b nicht mehr zur Abstimmung gebracht.

Antrag 1c „Selbstbestimmung und Akzeptanz von sexueller Vielfalt,“

Die Einbringung erfolgt durch Bernd Wildermuth.

Im Antrag 1b fehlen zwei bis drei Formulierungen. Die Frage ist, ob diese freikirchenspezifisch sind. In Antrag 1b fehlt insbesondere die Segnung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften.

Antrag 1c wird zurückgezogen und ersetzt durch 1d.

Antrag 1d „Selbstbestimmung und Akzeptanz von sexueller Vielfalt„

Die Einbringung erfolgt durch Viktoria Zettel.

Es werden interkulturelle Probleme gesehen, die noch ausgiebiger diskutiert werden sollten. Auch die Begrifflichkeiten sind teilweise unklar.

Die Beratung des Antrages macht nach Meinung des CVJM keinen Sinn.

Anträge zur Geschäftsordnung (GO)

Gemäß Punkt 4.5 wird der Antrag auf Nichtbefassung, Vertagung oder Unterbrechung gestellt. Dieser Antrag ist sofort zur Abstimmung zu stellen.

B Der Antrag zur Geschäftsordnung wird mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Es folgen weitere Argumente zum Antrag 1d aus der Mitte der Delegierten.

Gemäß Punkt 4.2 wird der Antrag auf Begrenzung der Redezeit gestellt. Es erfolgt eine Formale Gegenrede durch Zuruf. Demnach muss der Antrag zur GO zur Abstimmung gebracht werden.

B Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Begrenzung der Redezeit wird einstimmig **angenommen**. Die Redezeit wird auf 2 Minuten festgelegt.

Die Sitzungsleitung stimmt dem Antrag, Änderungen nicht in einem Block abzustimmen zu, nachdem sich die Anwesenden durch Abstimmung dafür ausgesprochen haben.

Im Laufe der Debatte um den Antrag 1, werden weitere Anträge vorgezogen.

Gemäß Punkt 4.5 wird der Antrag auf Unterbrechung gestellt, damit der Antrag 1d weiter beraten werden kann. Der Antrag ist sofort zur Abstimmung zu stellen.

B Der Antrag zur Geschäftsordnung auf Unterbrechung wird **abgelehnt**.

Die Freikirchliche Säule ist sich dessen bewusst, dass es sich um eine Gewissensfrage handelt und diese nicht auf dem Rücken der Betroffenen ausgetragen werden sollte. Kay Moritz appelliert nach Gewissen zu entscheiden und nicht nach Vorgaben.

Da die Trauung heute vom Standesamt vollzogen wird, geht es eigentlich nur um die Segnung – nicht um einen sakramentalen Akt.

Aus dem Plenum wird angeregt, noch einmal grundsätzlich über das Thema zu diskutieren. Es sollten alle mitgenommen werden. Mit dem Antrag soll die Diskussion weitergeführt werden.

Der CVJM betont die besondere Verantwortung für die Entstehung der Menschen durch Mann und Frau und will kein Tor öffnen zu allen anderen Verbindungen.

Es wird beantragt, die Beschlussfähigkeit neu festzustellen:

Die Beschlussfähigkeit der Versammlung wird neu festgestellt. Nach § 9 Abs. 2 der Satzung ist die MV beschlussfähig, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder durch anwesende Delegierte vertreten sowie mindestens je drei Delegierte aus jeder in § 4 Abs. 1 benannten Mitgliedergruppe anwesend sind. Dies ist nach Auszählung der Fall. Der Antrag kann folglich weiter bearbeitet und anschließend abgestimmt werden.

Es wird der Antrag auf geheime Abstimmung gestellt.

B Der Antrag 1d wird mit 42 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen **angenommen**.

Antrag 2 „Beteiligung der Evangelischen Jugend am Reformationsjubiläum 2017“ zu TOP 8

Die Einbringung des Antrages 2 erfolgt durch Dr. Thomas Schalla.

Dr. Thomas Schalla wünscht sich, dass der Antrag des Vorstandes kritisch und konstruktiv in den Tagungsausschüssen beraten wird, damit die MV eine einmütige Entscheidung treffen kann. Die Finanzierung ist weiterhin nicht geklärt. Er erhofft sich von den Zuwendungsgebern Stellungnahmen zur Kostenübernahme.

Die Zuweisung erfolgt an den Tagungsausschuss für Theologie und Pädagogik, die Mitberatung erfolgt durch alle Tagungsausschüsse.

Antrag 2a „Beteiligung der Evangelischen Jugend am Reformationsjubiläum 2017“ der Evangelischen Jugend im Rheinland, zu TOP 8

Die Einbringung des Antrages 2a erfolgt durch Miriam Lohrengel, Evangelische Jugend im Rheinland.

Die MV stimmt einer vorzeitigen Einbringung des Antrages 2a zu, da die außerordentliche Sitzung der Landesynode der EKIR eine Anwesenheit beider Delegierten des Rheinlandes am Samstag auf der Landessynode erfordert und sie somit auf der MV nicht mehr anwesend sein können.

Die Delegation des Rheinlandes überträgt die Vollmacht zum Umgang mit Antrag 2a in ihrer Abwesenheit an Claudius Rück (aes Delegierter).

Mitglieder der MV votieren für die Rücknahme des Antrages 2a, weil der Antrag 2 der weitergehende Antrag sei und dieser noch zu konkretisieren sei.

Durch die Einbringung des Antrages 2a ist bereits jetzt schon deutlich geworden, dass es im Antrag 2 Nachbesserungsbedarf gibt.

Die Delegierten der Evangelischen Jugend im Rheinland wünschen sich eine Profilierung des Antrages 2 durch die MV. Wenn den inhaltlichen Erwartungen der Delegation des Rheinlandes Rechnung getragen wird, steht der Antrag 2a nicht mehr zur Debatte und wird zurückgezogen (Claudius Rück).

Ottokar Schulz erläutert einen kurzfristig erstellten Kosten- und Finanzierungsplan für die Jahre 2014 – 2017, unter Berücksichtigung der Finanzierung zweier Personalstellen. Dadurch werden die im Antrag 2a aufgeführten Bedenken angemessen berücksichtigt und der Antrag 2a wird daher zurückgenommen.

Antrag 2c „Beteiligung der Evangelischen Jugend am Reformationsjubiläum 2017“

Der Antrag 2c ersetzt Antrag 2. Die Einbringung erfolgt durch Dr. Thomas Schalla.

Klare Zusagen und Finanzierungsmodelle sollen möglichst zeitig vorliegen, ein klares Konzept bis zur Sommerpause. Die Sichtweise der jungen Menschen soll eingebracht werden und die Planungen mit Blick auf die MV 2014 geschehen.

Die Projektgruppe will den Zeitrahmen für die Kommunikationsplattform nicht zu eng auf den Monat genau feststecken. Die Werbung soll im nächsten Jahr beginnen. Bis dahin wird auch eine grobe Struktur entwickelt und auch über eine Beteiligung am Jugend- und Konficamp entschieden sein. Bei einem internationalen Camp könnte auf die bestehende Infrastruktur zurückgegriffen werden. Insgesamt ist eine stärkere Befassung mit den Inhalten der Reformation gewünscht und weniger Aufwand bei den Konzepten. Der Zeitrahmen sollte stark zurückgefahren werden auf maximal 6 Tage.

Für die weitere Planung ist der Sachstand klären zu klären und feste Vereinbarungen müssen getroffen werden, wer was übernehmen kann.

Es wird darum gebeten, sich vom Kirchenbauprojekt zu lösen. Aus der Projektgruppe wird angemerkt, dass nicht zwingend eine Kirche gebaut werden müsse und dass ein mobiles Kirchenbauprojekt keinesfalls die typische Kirchenform voraussetze. Insgesamt wird ein besserer Austausch gewünscht.

Aus dem Plenum wird vorgeschlagen, einen Sonderhaushalt von der Geschäftsstelle einzurichten und diesen der aej-MV 2014 zur Genehmigung vorzulegen.

Es dürfen keine Risiken für den aej-Geschäftsstellenhaushalt entstehen. Internationale Mittel sollen eingesetzt werden mit regulären Maßnahmen. Eine Projektleitung und -assistenz mit gewisser Erfahrung werden benötigt.

Die Redaktionsgruppe macht sich die Änderungen zu eigen.

B Der Antrag 2c wird mehrheitlich bei 2 Enthaltungen **angenommen**.

Antrag 3 „Vernetzung der Jugenddelegierten und jungen Synodalen in den Landes-synoden stärken“

Der Antrag 3 wurde vom Antragsteller zurückgezogen, da er durch den strukturell erweiterten Antrag 3a ersetzt wird.

Antrag 3a „Vernetzung der Jugenddelegierten und jungen Synodalen in den Landes-synoden stärken“

Die Einbringung des Antrages erfolgt durch Jascha Brachmann, Zentrum Bildung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN).

Die Antragsteller wünschen sich ein Foren-Konzept, das die bisher existierenden Vernetzungsformen berücksichtigt.

Der Mehrwert zu bisherigen Strukturen in den einzelnen Landeskirchen wird in der bundesweiten Verknüpfung zu einem gemeinsamen Beratungszusammenhang gesehen. Die Rechte der Delegierten sollen erweitert werden. Auf eine bundesweite Beteiligung am Prozess wurde im Vorfeld geachtet.

Die Zuweisung erfolgt an den Tagungsausschuss für Jugend- und Bildungspolitik.

Antrag 3a: Die Geschäftsstelle hilft bei der Umsetzung. Die Mitgliederversammlung diskutiert unterschiedliche Formen der Finanzierung für den vom Tagungsausschuss für Finanzen und Rechtsfragen geschätzten Mehrbedarf in Höhe von 6-8000 €. Bislang gibt es eine

gut ausgebaute Vernetzung für die EKD-Ebene. Es gibt bislang keine Vernetzung der Vertreter(innen) auf Landesebene, sondern nur auf Bundesebene.

Eilantrag zu Antrag 3a „Jugenddelegierte in den Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland“

Die Einbringung des Antrages erfolgt durch Lars Dedekind.

Die kurzfristig eingebrachten Änderungen werden vom Antragssteller übernommen und in den Antrag eingearbeitet.

Antrag 3b „Vernetzung der Jugendvertreter(-innen) ...“

Die Einbringung des Antrages erfolgt durch Chris Patricia Hänsel.

Nicht in allen Bezügen existieren Landesjugendpfarrämter, deshalb werden hier die Geschäftsstellen eingesetzt. Nicht alle Jugendvertreter(innen) haben Stimmrecht.

Die Änderungen von Antrag 3b werden von den Antragsstellern übernommen und redaktionell in den Antrag 3a eingearbeitet.

- B** Der Antrag 3a wie er durch 3b modifiziert wurde, wird mehrheitlich bei einigen Enthaltungen **beschlossen**.

Antrag 4 „Mit Vielfalt leben lernen“

Die Einbringung des Antrages erfolgt durch Dr. Thomas Schalla.

Der Antrag 4 wird als Schwerpunktthema auf der 125. MV und während der Gremientage mit fachlich geeignetem Niveau weiter beraten.

Die Delegierten kritisieren, dass der Antrag zu viele Punkte auf einmal behandelt und dieses in einem Jahr nicht umsetzbar ist. Der Vorstand wird eine Priorisierung vornehmen.

Die Zuweisung erfolgt an den Tagungsausschuss für Jugend- und Bildungspolitik, mitbera- tend TA Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung.

Der Antrag wird zurückgezogen und durch 4a ersetzt.

Antrag 4a „Vielfalt neu denken und stärken“

Die Einbringung des Antrages erfolgt durch Chris Patricia Hänsel.

- B** Der Antrag wird mit großer Mehrheit mit einigen Enthaltungen **angenommen**.

Antrag 5 „Forderungen für eine jugendpolitische Netzpolitik“

Der Antrag 5 wurde vor Sitzungsbeginn durch den Antrag 5a modifiziert. Diesen Antrag hat sich der Vorstand zu eigen gemacht.

Der Antrag 5 wurde durch 5a ersetzt.

Antrag 5a „Forderungen für eine jugendpolitische Netzpolitik“

Die Einbringung des Antrages erfolgt durch Ingo Dachwitz.

Der Antrag ist auf Impuls des Kinder- und Jugendpolitischen Beirats (KJPB) formuliert worden.

Durch zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft wird die Netzpolitik immer mehr Zukunftspolitik und muss jugendpolitisch betrachtet werden. Der Antrag versucht dezidiert Partei für Jugendliche zu ergreifen – gerade im Sinne der Schaffung einer Eigenständigen Jugendpolitik – und aus dieser Perspektive grundlegende Forderungen für eine Netzpolitik aufzuzeigen.

Die Zuweisung erfolgt an den Tagungsausschuss für Jugend- und Bildungspolitik.

Der Antrag 5a wird durch 5b ersetzt.

Antrag 5b „Forderungen für eine jugendpolitische Netzpolitik“

Die Änderungen werden durch Stephan Groschwitz eingebracht.

Der Vorstand macht sich die Änderungen zu eigen.

Inhaltlich wird der Antrag als sehr gelungen angesehen. Die Frage kommt auf, ob die Auseinandersetzung mit dem Thema ausreichend geführt wurde? Der Antrag kann als Impuls gesehen werden, sich weiter mit dem Thema auseinanderzusetzen. Mit Annahme des Antrags kann dem Vorstand signalisiert werden, dass das Thema mitgetragen wird.

B Der Antrag wird mit einigen Enthaltungen mehrheitlich **angenommen**.

Antrag 6 „aej-Beitragsordnung“

Die Einbringung erfolgt durch Udo Bußmann

Ottokar Schulz erläutert im Plenum einige Essentials, die sich aus der Beschlussfassung ergeben. Die neue Beitragsordnung soll ab dem Jahr 2015 gelten. Damit haben alle Mitglieder die Möglichkeit, sich darauf einzurichten und ihre Haushalte entsprechend anzupassen. Alle drei Jahre besteht die Verpflichtung die Beitragsordnung in der aej-MV zu prüfen. Die Beitragsordnung selbst und ihre Bestandteile werden jährlich evaluiert.

Folgende Problematik geben die Anwesenden zu bedenken: Aus der Möglichkeit von Zuschüssen über den Bund wird eine Zahlung an die Zentralstelle abgeleitet, der sich der Zuwendungsempfänger nicht verwehren kann. D. h., Zuwendungsempfänger wie beispielsweise die Diakonie und andere (Gemeinden etc.) werden erstmalig mit dieser Regelung zur Zahlung verpflichtet, weil sie keine andere Möglichkeit haben, an Bundesmittel zu gelangen. Dem entgegnet Ottokar Schulz, dass diese Akteure durchaus die Möglichkeit haben, über das Länderverfahren oder als Einzelantragstellende Bundesmittel zu erhalten. Nur sei dieses wesentlich schwieriger und oftmals weniger erfolgsversprechend. Für die Abstimmung müssen 2/3 der anwesenden Stimmberechtigten zustimmen (§ 10, Ziff. 4c der Satzung).

Die Feststellung der Anzahl der stimmberechtigten Delegierten ergibt 76 anwesende Delegierte.

Außerordentliche Mitglieder sind nicht stimmberechtigt (§ 10, Ziff. 6 der Satzung).
Es sind 76 stimmberechtigte Delegierte anwesend.

B Der Antrag 6 wird mit 7 Enthaltungen mehrheitlich **beschlossen**.

Antrag 7 „Aufnahme von Geflüchteten solidarisch gestalten“

Die Einbringung des Antrages erfolgt durch Marcel Wuwer.

Der Antrag beinhaltet die klare Forderung, dass der Umgang mit Geflüchteten unmenschlich ist. Die Bundesregierung soll mehr Geflüchtete aufnehmen. Besonders der Umgang mit den minderjährigen Geflüchteten sollte stärker in den Blick genommen werden.

B Der Antrag 7 wird bei einigen Enthaltungen **angenommen**.

TOP 10 **Termine**

Die 125. MV findet in der Zeit vom 20. bis 23. November 2014 in der Berliner Stadtmission, Gästehäuser am Hauptbahnhof, Berlin, statt.

Die 126. MV findet in der Zeit 19. bis 22. November 2015 in der Evangelischen Tagungsstätte Wildbad, Rothenburg ob der Tauber statt.

Die 127. MV findet in der Zeit 17. bis 20. November 2016 in der Berliner Stadtmission, Gästehäuser am Hauptbahnhof, Berlin, statt.

Im Vorfeld der MV besteht die Möglichkeit zum Treffen der Konferenz Landeskirchlicher Jugendarbeit (KOLJA) sowie zu weiteren Säulentreffen.

TOP 11 **Verschiedenes**

EKHN: Jugendliche, die das 14. Lebensjahr vollendet haben und konfirmiert sind, dürfen künftig bei Gemeindegewahlungen gewählt werden.

Viktoria Zettel fehlten die Berichte aus den Tagungsausschüssen.

Sie weist auf die Entwicklungspolitische Fachtagung vom 21.-23.02.2014 unter dem Titel „gezielt überfordert!“ hin.

Der Vorsitzende Dr. Thomas Schalla bedankt sich und schließt die Sitzung mit einem Reise Segen.

Berlin, den 24. November 2013



Dr. Thomas Schalla
Vorsitzender der aej

Anlagen

- Protokolle der Tagungsausschüsse – *soweit vorhanden*
- TOP 4 aej-Jahresbericht: mündliche Einbringung Dr. Thomas Schalla
- TOP 8 Reformationsdekade und Reformationsjubiläum 2017: Ergebnisse der Foren
- TOP 9 Anträge im ursprünglichen Wortlaut
- Beschlüsse
- Zusammensetzung der Tagungsausschüsse

Erläuterungen der Kürzel

B = Beschluss, M = Merkposten, A = Arbeitsauftrag

Protokoll

aej-Geschäftsstelle

Präsent sein

Liebe Schwestern und Brüder,

Präsent sein – der Titel des diesjährigen Jahresberichts hat es in sich. Wenn wir ernst nehmen, was damit an Haltungen, Konzepten, Aufwand und Zielen verbunden ist, ist das nicht nur ein Wort, sondern eine umfassende und herausfordernde Aufgabe für die Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland in allen ihren Gliederungen, Arbeitsformen und Organen. Das ist natürlich nicht schlimm – wir sind es gewohnt, global zu denken. Ich will gleichwohl einige der Gesichtspunkte in drei Schritten entfalten.

1. Gottes Präsenz in unserer Welt

Als evangelische Arbeitsgemeinschaft sind wir als Christen unterwegs in Kirche und Gesellschaft. Kinder- und Jugendarbeit hat Anteil am allgemeinen Verkündigungsauftrag unserer Kirchen und ist zuerst dem Wort Gottes verpflichtet. Es ist wichtig, dass wir das immer klar vor Augen haben. Es macht einen Unterschied, ob ich mich auch in der politischen Arbeit von der Gnade und der Liebe Gottes getragen weiß oder nicht. Es macht einen Unterschied, ob es in mein Belieben gestellt ist, wie mit Schwachen in Kirche und Gesellschaft umzugehen ist oder nicht. Es macht einen Unterschied, ob ich mit meiner Arbeit auf mich selbst zeige oder auf den auferstandenen Jesus Christus. Es macht einen Unterschied, ob ich am Ende alles von Gott erwarte oder nicht.

Wir haben uns im vergangenen Jahr quer durch alle Säulen viel mit unserem Beitrag zum Reformationsjubiläum beschäftigt. Wir werden das

auch im Lauf der MV tun. Es war uns dabei aber immer deutlich, dass es dabei um mehr geht, als um die Frage, wie wir die Bedeutung der Jugend für die Kirche auch sichtbar machen. Es geht dabei auch immer darum, wie wir als Christen und mit den Kindern und Jugendlichen unseren Glauben verstehen. Es geht dabei auch immer darum, wie wir dem Anspruch Gottes an unser ganzes Leben so Gestalt geben können, dass junge Menschen davon berührt werden. Es geht dabei auch immer darum, die Grundimpulse reformatorischer Theologie lebendig werden zu lassen, damit Kinder und Jugendliche eingeladen und motiviert werden, dem Wort Gottes zu begegnen.

Es war den Reformatoren selbstverständlich, dass Gott in dieser Welt präsent ist und dass diese Präsenz der Motor kirchlicher und gesellschaftlicher Veränderung ist. Diese Selbstverständlichkeit hat in der Moderne nachgelassen. Es ist nicht so, dass Glaube und Religion an Anziehungskraft verloren haben. Aber wir begegnen zunehmend privatisierten Formen religiösen Lebens und erleben, dass die Präsenz der Kirche in der Gesellschaft zunehmend an Plausibilität verliert. Dem muss sich auch evangelische Jugend entgegenstellen. Es ist deshalb nicht unwichtig, dass Evangelische Jugend dort präsent ist, wo Gegenwart und Zukunft der Kirche präsentiert werden. Wir werden darauf in unseren Diskussionen zurückkommen und wir werden Farbe bekennen müssen, wenn die zentralen Beteiligungsformen in Wittenberg zur Debatte stehen.

Es ist aber vor allem deshalb wichtig, weil Gott sich nicht aus der Welt zurückgezogen hat. Er ist noch immer nah und geht uns voraus. Paulus hat in Athen Spuren des unbekanntes Gottes entdeckt. Wenn wir mit Kindern und Jugendlichen unterwegs sind, dann gehen wir den Spuren Gottes im Leben dieser Kinder und Jugendlichen nach. Wir entdecken mit ihnen, was

Gott schon getan hat in ihrem Leben. Wir bringen zur Sprache, wofür vielleicht noch keine Worte vorhanden sind. Wir sind als Arbeitsgemeinschaft, in den Säulen und bei den Mitgliedern, in der Geschäftsstelle oder in den Beiräten, im Vorstand oder den Fachkreisen auf Gottes Spuren in dieser Welt unterwegs. Wir folgen der Mission Gottes und sind dabei selbst missionarische Kirchen. Wir sind das als Jünger und Nachfolger und versuchen, die Spuren der Mission Gottes nicht aus den Augen zu verlieren und werden so zu Scouts, Fährtenleser, Übersetzer, Brückenbauer zwischen den Welten – für Kinder und Jugendliche in Kirchen, Gemeinden; und auch dort, wo noch keine Gemeinde und keine Kirche hingekommen ist.

2. Die Präsenz der Kirchen als Gestaltungskraft der Welt;

Die Reformation hat unsere Kirchen und unsere Gesellschaften verändert. Das unmittelbare Verhältnis der einzelnen zu seinem Gott stand dabei zunächst theologisch im Vordergrund. Dies hatte einen beispiellosen Individualisierungsschub und den Eintritt in die Neuzeit zur Folge. Fast 500 Jahre später ist es wieder wichtig geworden, auch die sozialen Dimensionen des Glaubens stärker zur Geltung zu bringen. Auch die Kirchen in der reformatorischen Tradition haben theologisch und politisch schon immer einen gesellschaftlichen Gestaltungsauftrag reklamiert und mehr oder weniger proaktiv umgesetzt.

Wenn es um die Präsenz der Kinder und Jugendarbeit gehen soll, dann knüpfen wir heute und auch mit diesem Jahresbericht erneut an die kirchliche Verantwortung für das Zusammenleben der Armen und der Reichen, der Jungen und der Alten an. Selbstverständlich liegt nicht alles in

unseren Händen. Aber die Arbeitsgemeinschaft sagt klipp und klar: Wir werden die Gesellschaft nicht sich selbst überlassen. In der jugendpolitischen Debatte hat sich die aej darum für die Profilierung und Konzeptionalisierung einer eigenständigen Jugendpolitik stark gemacht. Wir wollen, dass die Lebenslagen und die Perspektiven junger Menschen zukünftig systematisch und nachhaltig wahrgenommen werden. Sie sollen als eigenständiges Qualitätskriterium für die Weiterentwicklung politischer Programme von den politischen Akteuren nicht mehr außer Acht gelassen werden können.

Wer Verantwortung für die Welt übernehmen will, muss heute plausible Antworten und Konzepte für den Umgang mit Heterogenität haben. Christliche Kirchen stehen dabei zwischen der christlichen Botschaft auf der einen Seite, den unterschiedlichen Lebenswelten, Lebensentwürfen oder Lebenslagen der Menschen in modernen Gesellschaften auf der anderen Seite. Es geht dabei nicht ohne Konflikte zu (wie man an der Auseinandersetzung um das Ehe- und Familienbild in der EKD derzeit beobachten kann) und wird auch zukünftig nicht ohne das Ringen um den richtigen Weg gehen. Die aej hat darin Erfahrung. Wenn wir um den zukünftigen Umgang religiöser, kultureller, sozialer oder sexueller Vielfalt diskutieren, dann wird es wichtig sein, sich zu erinnern, dass wir es immer verstanden haben, konstruktive Lösungen zu finden, die von der Breite der Mitglieder getragen werden kann. Im vergangenen Jahr hat die aej mit dem Thema Inklusion einen ersten Auftakt zum Umgang mit Vielfalt gemacht. Gemeinsam mit dem Diakonischen Werk und der Aktion Mensch haben wir versucht, die fachliche Diskussion und die Akteure im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit zu bündeln und miteinander ins Gespräch zu bringen. Es ist schon jetzt deutlich, dass nicht nur die Kooperation sehr erfolgreich für die Partner verläuft, sondern auch das Thema ausreichend fachlichen, politischen und theologischen Zündstoff für die nächste Dekade breithält.

Insbesondere dann, wenn wir nicht allein politische Forderungen an Dritte damit verbinden, sondern die eigene Arbeit in Jugendverband, Kirchen, Werken und Gemeinden daran gemessen werden soll. Es wird uns beschäftigen – bereits in der nächsten MV. Inklusion steht dann im großen Zusammenhang der Debatte um Diversität und umfasst soziale Fragen damit ebenso wie Genderthemen oder den Umgang mit modernen gesellschaftlichen Milieus.

Wir werden schließlich der gesellschaftlichen Verantwortung für die Weltgestaltung nur dann gerecht werden, wenn wir konsequent ökumenisch denken und handeln. Die aej ist dafür besonders prädestiniert. Die theologische, politische und kulturelle Breite unserer Mitglieder ist ein großer Schatz. Das Miteinander im Jahresverlauf und die Arbeit im Rahmen der MV dokumentiert das immer wieder aufs Neue. Er beschert uns zugleich einen Vorsprung im geschwisterlichen Miteinander: Wir haben Erfahrungen damit, den anderen neben uns gerade in seiner Besonderheit zu akzeptieren und gerade deshalb gemeinsam auf dem Weg zu sein. Ich meine, dass die innerevangelische Ökumene gut ausgebaut ist. Wir werden in den kommenden Jahren aber noch stärker darüber nachdenken müssen, wie wir als christliche Kirchen jenseits konfessioneller Unterschiede gesellschaftlich auftreten. Eins aber ist klar: Auf den christlichen Wärmestrom kann unsere Gesellschaft nicht verzichten.

3. Die Jugend ist präsent als Gestaltungskraft der Kirche

Wir haben mit Blick auf das Reformationsjubiläum in der Projektgruppe ebenso wie in der MV immer deutlich gesagt: Wenn das Thema Veränderung ernst genommen werden soll, geht es auch innerkirchlich

nicht ohne die Kinder und Jugendlichen. Die aej macht mit diesem Jahresbericht erneut deutlich, dass die Präsenz von Kindern und Jugendlichen in Kirchen, Gemeinden, Werken und Diensten eine Zukunftsaufgabe für die Kirchen ist und bleibt. Der Hebräerbrief spricht vom Wort Gottes als dem Schwert, das die Wahrheit von der Unwahrheit unterscheidet. Ich meine, dieses Schwert wird unscharf, wenn die Perspektive von Kindern und Jugendlichen nicht immer wieder zentral in den Blick genommen wird. Ihr, liebe Schwestern und Brüder präsentiert nicht nur ein kirchliches Arbeitsfeld. Evangelische Kinder- und Jugendarbeit in ihren vielfältigen Ausprägungen ist selbst vielmehr ein exemplarisches Modell von Kirche. Wir beschreiben das mit den Konzepten Selbstwirksamkeit, Partizipation, Freiwilligkeit, Selbstbestimmung. Die reformatorische Theologie nennt das das allgemeine Priestertum aller Getauften. Wir sind ein starkes Stück Kirche und das dies so ist, lässt sich nachlesen auf 200 Seiten Bericht, Rückblick, Rechenschaft über die Arbeit des vergangenen Jahres. Ich bin stolz auf die Breite und die Vielfalt der dokumentierten Arbeit und meine, wir müssen uns damit nicht verstecken.

Hinter den einzelnen Arbeits- und Handlungsfeldern stehen viele. Die Verwaltungskräfte in der Geschäftsstelle, die Referentinnen und Referenten, der Generalsekretär, die ehrenamtlichen und beruflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mitglieder in Vorstand, Beiräten und Fachkreisen, die Jugendpolitiker und Fachleute der Mitgliedern, Hintergrund und – Thesenpapiere, mancher Sitzungsmarathon und vor allem der stete Wille, die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen in Kirche und Gesellschaft nachhaltig zu verankern. Es stimmt: Kinder- und Jugendarbeit gerät zunehmend unter Legitimationsdruck. Es ist nicht mehr jeder Kirchenleitung selbstverständlich, dass demografischer Wandel nicht heißt, weniger in die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen zu investieren.

Und es schwindet in den Kirchenleitungen immer mehr das Wissen über das, was jugendverbandliche Arbeit bedeutet und welche Langzeitwirkungen sie für Kinder, Jugendliche und die Kirchen selbst hat. Die aej ist hier zunehmend politisch und fachlich gefordert, gegenüber den Partnern im Bund und für die Unterstützung ihrer Mitglieder deutlich zu vertreten, dass es nur mit Kindern und Jugendlichen heute und morgen lebendige Kirche und lebendige Gemeinden geben wird.

Die aej sichert deshalb die Präsenz von Kinder- und Jugendarbeit, bündelt Kompetenzen, schafft Verbindungen, denkt in die Zukunft und ist parteiisch an der Seite von Kindern und Jugendlichen.

Unsere jugendpolitische Wirksamkeit ist daran gebunden, dass viele sich durch die aej vertreten fühlen und uns mandatieren. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass die fachliche und konzeptionelle Arbeit in Zukunft an Gewicht zunehmen wird. Wir müssen Kinder und Jugendliche beteiligen und ihre Perspektiven einbringen. Aber wir werden verstärkt auch nach Konzepten und Modellen gefragt, wenn es um die Entwicklung der Arbeit mit Kindern geht, um die Freizeitarbeit oder um die Kompetenzprofile von Beruflichen in der Kinder- und Jugendarbeit.

Die aej lebt und profitiert hier von der Breite ihrer Kompetenzen und der Präsenz der Mitglieder in ihren Organen: Fachkreise, Beiräte, Delegationen und Mandate, in der internationalen Arbeit, in der Ökumene oder im Bereich entwicklungspolitischer Herausforderungen.

Ich danke hier aber insbesondere und ausdrücklich der Geschäftsstelle, ihren Verwaltungskräften, ihren Referentinnen und Referenten und unserem Generalsekretär, lieber Mike, für die enorme und fachliche immer kompetente Arbeit des vergangenen Jahres. Ihr seid ein Garant dafür, dass wir nicht nur jugendpolitisch präsent sind (herzlichen Glückwunsch an den

Vorsitzenden des DBJR, Stefan Groschwitz), sondern auch konzeptionell auf der Höhe der Zeit.

Ich danke aber auch allen ehrenamtlich Mitarbeitenden, die sich in Fachkreisen, Arbeitsgruppen, Beiräten und selbst bei Zugfahrten oder über Facebook für die Präsenz von Kindern und Jugendlichen in unserer Kirche und in unserer Gesellschaft einsetzen. Ich danke meinen Vorstandskolleginnen und -kollegen für die konstruktive und kollegiale Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Es ist nicht selbstverständlich, dass neben der vielen Arbeit auch der Geist Gottes in der Arbeit präsent ist. Ich habe das in den vergangenen 12 Monaten an manchen und manchmal auch überraschenden Stellen erlebt – solche Lebendigkeit auch im Streiten und im Alltagsgeschäft finde ich ermutigend.

Ich wünsche nun dem Jahresbericht ebensolche präsenze, lebendige, streitbare und geistvollen Beratungen und einen lebendigen Gebrauch in euren Zusammenhängen.

Forum I: Glaubenswelt – Sprachwelt. Einfach vom Glauben reden

Katrin Oxen, Leiterin des Zentrums für evangelische Predigtkultur, Wittenberg
Erik Flügge, Geschäftsführer Squirrel & Nuts Gesellschaft für strategische Beratung mbH

Moderation: Udo Bußmann

Inputs: Aus sehr unterschiedlicher Perspektive beleuchten Katrin Oxen und Erik Flügge die Möglichkeiten, den Glauben in klarer, verständlicher und überzeugender Sprache zu artikulieren.

Katrin Oxen zeigt ausgehend vom aktuellen Predigtmodell (Martin Nicol: Dramaturgische Homiletik) wie aufgrund der Fähigkeit, den Menschen zuzuhören und Geschichten zu erzählen, der Glauben in anschaulicher und lebendiger Sprache Gehör finden kann.

Anschaulich macht Oxen dies an einem Beispiel des Projektes „Jugend predigt“. Erik Flügge spitzt in Form eines rhetorischen Feuerwerks explizit die Frage nach einer einfachen Glaubenssprache und die Kritik an einer blutleer gewordenen Predigtkultur zu und zeigt implizit die Möglichkeiten der Rhetorik als Mittel für überzeugendes Reden von Gott. Flügges These: Verstehbare Rede, denn wer versteht, ist emotional berührt und das sei letztlich reformatorisch – Verstehen.

Diskussion: Die Diskussion konzentriert sich im Wesentlichen auf die Frage, mit welchen Formaten Jugendlichen der Raum eröffnet wird, in dem sie erfahren, dass ihnen zugehört wird und wo sie frei von Gruppen- und Erwartungsdruck und ohne das Gefühl, instrumentalisiert zu werden von ihren Glaubenserfahrungen erzählen können.

Weitere mit dieser Frage verbundene Aspekte der Diskussion sind:

- Das gegenseitige Erzählen vom Glauben muss authentisch sein. Es braucht weniger den Event als eine vertrauensvolle Umgebung, in der nichts, auch keine gestaltete Mitte verordnet wird.
- Glaubenssprache entsteht im Gespräch, weniger in vermeintlich jugendgemäßen Angeboten und Sprachformen.
- Basis von Gesprächsangeboten sind die eigene Begeisterung, echte statt sinnentleerte Rituale und das Wissen um die eigenen Grenzen (Können Mittvierziger überhaupt für Jugendliche schreiben?).
- Und als Grundsatz für die weitere Entwicklung praktischer Ideen formuliert die Gruppe: Jugendliche brauchen nicht ein Angebot, an dem sie sich dann irgendwie beteiligen können. Sie brauchen einen Rahmen (Raum, Finanzen, Zeit) und einen inhaltlichen Impuls. Wie sie diesen Rahmen dann füllen, liegt in ihrer Freiheit und auch Verantwortung.

Forum II – „Glaube Macht Zivilgesellschaft – Reformation und Revolution“

Julia Otten, Germanwatch e.V.

Joachim Ochel, EKD

Das Verhältnis von Reformation und Zivilgesellschaft, als Kern der Diskussion im Forum II, beginnt beim reformatorischen Befreiungsakt des Einzelnen. In der Verschiebung der Frage nach dem Zweck hin zur Frage nach dem Sinn werden Räume zur individuellen Ausübung des Glaubens, zur gesellschaftlichen Partizipation eröffnet. Reformation schafft Voraussetzungen zur Entstehung einer vitalen Zivilgesellschaft.

Kirche ist somit nicht nur Teil der Zivilgesellschaft sondern intensiv an ihrer Entstehung beteiligt und hat aufgrund ihres Bekenntnisses und ihrer Überzeugungen auch jetzt noch eine wichtige Funktion als Korrektiv.

Kirche, und insbesondere Evangelische Jugend, kann vor diesem Hintergrund ihr reformatorisches Selbstbewusstsein beleben und mit Bedeutung füllen. Sie kann gesellschaftliche Prozesse mitdiskutieren, Themen setzen und politische Entscheidungsprozesse initiieren und beeinflussen. Im Unterschied zu NGOs, die zumeist pointierte und zugespitzte Positionen vertreten, ist es dabei Aufgabe von Kirche, die in ihr verbundenen Menschen in diesem Prozess zu begleiten und partizipieren zu lassen.

Vor diesem Hintergrund soll Evangelische Jugend im Blick auf das Reformationsjubiläum fragen:

- Wie können wir uns unserer transformativen Kraft bewusst werden und wie können wir sie regenerieren und erstarken lassen?
- Welche Aspekte müssen aus einem christlichen Verständnis heraus radikal kritisiert werden?

Aus dem Selbstbewusstsein heraus, als evangelische Kirche maßgeblich die Zivilgesellschaft gestaltet und begründet zu haben kann sich Evangelische Jugend in der Zusammenarbeit mit anderen selbstbewusst auf die Suche nach ihrer transformativen Kraft machen.

Forum III: Reformation und Toleranz – Ohne Angst verschieden sein

Auf der Grundlage der inhaltlichen Impulse von Carolin Stalter (Wissenschaftliche Angestellte am Lehrstuhl von Prof. Dr. Manfred Oeming/Altes Testament, Universität Heidelberg) – siehe Anhang - zum Toleranzbegriff in der Theologie und Marina Khanide (Diplom-Sozialpädagogin und interkulturelle Trainerin) zur Anwendung der Toleranzampel/ Toleranzkriterien in einem Konflikt – siehe Anhang – hielten die Forumsteilnehmenden zu Beginn folgende Definition von Toleranz für sich fest:

„Toleranz ist die Maxime für eine individuelle und ethisch motivierte Entscheidung, einen Konflikt auszuhalten oder gewaltfrei alleine oder miteinander zu regeln – auf der Basis der prinzipiellen Anerkennung des gleichen Rechts auf Freiheit“.

Darüber hinaus wurden folgenden Aussagen erarbeitet und diskutiert:

Toleranz ist kein Zustand und keine moralisch definierte Größe. Toleranz basiert auf einer (Lebens)haltung, zu der Konflikte und deren Bearbeitung selbstverständlich dazu gehören. Zu dieser Haltung sind Konflikte geradezu notwendig, wenn Menschen nicht in Gleichgültigkeit verfallen wollen - als Konfliktvermeidungsstrategie.

Das Aushandeln und Bearbeiten von Konflikten führt zu mehr Toleranz.

Toleranz darf nicht zu sehr mit Moral vermischt werden, auch wenn Toleranz sich auf ethische Werte bezieht. Ethik, ethisch begründetes Handeln ist nicht mit Moral gleich zu setzen. Moralische Bewertungen in einem Konfliktfall führen in der Regel nicht zu Szenarien von toleranterem Handeln.

Toleranz in Haltung und Handeln umgesetzt, kann dann heißen: Ich habe einen Standpunkt gefunden, der nicht zur „Sabbatsäule“ erstarrt. Mit diesem Standpunkt bin ich tolerant gegen den anderen und re-formiere mich selbst. Es sollte in der Evangelischen Jugend in erster Linie nicht darum gehen, danach zu suchen, was nicht mehr toleriert werden kann. Sondern darum eigene Standpunkte zu finden und mit diesen in Beziehungen einzutreten. Wenn daraus Konflikte entstehen, kommt die Toleranz ins Spiel, der nach den „Toleranzkriterien“ auch das „nicht tolerieren“/ die Intoleranz als Möglichkeit der Konfliktregelung eröffnet. Toleranz bleibt jedoch ein Beziehungsgeschehen ohne Versicherung.

Die theologische Grundlage für solches Handeln wird in diesem Fall nicht zuerst aus der Rechtfertigungslehre abgeleitet, sondern aus der Gottesbegegnung. Gott tritt Menschen in der Bibel „immer wieder als der ganz Andere“ entgegen. Und der Andere darf der ganz Andere bleiben (Exodus 18). Deshalb muss ich immer damit rechnen, dass Gott mir im Anderen begegnet und ich diesem deswegen auf Augenhöhe begegne. Das ist der Grund dafür, dass man dann ohne Angst verschieden sein kann und in der Begegnung miteinander um Regelungen und Lösungen ringen kann.

Gute christliche Ethik unter dem Toleranzgedanken fordert, Minderheiten ein großes Gewicht zu geben. Weil ich selber schnell in die Minderheit geraten kann.

Wir brauchen eine positive Sicht auf Konflikte, eine positive Idee von Konflikten, die uns um Unterschiede und den Umgang mit diesen Unterschieden ringen lässt. Konflikte sollten offen behandelt werden. Durchaus in dem Wissen, nicht immer gewinnen zu können. „Mal gewinnen wir, mal die anderen“. Wir gewinnen in Konflikten auch, wenn wir unsere Meinung nicht durchsetzen. Die Bereitschaft zu diesem Ringen nimmt leider ab, auch in der kirchlichen Gremienkultur. Reformation in diesem Sinne heißt auch, offen und aktiv in den Konflikt eintreten.

Konflikte helfen, sich zu reformieren.

Protokoll Forum IV „Freiheit und Verantwortung – Ich und meine Welt“

Moderation: Sigrid Müller

Input I:

Dr. Ellen Überschär, Generalsekretärin Deutscher Evangelischer Kirchentag

- Was ist der Kern der Reformation?
- Der Thesenanschlag ist die falsche Geburtsstunde der Reformation
- Luther lebte in einem Gefühl von der Endzeit der Welt, wenn Luther uns heute sehe würde er sich falsch verstanden fühlen
- „Liebe deine Feinde, wie deinen Nächsten“, war der schwerste Satz für Martin Luther
- 1524 ist Luther eingeladen wurden von der Stadt Karlstadt, einer Gemeinde die „alternativ“ lebte und ihn als einen „ihresgleichen“ eingeladen hatte, das hat Luther erzürnt, er war jemand, der auch auf sein Ansehen und seine Position großen Wert gelegt hat.
- Reformation entwickelte sich in der Auseinandersetzung verschiedener gesellschaftlicher Bedingungen.
- Luthers Menschenbild war klar: Frauen und Männer hatten ihre Aufgabe im gesellschaftlichen Leben. Frauen als „Gehilfinnen“ des Mannes.
- Nur die Gnade Gottes allein bedeutet Freiheit.
- Freiheit der Menschen im Sinne des EKD Familienpapiers
- Reformation = denken in Kategorien
- Reformation = streitbare Auseinandersetzungen
- Freiheitliches Denken ausversehen (das Geschenk der Reformation)
- Freiheit gibt es in der Theologie so nicht, sie spricht von Befreiung.
- Von der Freiheit eines Christenmenschen hin zur „Kirche der Freiheit“ (so damals die Begründung des Reformprozesses)
- „Bindung und Freiheit“ die christliche Freiheit ist nicht ohne Bindung möglich (Bindung an Gott).
- Der Kirchentag ist eine Laienbewegung? Nicht mehr ganz, aber der Begriff wird nicht aufgegeben, weil es um die Verantwortung aller für den Glauben geht.

Grundstruktur des Kirchentags:

- Verlässliche Rahmenstruktur muss da sein, aber gleichzeitig hohe Eigenverantwortung der ehrenamtlichen Mitwirkenden und Helfer.
- Der Erfolg der Verantwortung, ist der Erfolg der Laien.
- Keine Schlusskontrolle durch geistliche Leitung.

Input II:

Dr. Gabriele Schambach, Politikwissenschaftlerin, Sinus-Akademie, Inhaberin von GenderworkS

Vorstellung der Ergebnisse der Sinus Milieu Studie:

Wie ticken Jugendliche?

Rahmenbedingungen

Allgemeine Befunde

Das Sinus Lebensweltmodell

Religion und Glauben

DISKUSSION IN DER GRUPPE:

- Freiheit heute eher als Autonomie, unter diesem Aspekt ist dann eine Verbindung zur Sinus-Studie möglich

- Reformation als Anstoß zur Demokratie
- Freiheit heißt, ich kann tun und lassen was ich will und trage die Verantwortung für mich (das mit Luther zu verbinden fällt schwer)
- Wie weit geht meine Freiheit, ohne die Freiheit anderer zu beschränken?
- Autonomie gelebt in Beziehungen zu anderen (ethische Frage)
- Autonomie heißt ich muss ständig auf mich selber aufpassen
- Obdachloser Himmel
- Was heißt es das „richtige“ zu suchen und sich ggf. auch mit N.N. anzulegen? (in Anlehnung an Luther)
- Was heißt Reformation heute?
- Die Kinder- Jugendlichen der Ev. Jugend sind Kinder der Reformation (Aussage eines Landesbischofs in Bayern)
- Was für ein Kirchenbild haben wir? Wie stellen wir Kirche dar?
- Bitte auf die Sprache achten: Autonomie zu ersetzen durch selbstbestimmtes Leben
- Selbstbestimmung verwirklichen – Für mehr Einbringung sorgen
- Beteiligung ist mehr als „Außenbereich“ gestalten („Beteiligung ist mehr als Möblierung“)
- Freiheit und Verantwortung sind eng verwoben
- Gemeinschaftliches Leben in Selbstbestimmung bedeutet ...
(Jugendlichen eine Stimme geben)
- Wahrnehmen und zuhören
- Selbstbestimmtes Leben in Gemeinschaft – Gemeinschaftliches Leben in Selbstbestimmung
- Ich bin so frei, Gott sein Dank!
- Eure Stimme zählt

Statements aus der Diskussion:

1. Ich bin so frei – Gott sein Dank
2. Selbstbestimmtes Leben in Gemeinschaft – Gemeinschaftliches Leben in Selbstbestimmung
3. Beteiligung ist mehr als den Außenbereich gestalten
4. Eure Stimme zählt

09.12.2013

Dagmar Hisleiter

TOP 9 Anträge

an die 124. Mitgliederversammlung der aej
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Antrag 1

Sexuelle Identität

Offenheit statt Vorurteile - Achtung statt Diskriminierung

Die Entwicklung der eigenen Sexualität ruft besonders im Jugendalter – unabhängig von der sexuellen Orientierung – Unsicherheiten hervor. Gerade Menschen mit nicht-heterosexuellen Orientierungen haben es schwer in der Gesellschaft und im Besonderen in der Kirche. In unserer Gesellschaft treffen viele nicht-heterosexuelle Jugendliche und Erwachsene immer wieder auf Homophobie – eine soziale, gegen nicht-heterosexuelle Menschen gerichtete Feindseligkeit. Es handelt sich um eine irrationale, sachlich nicht begründete Aversion gegenüber homosexuellen, bisexuellen und transidenten Menschen und ihren Lebensweisen. Homophobie hat viele Facetten und Ausdrucksformen: Diskriminierung, Ausgrenzung und Benachteiligung, Beleidigung, Mobbing, Körperverletzung und Sachbeschädigung, Verschwörungstheorien, Hassparolen und Hetzartikel. In den Kirchen herrscht über den Umgang mit LSBT-Lebensformen Uneinigkeit, gerade in Bezug auf Segnungen von nicht-heterosexuellen Paaren oder nicht-heterosexuelle Pfarrerinnen und Pfarrer, besonders wenn diese mit der Partnerin bzw. dem Partner im Pfarrhaus leben möchten.

Wir sind überzeugt, dass der christliche Glaube und die biblische Botschaft nicht dazu missbraucht werden dürfen, andere Menschen auf Grund ihrer sexuellen Orientierung zu diskriminieren. Es ist vielmehr unser Anliegen, gegen Diskriminierung einzustehen. Wir wollen, dass die Evangelische Jugend ein Ort ist, an dem alle Jugendlichen ihre persönliche Identität in Liebe, Begegnung und Partnerschaft erfahren, erproben und festigen können. Unsere Kirche und besonders die evangelische Jugendarbeit soll ein Raum sein, in dem Menschen, ungeachtet ihrer sexuellen Identität, Achtung und Wertschätzung statt Diskriminierung erfahren. Einer Beziehung zwischen zwei Menschen, die auf Liebe und Verbindlichkeit basiert, kann der Segen Gottes nicht vorenthalten werden. Daher sollte in allen Landeskirchen die Segnung eingetragener Lebenspartnerschaften möglich sein. Die heterosexuelle Ehe mit allen Rechten und Pflichten verliert nach unserer Überzeugung nicht an Stellenwert für die Gesellschaft. Daneben sollte es auch gleichgeschlechtlich liebenden und lebenden Pfarrerinnen und Pfarrern möglich sein mit der Partnerin bzw. dem Partner in Pfarrhäusern leben zu dürfen.

Wir rufen die Mitglieder der aej und deren Untergliederungen auf, sich aktiv gegen Homophobie einzusetzen.

Wir fordern den Vorstand und die Geschäftsstelle dazu auf, die von der aej veröffentlichten Materialien zum Thema daraufhin gründlich zu prüfen.

1 **Antragsbegründung:**

2 Im November 2011 haben wir auf unserer Vollversammlung zum Thema "Bunt wie Gottes
3 Schöpfung!? Homosexualität – Jugend – Kirche" angefangen, uns mit sexueller Vielfalt zu
4 beschäftigen. Dabei setzten wir uns theologisch mit dem Thema auseinander, sprachen aber
5 auch über unsere eigenen Erfahrungen im Umgang mit homosexuellen, bisexuellen und trans-
6 identen Menschen – sowohl in Kirche als auch in Gesellschaft. Wir stellten schnell fest, dass
7 unsere Vollversammlung sehr tolerant mit dem Thema umgeht, aber dennoch große Probleme
8 in den Kirchen wahrnimmt – obwohl Homosexualität vom Staat als legitime und natürliche
9 Form der Sexualität behandelt wird. Dies liegt vor allem an einem unterschiedlichen Ver-
10 ständnis der Bibel und der damit einhergehenden Auslegung biblischer Texte, die vermeint-
11 lich zum Thema Aussagen treffen. Zu häufig hört man das Argument, Gott hätte Homosexua-
12 lität verboten und gleichgeschlechtliche Paare "bedrohen" die "klassische Familie", die als
13 zentrale Säule unserer Gesellschaft gilt. Noch fraglicher ist für uns die Ansicht, dass die sexu-
14 elle Identität geändert werden kann, wenn man nur genug betet oder es nur genug will. Und
15 dabei ruft das Evangelium uns dazu auf, tolerant zu sein. Bischof Dr. Dr. h.c. Markus Dröge
16 (EKBO) bemerkt dazu in seinem "Wort des Bischofs" auf der Landessynode der EKBO am
17 19. April 2013 dazu: "[...] Gottes Sohn, Jesus Christus, hat diese Toleranz Gottes anschaulich
18 gelebt. Er hat die Liebe zum Kriterium für die Wahrheit gemacht. Das ist bis heute revolution-
19 när und wird durchaus noch nicht von jedem gläubigen Menschen vertreten und gelebt. Im
20 Vertrauen auf den Heiligen Geist, der unterschiedliche Perspektiven im gemeinschaftlichen
21 Leben zulässt, können wir Toleranz wagen [...]"

22 Die EJBO ist im Nachgang dieser Beschäftigung mit dem Thema in 2012 dem "Bündnis ge-
23 gen Homophobie" beigetreten. Im Mai diesen Jahres haben wir außerdem eine Broschüre un-
24 ter dem Titel "Bunt wie Gottes Schöpfung! – Liebe hat viele Farben", eine Postkartenserie
25 und ein Materialheft zur Sensibilisierung für sexuelle Vielfalt veröffentlicht. Alles ist unter
26 www.ejbo.de/bunt zu finden.

27 Wir finden, auch die aej sollte hierzu eine Position haben und das Thema vielleicht in seiner
28 Gänze mal wieder aufgreifen, da die letzte Broschüre zum Thema aus den 90er Jahren ist und
29 noch sehr fragwürdige Inhalte hat.

30
31
32
33 **Antragsteller(innen):** Evangelische Jugend Berlin – Brandenburg – schlesische Ober-
34 lausitz

35
36 **Adressat(inn)en:**

37
38 **Abstimmungsergebnis:**

TOP 9 Anträge

an die 124. Mitgliederversammlung der aej
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Antrag 1a

Selbstbestimmung und Akzeptanz von sexueller Vielfalt

Die Entwicklung der eigenen Sexualität ruft besonders im Jugendalter – unabhängig von der sexuellen Orientierung – Unsicherheiten hervor. Gerade Menschen mit nicht-heterosexuellen Orientierungen haben es schwer in der Gesellschaft und im Besonderen in der Kirche. In unserer Gesellschaft treffen viele nicht-heterosexuelle Jugendliche und Erwachsene immer wieder auf Homophobie – eine soziale, gegen nicht-heterosexuelle Menschen gerichtete Feindseligkeit. Es handelt sich um eine irrationale, sachlich nicht begründete Aversion gegenüber homosexuellen, bisexuellen und transidenten Menschen und ihren Lebensweisen. Homophobie hat viele Facetten und Ausdrucksformen: Diskriminierung, Ausgrenzung und Benachteiligung, Beleidigung, Mobbing, Körperverletzung und Sachbeschädigung, Verschwörungstheorien, Hassparolen und Hetzartikel. In den Kirchen herrscht Uneinigkeit über den Umgang mit LSBT*¹-Lebensformen.

Wir sind überzeugt, dass der christliche Glaube nicht dazu missbraucht werden darf, andere Menschen auf Grund ihrer sexuellen Orientierung zu diskriminieren. Wir wollen gegen Diskriminierung eintreten!

Wir wollen, dass die Evangelische Jugend ein Ort ist, an dem alle Jugendlichen ihre persönliche Identität in Liebe, Begegnung und Partnerschaft erfahren, erproben und festigen können. Unsere Kirche und besonders die evangelische Jugendarbeit soll ein Raum sein, in dem Menschen, ungeachtet ihrer sexuellen Identität, Achtung und Wertschätzung statt Diskriminierung erfahren.

Für jede Beziehung zwischen zwei Menschen, die auf Liebe und Verbindlichkeit fußt, bitten wir um Gottes Segen. Die heterosexuelle Ehe mit allen Rechten und Pflichten verliert nach unserer Überzeugung nicht an Stellenwert für die Gesellschaft.

Daraus ergeben sich für uns folgende Forderungen:

- Die Mitglieder der aej und deren Untergliederungen setzen sich mit dem Thema sexuelle Vielfalt auseinander und treten aktiv gegen Homophobie ein.
- Vorstand und Geschäftsstelle der aej prüfen die veröffentlichten Materialien zum Thema gründlich.
- Die Segnung der eingetragenen Lebenspartnerschaften soll zur gängigen Praxis werden.
- Gleichgeschlechtlich liebenden und lebenden Pfarrer_innen soll es ermöglicht werden mit ihren Partner_innen im Pfarrhaus zusammenzuleben.
- Unserem nicht-heterosexuellen Schwestern und Brüdern soll ein Leben innerhalb gleicher rechtlicher Rahmenbedingungen ermöglicht werden.

¹ LSBT (aus dem Englischen auch: LGBT) steht für Lesbisch-Schwul-Bisexuell-Trans und ist eine international hierfür verwendete Abkürzung. * bedeutet hier, dass auch alle anderen miteingeschlossen sind, aber aufgrund der vielen Abkürzungen und Definitionen nicht genannt werden können.

1 **Antragsbegründung:**

2 Im November 2011 haben wir auf unserer Vollversammlung zum Thema "Bunt wie Gottes
3 Schöpfung!? Homosexualität – Jugend – Kirche" angefangen, uns mit sexueller Vielfalt zu
4 beschäftigen. Dabei setzten wir uns theologisch mit dem Thema auseinander, sprachen aber
5 auch über unsere eigenen Erfahrungen im Umgang mit homosexuellen, bisexuellen und trans-
6 identen Menschen – sowohl in Kirche als auch in Gesellschaft. Wir stellten schnell fest, dass
7 unsere Vollversammlung sehr tolerant mit dem Thema umgeht, aber dennoch große Probleme
8 in den Kirchen wahrnimmt – obwohl Homosexualität vom Staat als legitime und natürliche
9 Form der Sexualität behandelt wird. Dies liegt vor allem an einem unterschiedlichen Ver-
10 ständnis der Bibel und der damit einhergehenden Auslegung biblischer Texte, die vermeint-
11 lich zum Thema Aussagen treffen. Zu häufig hört man das Argument, Gott hätte Homosexua-
12 lität verboten und gleichgeschlechtliche Paare "bedrohen" die "klassische Familie", die als
13 zentrale Säule unserer Gesellschaft gilt. Noch fraglicher ist für uns die Ansicht, dass die sexu-
14 elle Identität geändert werden kann, wenn man „nur“ genug betet oder es nur genug will. Und
15 dabei ruft das Evangelium uns dazu auf, tolerant zu sein. Bischof Dr. Dr. h.c. Markus Dröge
16 (EKBO) bemerkt dazu in seinem "Wort des Bischofs" auf der Landessynode der EKBO am
17 19. April 2013 dazu: "[...] Gottes Sohn, Jesus Christus, hat diese Toleranz Gottes anschaulich
18 gelebt. Er hat die Liebe zum Kriterium für die Wahrheit gemacht. Das ist bis heute revolutio-
19 när und wird durchaus noch nicht von jedem gläubigen Menschen vertreten und gelebt. Im
20 Vertrauen auf den Heiligen Geist, der unterschiedliche Perspektiven im gemeinschaftlichen
21 Leben zulässt, können wir Toleranz wagen [...]"

22 Die EJBO ist im Nachgang dieser Beschäftigung mit dem Thema in 2012 dem "Bündnis ge-
23 gen Homophobie" beigetreten. Im Mai diesen Jahres haben wir außerdem eine Broschüre un-
24 ter dem Titel "Bunt wie Gottes Schöpfung! – Liebe hat viele Farben", eine Postkartenserie
25 und ein Materialheft zur Sensibilisierung für sexuelle Vielfalt veröffentlicht. Alles ist unter
26 www.ejbo.de/bunt zu finden.

27 Wir finden, auch die aej sollte hierzu eine Position haben und das Thema vielleicht in seiner
28 Gänze mal wieder aufgreifen, da die letzte Broschüre zum Thema aus den 90er Jahren ist und
29 noch sehr fragwürdige Inhalte hat.

30
31
32 **Antragsteller(innen):** Evangelische Jugend Berlin – Brandenburg – schlesische Ober-
33 lausitz

34
35 **Adressat(inn)en:**

36
37 **Abstimmungsergebnis:**

TOP 9 Anträge

an die 124. Mitgliederversammlung der aej
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Antrag 1 b

Selbstbestimmung und Akzeptanz von sexueller Vielfalt

10 Noch immer werden homosexuell empfindende Menschen, ebenso wie transidente oder
11 bisexuelle Menschen, diskriminiert. Betroffene Jugendliche und Erwachsene treffen in ihren
12 Lebenskontexten auch in Kirchen auf Aversionen und Feindseligkeiten. Diese haben viele
13 Facetten und Ausdrucksformen: Diskriminierung, Ausgrenzung und Benachteiligung,
14 Beleidigung, Mobbing, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Hass und Hetze.
15 Vielfach wird Betroffenen gerade in kirchlichen Kontexten der Zugang zu bestimmten
16 Berufsfeldern erschwert oder verweigert und ihre Lebenspraxis eingeschränkt. Kinder und
17 Jugendliche erleben dadurch ein negatives und der guten Botschaft des Evangeliums von
18 Jesus Christus widersprechendes Vorbild, welches sie in Distanz zu Kirche und ihrer
19 Botschaft bringt.

20 Wir wollen, dass die evangelische Jugend ein Ort ist, an dem alle Jugendlichen ihre
21 persönliche Identität in Liebe, Begegnung und Partnerschaft erfahren, erproben und festigen
22 können. Unsere Kirchen sollen ein Raum sein, in dem alle Menschen mit ihrer jeweiligen
23 sexuellen Identität Achtung, Wertschätzung und Gleichbehandlung erfahren.

24 Wir sind uns dessen bewusst, dass sich aus verschiedenen Verständnissen und Zugängen zur
25 Heiligen Schrift unterschiedliche Bewertungen von Sexualität ergeben. Wir sehen auch die
26 daraus resultierende Gewissensnot. Wir glauben jedoch, dass sich aufgrund der Botschaft des
27 Evangeliums von Jesus Christus, der uns Liebe und Annahme aller Menschen vorgelebt hat,
28 Wege für eine Gleichbehandlung finden lassen.

29 Wir vermissen das Bemühen darum, sehen vielmehr eine Verhärtung der Positionen, sehen
30 derzeit mehr „Rechthaberei“ als „Rechtfertigung“. Daraus folgt eine Ungleichbehandlung und
31 damit Diskriminierung LSBTTI lebender Menschen.¹

32 In den Debatten um das Thema tauchen immer wieder Verdächtigungen und Vorurteile auf,
33 wie z.B. Verführung von Jugendlichen, Pädophilie oder Geringschätzung der Partnerschaft
34 von Mann und Frau.

35 Dies ist für die Betroffenen ein unerträglicher Zustand und wird unserem Verständnis einer im
36 Auftrag Jesu Christi handelnden Kirche nicht gerecht.

37 Wir fordern daher die evangelischen Kirchen, Werke, Verbände und Freikirchen dazu auf, sich
38 mit gelungenen Modellen der Gleichbehandlung sexuell unterschiedlich veranlagter
39 Menschen in Kirche auseinander zu setzen und sich daran zu orientieren.

40 Wir fordern die evangelischen Kirchen, Werke, Verbände und Freikirchen dazu auf, sich
41 gegen die Diskriminierung und Ungleichbehandlung LSBT empfindender und lebender
42 Menschen einzusetzen, auch in Kirche.

43
44

1. LSBTTI ist eine Abkürzung für verschiedene sexuelle Identitäten: lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, transident und intersexuell. Der * bedeutet hier, dass auch alle anderen miteingeschlossen sind, aber aufgrund der vielen Abkürzungen und Definitionen nicht genannt werden können.

- 1 **Antragsbegründung:** mündlich
- 2 **Antragssteller:** Freikirchliche Säule der aej
- 3 **Adressat:** Gliedkirchen der EKD, Werke und Verbände, sowie die
- 4 Freikirchen der Vereinigung Evangelischer Freikirchen in
- 5 Deutschland
- 6
- 7 **Abstimmungsergebnis:**

TOP 9 Anträge

an die 124. Mitgliederversammlung der aej
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Antrag 1 c

Selbstbestimmung und Akzeptanz von sexueller Vielfalt

Noch immer werden homosexuelle Menschen, ebenso wie transidente oder bisexuelle Menschen, diskriminiert. Betroffene Jugendliche und Erwachsene treffen in ihren Lebenskontexten auch in Kirchen auf Aversionen und Feindseligkeiten. Diese haben viele Facetten und Ausdrucksformen: Diskriminierung, Ausgrenzung und Benachteiligung, Beleidigung, Mobbing, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Hass und Hetze.

Vielfach wird Betroffenen gerade in kirchlichen Kontexten der Zugang zu bestimmten Berufsfeldern erschwert oder verweigert und ihre Lebenspraxis eingeschränkt. Kinder und Jugendliche erleben dadurch ein negatives und der guten Botschaft des Evangeliums von Jesus Christus widersprechendes Vorbild, welches sie in Distanz zu Kirche und ihrer Botschaft bringt.

Wir wollen, dass die evangelische Jugend ein Ort ist, an dem alle Jugendlichen ihre persönliche Identität in Liebe, Begegnung und Partnerschaft erfahren, erproben und festigen können. Unsere Kirchen sollen ein Raum sein, in dem alle Menschen mit ihrer jeweiligen sexuellen Identität Achtung, Wertschätzung und Gleichbehandlung erfahren.

Wir sind uns dessen bewusst, dass sich aus verschiedenen Verständnissen und Zugängen zur Heiligen Schrift unterschiedliche Bewertungen von Sexualität ergeben. Wir glauben jedoch, dass sich aufgrund der Botschaft des Evangeliums von Jesus Christus, der uns Liebe und Annahme aller Menschen vorgelebt hat, Wege für eine Gleichbehandlung finden lassen.

Wir sind überzeugt, dass der christliche Glaube nicht dazu missbraucht werden darf, andere Menschen auf Grund ihrer sexuellen Orientierung zu diskriminieren.

Wo sich theologische Positionen verhärten, ergeben sich Ungleichbehandlung und damit Diskriminierung homosexueller Menschen, ebenso wie transidenter oder bisexueller Menschen.

Dies ist ein unerträglicher Zustand und wird unserem Verständnis einer im Auftrag Jesu Christi handelnden Kirche nicht gerecht.

Gottes Segen gilt allen Menschen und ihren auf Verbindlichkeit und Liebe fußenden Beziehungen.

Daraus folgt:

Die evangelischen Kirchen, Werke, Verbände und Freikirchen setzen sich aktiv gegen Ungleichbehandlung und Diskriminierung sexuell unterschiedlich veranlagter und lebender Menschen ein.

1 Die evangelischen Kirchen, Werke und Verbände und Freikirchen setzen sich mit gelungenen
2 Modellen der Gleichbehandlung sexuell unterschiedlich veranlagter und lebender Menschen
3 in ihren Zusammenhängen auseinander und orientieren sich daran.
4

5 Eingetragene Lebenspartnerschaften werden auf Wunsch gesegnet.
6

7 Das geistliche Amt mit seinen daraus resultierenden Anforderungen an die persönliche Le-
8 bensführung und die homosexuelle Lebenspraxis schliessen einander nicht aus.
9

10

11

12 **Antragsteller(innen):** **Tagungsausschuss für Theologie und Pädagogik**
13

14 **Adressat(inn)en:**

15

16 **Abstimmungsergebnis:**

TOP 9 Anträge

an die 124. Mitgliederversammlung der aej
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Antrag 1 d

Selbstbestimmung und Akzeptanz von sexueller Vielfalt

Noch immer werden Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle (im Folgenden LSBTTI*¹ genannt), diskriminiert. Sie treffen in ihren Lebenskontexten auch in- Kirchen auf Aversionen und Feindseligkeiten. Diese haben viele Facetten und Ausdrucksformen: Diskriminierung, Ausgrenzung und Benachteiligung, Beleidigung, Mobbing, Körperverletzung,- Sachbeschädigung, Hass und Hetze.

Vielfach werden LSBTTI* gerade in kirchlichen Kontexten der Zugang -zu bestimmten Berufsfeldern erschwert oder verweigert und ihre Lebenspraxis eingeschränkt. Kinder und Jugendliche können -dadurch ein negatives und der guten Botschaft des Evangeliums von Jesus Christus widersprechendes Vorbild erleben, welches sie in Distanz zu Kirche und ihrer Botschaft bringt.

Wir wollen, dass die evangelische Jugend ein Ort ist, an dem alle Jugendlichen ihre persönliche Identität in Liebe, Begegnung und Partnerschaft erfahren, erproben und festigen können. Unsere Kirchen sollen ein Raum sein, in dem alle Menschen mit ihrer jeweiligen sexuellen Identität und Orientierung Achtung, -Wertschätzung und Gleichbehandlung erfahren. Die Evangelische Jugend sieht Vielfalt als eine Bereicherung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Identität und Orientierung zu akzeptieren, ist ein Gewinn für unsere Gesellschaft und Grundlage für ein dauerhaft gutes Miteinander. Nur wenn sich jeder einzelne Mensch angenommen und akzeptiert fühlt, kann er seine Potenziale in allen Lebensbereichen entfalten.

Wir sind uns dessen bewusst, dass sich aus verschiedenen Verständnissen und Zugängen zur Heiligen Schrift unterschiedliche Bewertungen von Sexualität ergeben. Wir glauben jedoch, dass sich aufgrund der Botschaft des Evangeliums von Jesus Christus, der uns Liebe und Annahme aller Menschen vorgelebt hat, Wege für eine Gleichbehandlung finden lassen.

Wir sind überzeugt, dass der christliche Glaube nicht dazu missbraucht werden darf, andere Menschen auf Grund ihrer sexuellen Identität und Orientierung zu diskriminieren.

Wo sich theologische Positionen verhärten, ergeben sich Ungleichbehandlung und damit Diskriminierung von LSBTTI*.

Dies ist ein unerträglicher Zustand und wird unserem Verständnis einer im Auftrag Jesu Christi handelnden Kirche nicht gerecht.

Gottes Segen gilt allen Menschen und ihren auf Verbindlichkeit und Liebe fußenden Beziehungen.

¹ LSBTTI ist eine Abkürzung für verschiedene sexuelle Identitäten: Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle. Der * bedeutet hier, dass auch alle anderen mit eingeschlossen sind, aber in den hier gewählten Formulierungen nicht wiederfinden.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

Daraus folgt:

Die Evangelische Jugend und die evangelischen Kirchen, Werke, Verbände und Freikirchen setzen sich aktiv gegen Ungleichbehandlung und Diskriminierung von Menschen, die unterschiedliche sexuelle Identitäten und Orientierungen leben, ein.
Sie setzen sich mit gelungenen Modellen der Gleichbehandlung in ihren Zusammenhängen auseinander und orientieren sich daran.

Eingetragene Lebenspartnerschaften werden gesegnet, wenn das Paar dies wünscht.
Diskriminierung ist abzubauen, die gerade in kirchlichen Kontexten LSBTTI* den Zugang zu bestimmten Berufsfeldern erschwert oder verweigert und ihre Lebenspraxis einschränkt.
Auch das geistliche Amt mit seinen daraus resultierenden Anforderungen an die persönliche Lebensführung und die Lebenspraxis von LSBTTI* schließen einander nicht aus.

Die Geschäftsstelle der aej wird gebeten, neuere Veröffentlichungen und Materialien zum Thema der Mitglieder der aej bzw. aus kirchlichen Bezügen zu sichten und gegebenenfalls auf dem Infoportal der Evangelischen Jugend in kommentierter Form zur Verfügung zu stellen.

Antragsteller(innen): Tagungsausschuss für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

Adressat(inn)en: _____

Abstimmungsergebnis: 42 Ja, 14 Nein 2 Enthaltungen

TOP 9 Anträge

an die 124. Mitgliederversammlung der aej
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Antrag 2

Beteiligung der Evangelischen Jugend am Reformationsjubiläum 2017

Mit ihrem Beschluss hat die 123. aej-Mitgliederversammlung 2012 festgelegt, die Perspektive junger Menschen in Kirche und Gesellschaft in die Planungen für das Reformationsjubiläum einzubringen. Die Beteiligung der aej am Reformationsjubiläum 2017 soll die Bedeutung der Reformation für junge Menschen, die Impulse für die Gestaltung des kirchlichen Lebens in den unterschiedlichen evangelischen Kirchen und Gemeinschaften und die Herausforderungen reformatorischen Denkens für die Verantwortung junger Menschen in Kirche und Gesellschaft in den Mittelpunkt stellen (vgl.: 123. aej-Mitgliederversammlung 2012, Beschluss B3). Voraussetzung einer Beteiligung ist, dass die aej-Mitglieder und ihre Untergliederungen sich aktiv im Rahmen der gemeinsamen Konzeption eigenständig einbringen.

Als Beteiligungselemente im Rahmen der Gesamtkonzeption werden ein Jugendcamp für internationale Begegnungen, eine Präsenz im Rahmen der „Weltausstellung“ des Protestantismus sowie eine Fachtagung zur Erarbeitung der Inhalte vorgeschlagen:

1. Internationales Jugendcamp

Die aej/ihre Mitglieder führen auf der Grundlage der Infrastruktur des von den Organisatoren des Reformationsjubiläums verantworteten Jugendcamps in Wittenberg ein **Jugendcamp für internationale Begegnungen** als eigenes Format durch. Das internationale Jugendcamp knüpft daran an, dass internationale Begegnungen/Partnerschaften ein Schwerpunkt und eine Besonderheit der Evangelischen Jugend sind. Die aej-Mitglieder und ihre Untergliederungen sind weltweit mit evangelischen und ökumenischen Partnern vernetzt. Das „internationale Jugendcamp der Evangelischen Jugend“ soll diesen Partnerschaften und anderen Besuchsgruppen Raum für einen Besuch in Wittenberg bieten. Dafür wird das Jugendcamp für einen Zeitraum von 95 Tagen (Juni bis Anfang September 2017) betrieben. Über die angestrebten Kapazitäten des Camps wird die aej-Mitgliederversammlung auf Grundlage einer im Gespräch mit Mitgliedern und internationalen Partnern geführten Bedarfsanalyse 2014 entscheiden. Denkbar ist eine Größenordnung von bis zu 200 Personen. Für die „in“-Maßnahmen der internationalen Begegnungen im Jahr 2017 besteht damit die Möglichkeit, als Teil ihres Programms für einen individuellen Zeitraum innerhalb der 95 Tage gezielt einen Besuch in Wittenberg vorzusehen. Für diese anreisenden Gruppen muss das Jugendcamp eine kostengünstige und jugendgemäße Form der Begegnung mit Wittenberg, reformatorischen Inhalten und der Evangelischen Jugend ermöglichen. Diese Angebote werden je für eine Phase von etwa zwei Wochen von den Mitgliedern der aej gestaltet. Das Jugendcamp für internationale Begegnungen kann darüber hinaus junge internationale Gruppen beherbergen, die in diesem Zeitraum Wittenberg unabhängig von organisierten Maßnahmen besuchen.

Eine zu berufende Expert(inn)engruppe erarbeitet im Rahmen der Projektgruppe beteili-

1 gungsorientiert ein Konzept zu Inhalten, Umfang, Kosten und Organisationsstruktur des
2 Projekts und den Formen der Mitwirkung daran.
3

4 Daneben könnten für einzelreisende junge Menschen aus dem internationalen Kontext zu-
5 sätzlich Übernachtungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Organisation und Durch-
6 führung dieses Teils sollte dann aber an einen professionellen Dienstleister aus dem
7 Netzwerk der Evangelischen Jugend vergeben werden. Einen entsprechenden Vorschlag
8 wird die Projektgruppe der Mitgliederversammlung nach gründlicher Prüfung vorlegen.
9

10 2. Kirchenbauprojekt und Pavillon der Jugend

11 Im Rahmen der Weltausstellung zur Reformation wird die Evangelische Jugend über die
12 Laufzeit (95 Tage) mit zwei Standbeinen präsent sein: mit einem **Kirchenbauprojekt**
13 „Jugend baut Kirche“ und einem inhaltlich damit verbundenem Präsentationspavillon.
14 „Jugend baut Kirche“ baut im Laufe der 95 Tage auf dem Ausstellungsgelände tatsächlich
15 eine Kirche. Die Bauphase kann in einzelne Bauabschnitte (z. B. jeweils 2 Wochen) unter-
16 teilt werden, in denen Mitglieder der aej und ihre Untergliederungen allein oder in Koope-
17 ration jeweils die Verantwortung für den Fortgang des Baus übernehmen. Jeder Bauab-
18 schnitt könnte unter ein besonderes Thema gestellt werden, mit dem Reformation und Le-
19 benswelt junger Menschen in den Blick genommen werden.

20 Der „**Pavillon der Jugend**“ steht in Zusammenhang mit dem Kirchenbau. Im Idealfall
21 wird das Thema des Kirchenbaus zugleich medial, diskursiv o. ä. im Pavillon zugänglich
22 gemacht. Räumliche Nähe zwischen beiden Beteiligungselementen sollte gegeben sein. Es
23 wäre auch denkbar, dass sich der Pavillon in der zu bauenden Kirche befindet.

24 Mit Pavillon und Kirchenbau verbindet sich die Botschaft, dass junge Menschen öffent-
25 lich sichtbar an der Kirche Jesu Christi bauen und ihre Themen und ihre Lebenswelt in
26 dieser Kirche Platz haben. Eine Expert(inn)engruppe im Rahmen der Projektgruppe hat
27 die Aufgabe, dieses Konzept auszuarbeiten, eine Projektplanung vorzulegen und die Um-
28 setzung im Hinblick auf die Finanzierung und beteiligungsorientierte Durchführung zu
29 prüfen.
30

31 3. Vorbereitende Fachtagung

32 Die aej veranstaltet eine Fachtagung zum Thema Reformation und Lebenswelt junger
33 Menschen, für die interessante und sprachfähige Referent(inn)en aus dem kirchlichen und
34 gesellschaftlichen Leben gewonnen werden. Sie dient der Vorbereitung und Vertiefung
35 unterschiedlicher inhaltlicher Schwerpunkte. Die Fachtagung wird von der Projektgruppe
36 vorbereitet und findet im Jahr 2015 statt.
37

38 4. Kommunikationsstrategie, Plattform und Dachmarke

39 Die aej lädt ihre Mitglieder ein, das Reformationsjubiläum aktiv zu gestalten. Dafür stellt
40 die aej/ESG-Geschäftsstelle eine Kommunikationsplattform zur Verfügung (z. B. das In-
41 foportal) und entwickelt gemeinsam mit Vorstand und Projektgruppe eine Dachmarke, die
42 für alle Veranstaltungen genutzt werden soll.
43

44 5. aej-Projektgruppe

45 Die aej-Projektgruppe wird um die Leitung der Expert(inn)engruppen erweitert. Sie über-
46 nimmt gemeinsam mit dem aej-Vorstand und der aej/ESG-Geschäftsstelle die Begleitung,
47 Bündelung und Steuerung des Planungsprozesses, berichtet der aej-Mitgliederversamm-
48 lung regelmäßig über den Fortgang der Planungen und sorgt auch außerhalb der Tagungen
49 der Mitgliederversammlung durch Dialog mit den Mitgliedern für Transparenz im Pla-
50 nungsprozess.
51

1 **6. Ressourcen**

2 Der aej-Vorstand und die aej/ESG-Geschäftsstelle werden beauftragt, im Rahmen der aej-
3 Beschlusslage mit dem Bund und der EKD Verhandlungen über die strukturellen und fi-
4 nanziellen Voraussetzungen der Beteiligungsmodule aufzunehmen. Die Klärung der Fi-
5 nanzierung ist Bedingung für die Durchführung der einzelnen Bausteine. Es ist dabei si-
6 cherzustellen, dass die aej/ESG-Geschäftsstelle ihren regulären Aufgaben ohne größere
7 Einschränkungen weiter nachkommen kann.
8

9 **7. Verantwortung der aej-Mitglieder**

10 Die Mitglieder der aej verpflichten sich, Form und Inhalte ihrer Beteiligung am Reforma-
11 tionsjubiläum in ihren Mitgliedsverbänden zu prüfen und sich in geeigneter Form im
12 Rahmen der hier skizzierten Möglichkeiten einzubringen. Die Projektgruppe koordiniert
13 die Beteiligung der Mitglieder.
14
15
16

17 **Antragsbegründung:**

18 Die aej-Mitgliederversammlung beauftragte die aej-Projektgruppe Vorschläge für die Beteili-
19 gung der aej – insbesondere am Reformationsjubiläum 2017 – auszuarbeiten. Die Projekt-
20 gruppe schlägt nun ein Paket mit drei unterschiedlichen Beteiligungsformen vor. Inhaltlicher
21 Kern ist die Bedeutung der Reformation für junge Menschen, anknüpfend an ihren Lebens-
22 welten und Sichtweisen, aufzuzeigen. Dabei sollen auch Impulse für die Gestaltung des kirch-
23 lichen Lebens in den unterschiedlichen evangelischen Kirchen und Gemeinschaften und die
24 Herausforderungen reformatorischen Denkens für die Verantwortung junger Menschen in
25 Kirche und Gesellschaft herausgearbeitet werden.
26

27 Die Empfehlungen der Projektgruppe beziehen sich auf die sich bisher abzeichnenden Kontu-
28 ren für das Reformationsjubiläum. Wesentliche Teile der gemeinsamen Aktivitäten der refor-
29 matorischen Kirchen werden in Wittenberg liegen. Dort soll nach bisherigem Stand der Über-
30 legungen im Anschluss an den Deutschen Evangelischen Kirchentag 2017 (DEKT) (voraus-
31 sichtlich in Berlin) in Wittenberg u. a. eine „Weltausstellung“ zur Reformation und zu den
32 reformatorischen Kirchen eröffnet werden, die über 95 Tage vielfältige Aspekte der Reforma-
33 tion darlegt. Sie wird um ein Jugendcamp in Wittenberg ergänzt, um jungen Menschen Mög-
34 lichkeiten der Unterkunft zu bieten. Ein von der EKD und dem DEKT gegründeter Verein soll
35 die entsprechende Infrastruktur dafür zur Verfügung stellen. Weitere Formate wie der ge-
36 meinsame Abschlussgottesdienst des DEKT und gleichzeitiger Eröffnungsgottesdienst der
37 Jubiläumsaktivitäten sind in den Beratungen.
38
39
40

41 **Antragsteller(innen):** Vorstand der aej
42

43
44 **Adressat(inn)en:**
45

46 **Abstimmungsergebnis:**

TOP 9 Anträge

an die 124. Mitgliederversammlung der aej
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Antrag 2 a

Beteiligung der Evangelischen Jugend am Reformationsjubiläum 2017

Der Antrag 2 des Vorstandes der aej an die 124. Mitgliederversammlung der aej vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin „Beteiligung der Evangelischen Jugend am Reformationsjubiläum 2017“ wird in der vorliegenden Form abgelehnt und mit dem Auftrag einer Neukonzipierung unter besonderer Berücksichtigung des Beschlusses der 123. Mitgliederversammlung der aej 2012, die Perspektive junger Menschen in Kirche und Gesellschaft in die Planungen für das Reformationsjubiläum einzubringen, die Bedeutung der Reformation für junge Menschen und die Herausforderungen reformatorischen Denkens für die Verantwortung junger Menschen in Kirche und Gesellschaft in den Mittelpunkt zu stellen, verbunden.

Antragsbegründung:

Die inhaltliche Bindung und Entfaltung des abzulehnenden Antrags an die Vorgaben der 123. Mitgliederversammlung ist lediglich rudimentär erkennbar. Es fehlen klare Angaben, wie die Partizipation und das Einbringen der Interessenlagen junger Menschen sichergestellt wird. Der Kirchenbegriff wird mit dem Bau einer selbigen unnötig verengt. Welche Herausforderungen reformatorisches Denken für die Verantwortung junger Menschen darstellt und wie diese sich im kirchlichen Kontext zeigt bzw. von Verantwortlichen des kirchlichen Handelns abgefragt wird, ist nicht dargestellt.“

1. Nur auf Basis einer Finanzkalkulation und eines Budgetkorridors kann ein Antrag zur Beteiligung verantwortlich beschlossen werden. Beides fehlt.
2. Nur auf Basis einer Personalkalkulation und eines Stellenplans kann ein Antrag zur Beteiligung verantwortlich beschlossen werden. Beides fehlt.
3. Die Verantwortungsbereiche, Zuständigkeiten und Interessenlagen der Organisationskomitees der EKD und der aej und ihre Beziehung zueinander bedürfen einer Klärung und eindeutigen Festlegung.

Antragsteller(innen): Evangelische Jugend im Rheinland

Adressat(inn)en:

Abstimmungsergebnis:

1
2
3
4
5
6
7
8
9

TOP 9 Anträge

an die 124. Mitgliederversammlung der aej
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Antrag 2_b Änderungsantrag zu Antrag 2

Beteiligung der Evangelischen Jugend am Reformationsjubiläum 2017

10
11
12
13

14 Mit ihrem Beschluss hat die 123. aej-Mitgliederversammlung 2012 festgelegt, die Perspektive
15 junger Menschen in Kirche und Gesellschaft in die Planungen für das Reformationsjubiläum
16 einzubringen. Die Beteiligung der aej am Reformationsjubiläum 2017 soll die Bedeutung der
17 Reformation für junge Menschen, die Impulse für die Gestaltung des kirchlichen Lebens in
18 den unterschiedlichen evangelischen Kirchen und Gemeinschaften und die Herausforderun-
19 gen reformatorischen Denkens für die Verantwortung junger Menschen in Kirche und Gesell-
20 schaft in den Mittelpunkt stellen (vgl.: 123. aej-Mitgliederversammlung 2012, Beschluss B3).
21 Voraussetzung einer Beteiligung ist, dass die aej-Mitglieder und ihre Untergliederungen sich
22 aktiv im Rahmen der gemeinsamen Konzeption eigenständig einbringen.

23
24 Als Beteiligungselemente im Rahmen der Gesamtkonzeption werden ein Jugendcamp für
25 internationale Begegnungen, eine Präsenz im Rahmen der „Weltausstellung“ des Protestan-
26 tismus sowie eine Fachtagung zur Erarbeitung der Inhalte vorgeschlagen:
27

1. Internationales Jugendcamp

28 Die aej/ihre Mitglieder führen auf der Grundlage der Infrastruktur des von den Organisa-
29 toren des Reformationsjubiläums verantworteten Jugendcamps in Wittenberg ein **Jugend-**
30 **Camp für internationale Begegnungen** als eigenes Format durch. Das internationale Ju-
31 gendcamp knüpft daran an, dass internationale Begegnungen/Partnerschaften ein Schwer-
32 punkt und eine Besonderheit der Evangelischen Jugend sind. Die aej-Mitglieder und ihre
33 Untergliederungen sind weltweit mit evangelischen und ökumenischen Partnern vernetzt.
34 Das „internationale Jugendcamp der Evangelischen Jugend“ soll diesen Partnerschaften
35 und anderen Besuchsgruppen Raum für einen Besuch in Wittenberg bieten. Dafür wird
36 das Jugendcamp für einen Zeitraum von 95 Tagen (Juni bis Anfang September 2017) be-
37 trieben. Über die angestrebten Kapazitäten des Camps wird die aej-Mitgliederversamm-
38 lung auf Grundlage einer im Gespräch mit Mitgliedern und internationalen Partnern ge-
39 führten Bedarfsanalyse 2014 entscheiden. Denkbar ist eine Größenordnung von bis zu 200
40 Personen. Für die „in“-Maßnahmen der internationalen Begegnungen im Jahr 2017 be-
41 steht damit die Möglichkeit, als Teil ihres Programms für einen individuellen Zeitraum
42 innerhalb der 95 Tage gezielt einen Besuch in Wittenberg vorzusehen. Für diese anreisen-
43 den Gruppen muss das Jugendcamp eine kostengünstige und jugendgemäße Form der Be-
44 gegnung mit Wittenberg, reformatorischen Inhalten und der Evangelischen Jugend ermög-
45 lichen. Diese Angebote werden je für eine Phase von etwa zwei Wochen von den Mitglie-
46 dern der aej gestaltet. Das Jugendcamp für internationale Begegnungen kann darüber hin-
47 aus junge internationale Gruppen beherbergen, die in diesem Zeitraum Wittenberg unab-
48 hängig von organisierten Maßnahmen besuchen.
49

1 Eine zu berufende Expert(inn)engruppe erarbeitet im Rahmen der Projektgruppe betei-
2 ligungsorientiert ein Konzept zu Inhalten, Umfang, Kosten und Organisationsstruktur des
3 Projekts und den Formen der Mitwirkung daran.
4

5 Daneben könnten für einzelreisende junge Menschen aus dem internationalen Kontext zu-
6 sätzlich Übernachtungsmöglichkeiten geschaffen werden. Die Organisation und Durch-
7 führung dieses Teils sollte dann aber an einen professionellen Dienstleister aus dem
8 Netzwerk der Evangelischen Jugend vergeben werden. Einen entsprechenden Vorschlag
9 wird die Projektgruppe der Mitgliederversammlung nach gründlicher Prüfung vorlegen.
10

11 2. Kirchenbauprojekt und Pavillon der Jugend

12 Im Rahmen der Weltausstellung zur Reformation wird die Evangelische Jugend über die
13 Laufzeit (95 Tage) mit zwei Standbeinen präsent sein: mit einem **Kirchenbauprojekt**
14 „Jugend baut Kirche“ und einem inhaltlich damit verbundenem Präsentationspavillon.
15 „Jugend baut Kirche“ baut im Laufe der 95 Tage auf dem Ausstellungsgelände tatsächlich
16 eine Kirche. Die Bauphase kann in einzelne Bauabschnitte (z. B. jeweils 2 Wochen) unter-
17 teilt werden, in denen Mitglieder der aej und ihre Untergliederungen allein oder in Koope-
18 ration jeweils die Verantwortung für den Fortgang des Baus übernehmen. Jeder Bauab-
19 schnitt könnte unter ein besonderes Thema gestellt werden, mit dem Reformation und Le-
20 benswelt junger Menschen in den Blick genommen werden.

21 Der „**Pavillon der Jugend**“ steht in Zusammenhang mit dem Kirchenbau. Im Idealfall
22 wird das Thema des Kirchenbaus zugleich medial, diskursiv o. ä. im Pavillon zugänglich
23 gemacht. Räumliche Nähe zwischen beiden Beteiligungselementen sollte gegeben sein. Es
24 wäre auch denkbar, dass sich der Pavillon in der zu bauenden Kirche befindet.

25 Mit Pavillon und Kirchenbau verbindet sich die Botschaft, dass junge Menschen öffent-
26 lich sichtbar an der Kirche Jesu Christi bauen und ihre Themen und ihre Lebenswelt in
27 dieser Kirche Platz haben. Eine Expert(inn)engruppe im Rahmen der Projektgruppe hat
28 die Aufgabe, dieses Konzept auszuarbeiten, eine Projektplanung vorzulegen und die Um-
29 setzung im Hinblick auf die Finanzierung und beteiligungsorientierte Durchführung zu
30 prüfen.
31

32 3. Vorbereitende Fachtagung

33 Die aej veranstaltet eine Fachtagung zum Thema Reformation und Lebenswelt junger
34 Menschen, für die interessante und sprachfähige Referent(inn)en aus dem kirchlichen und
35 gesellschaftlichen Leben gewonnen werden. Sie dient der Vorbereitung und Vertiefung
36 unterschiedlicher inhaltlicher Schwerpunkte. Die Fachtagung wird von der Projektgruppe
37 vorbereitet und findet im Jahr 2015 statt.
38

39 4. Kommunikationsstrategie, Plattform und Dachmarke

40 Die aej lädt ihre Mitglieder ein, das Reformationsjubiläum aktiv zu gestalten. Dafür stellt
41 die aej/ESG-Geschäftsstelle eine Kommunikationsplattform zur Verfügung (z. B. das In-
42 foportal) und entwickelt gemeinsam mit Vorstand und Projektgruppe eine Dachmarke, die
43 für alle Veranstaltungen genutzt werden soll.
44

45 5. aej-Projektgruppe

46 Die aej-Projektgruppe wird um die Leitung der Expert(inn)engruppen erweitert. Sie über-
47 nimmt gemeinsam mit dem aej-Vorstand und der aej/ESG-Geschäftsstelle die Begleitung,
48 Bündelung und Steuerung des Planungsprozesses, berichtet der aej-Mitgliederversamm-
49 lung regelmäßig über den Fortgang der Planungen und sorgt auch außerhalb der Tagungen
50 der Mitgliederversammlung durch Dialog mit den Mitgliedern für Transparenz im Pla-

1 nungsprozess.
2

3 6. Ressourcen

4 Der aej-Vorstand und die aej/ESG-Geschäftsstelle werden beauftragt, im Rahmen der aej-
5 Beschlusslage mit dem Bund und der EKD Verhandlungen über die strukturellen und fi-
6 nanziellen Voraussetzungen der Beteiligungsmodule aufzunehmen. Die Klärung der Fi-
7 nanzierung ist Bedingung für die Durchführung der einzelnen Bausteine. Es ist dabei si-
8 chergestellt, dass die aej/ESG-Geschäftsstelle ihren regulären Aufgaben ohne größere
9 Einschränkungen weiter nachkommen kann.
10

11 7. Verantwortung der aej-Mitglieder

12 Die Mitglieder der aej verpflichten sich, Form und Inhalte ihrer Beteiligung am Reforma-
13 tionsjubiläum in ihren Mitgliedsverbänden zu prüfen und sich in geeigneter Form im
14 Rahmen der hier skizzierten Möglichkeiten einzubringen. Die Projektgruppe koordiniert
15 die Beteiligung der Mitglieder.
16

17 8. Weiteres Verfahren

18 Die aej-Geschäftsstelle erarbeitet bis zur 125. MV im November 2014 einen Projektphasen-
19 und Aufgabenplan. Dies soll der klaren Planungssicherheit und dem verantwortlichen Um-
20 gang mit vorhandenen Ressourcen dienen. Durch Ausschreibungen bzw. Abfrage der Mitglie-
21 der der aej zu den jeweiligen Projektbereichen werden Inhalte sowie Zeitfenster verbindlich
22 vergeben bzw. von Mitgliedern übernommen. Zur 125. MV können so konkrete Planungspha-
23 sen sowie freie Projektbereiche erkannt werden und so noch erforderliche Ressourcen gesucht
24 oder geplante Projektbereiche verringert werden. Die 125. MV entscheidet unter diesen Vo-
25 raussetzungen über die Realisierung der Konzeption.
26
27

28 Antragsbegründung:

29 Die aej-Mitgliederversammlung beauftragte die aej-Projektgruppe Vorschläge für die Beteili-
30 gung der aej – insbesondere am Reformationsjubiläum 2017 – auszuarbeiten. Die Projekt-
31 gruppe schlägt nun ein Paket mit drei unterschiedlichen Beteiligungsformen vor. Inhaltlicher
32 Kern ist die Bedeutung der Reformation für junge Menschen, anknüpfend an ihren Lebens-
33 welten und Sichtweisen, aufzuzeigen. Dabei sollen auch Impulse für die Gestaltung des kirch-
34 lichen Lebens in den unterschiedlichen evangelischen Kirchen und Gemeinschaften und die
35 Herausforderungen reformatorischen Denkens für die Verantwortung junger Menschen in
36 Kirche und Gesellschaft herausgearbeitet werden.
37

38 Die Empfehlungen der Projektgruppe beziehen sich auf die sich bisher abzeichnenden Kontu-
39 ren für das Reformationsjubiläum. Wesentliche Teile der gemeinsamen Aktivitäten der refor-
40 matorischen Kirchen werden in Wittenberg liegen. Dort soll nach bisherigem Stand der Über-
41 legungen im Anschluss an den Deutschen Evangelischen Kirchentag 2017 (DEKT) (voraus-
42 sichtlich in Berlin) in Wittenberg u. a. eine „Weltausstellung“ zur Reformation und zu den
43 reformatorischen Kirchen eröffnet werden, die über 95 Tage vielfältige Aspekte der Reforma-
44 tion darlegt. Sie wird um ein Jugendcamp in Wittenberg ergänzt, um jungen Menschen Mög-
45 lichkeiten der Unterkunft zu bieten. Ein von der EKD und dem DEKT gegründeter Verein soll
46 die entsprechende Infrastruktur dafür zur Verfügung stellen. Weitere Formate wie der ge-
47 meinsame Abschlussgottesdienst des DEKT und gleichzeitiger Eröffnungsgottesdienst der
48 Jubiläumsaktivitäten sind in den Beratungen.
49
50
51

- Formatiert: Nummerierte Liste + Ebene: 1 + Nummerierungsformatvorlage: 1, 2, 3, ... + Beginnen bei: 1 + Ausrichtung: Links + Ausgerichtet an: 0 cm + Einzug bei: 0,63 cm
- Formatiert: Schriftart: Times New Roman, Deutsch (Deutschland)
- Formatiert: Einzug: Links: 0,63 cm
- Formatiert: Schriftart: Times New Roman, Deutsch (Deutschland)

- 1 **Antragsteller(innen):** Vorstand der aej
- 2
- 3
- 4 **Adressat(inn)en:**
- 5
- 6 **Abstimmungsergebnis:**

TOP 9 Anträge

an die 124. Mitgliederversammlung der aej
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Antrag 2c

Ersetzt Antrag 2

Beteiligung der Evangelischen Jugend am Reformationsjubiläum 2017

Mit ihrem Beschluss hat die 123. aej-Mitgliederversammlung 2012 festgelegt, die Perspektive junger Menschen in Kirche und Gesellschaft in die Planungen für das Reformationsjubiläum einzubringen. Die Beteiligung der aej am Reformationsjubiläum 2017 soll die Bedeutung der Reformation für junge Menschen, die Impulse für die Gestaltung des kirchlichen Lebens in den unterschiedlichen evangelischen Kirchen und Gemeinschaften und die Herausforderungen reformatorischen Denkens für die Verantwortung junger Menschen in Kirche und Gesellschaft in den Mittelpunkt stellen (vgl.: 123. aej-Mitgliederversammlung 2012, Beschluss B3). Voraussetzung einer Beteiligung ist, dass die aej-Mitglieder und ihre Untergliederungen sich aktiv im Rahmen der gemeinsamen Konzeption eigenständig einbringen. Ein bedeutender Bestandteil dafür sind dezentrale Veranstaltungen in den Lebensräumen junger Menschen vor Ort.

Für die Präsenz der evangelischen Jugend in Wittenberg plant die aej folgende beteiligungsorientierte Formate:

1. Internationales Jugendcamp

Die aej führt in Kooperation mit ihren Mitgliedern und internationalen Partnern ein Jugendcamp in Wittenberg durch. Dazu wird sie während der freien Zeiträume die Infrastruktur des geplanten Konfi/Jugendcamps nutzen. Angestrebt wird ein Camp für ca. 6 Tage und 300 TeilnehmerInnen. Das Camp wird jugendgemäße Formen der Begegnung mit Wittenberg, reformatorischen Inhalten und der Evangelischen Jugend ermöglichen.

2. Evangelische Jugend auf der Weltausstellung

Im Rahmen der Weltausstellung zur Reformation wird die Evangelische Jugend über die Laufzeit (95 Tage) mit zwei Standbeinen präsent sein:

- Der „**Pavillon der Jugend**“ zeigt die Perspektiven junger Menschen auf Reformation, Kirche und Gesellschaft. Er macht deutlich, dass Evangelische Jugend zentraler Bestandteil der Kirche ist und die Zukunft der Kirche aktiv mitgestaltet.
- Damit verbunden führt die aej ein jugendgemäßes und beteiligungsorientiertes **Bauprojekt** durch. Sie macht damit deutlich, dass junge Menschen öffentlich sichtbar am Reich Gottes bauen und ihre Themen und ihre Lebenswelt darin Platz haben.

3. Vorbereitende inhaltliche Auseinandersetzung

Die aej veranstaltet 2015 eine Fachtagung zum Thema Reformation und Lebenswelt junger Menschen, zur Vorbereitung und Vertiefung inhaltlicher Schwerpunkte.

Parallel dazu schlägt sie ihren Mitgliedern vor, dezentrale Veranstaltungen mit Jugendlichen durchzuführen, um die heutigen jugendrelevanten Fragestellungen der Reformation

1 zu identifizieren und sich damit auseinanderzusetzen. Eine Gelegenheit dazu bietet bei-
2 spielsweise der Deutsche Evangelische Kirchentag 2015 in Stuttgart.

4. **Kommunikationsstrategie, Plattform und Dachmarke**

5 Die aej lädt ihre Mitglieder ein, das Reformationsjubiläum aktiv zu gestalten. Dafür stellt
6 sie eine Kommunikationsplattform zur Verfügung (z. B. das Infoportal) und entwickelt ei-
7 ne Dachmarke, die für alle zentralen und dezentralen Veranstaltungen genutzt werden soll.

5. **Ressourcen**

10 Die aej entwickelt Rahmendaten für das Konzept und führt daraufhin Verhandlungen mit
11 möglichen Geldgebern (insbesondere EKD und Bund) über die strukturellen und finazi-
12 ellen Voraussetzungen. Die Klärung der Finanzierung ist Bedingung für die Durchführung
13 der einzelnen Bausteine. Dabei ist sicherzustellen, dass die aej/ESG-Geschäftsstelle ihren
14 regulären Aufgaben ohne größere Einschränkungen weiter nachkommen kann und Risiken
15 für den Haushalt vermieden werden.

6. **Verantwortung der aej-Mitglieder**

18 Die Mitglieder der aej verpflichten sich, Form und Inhalte ihrer Beteiligung am Reforma-
19 tionsjubiläum zu prüfen und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten einzubringen. Dazu lo-
20 ten die Mitglieder ihre jeweiligen Freiräume bis Mitte 2014 aus und informieren darüber
21 die Projektgruppe.

7. **Nächste Schritte bis zur 125. Mitgliederversammlung**

- 24 • Die Mitgliederversammlung beauftragt die Projektgruppe mit der Koordination
25 des Prozesses und der beteiligungsorientierten Qualifizierung
- 26 • Die Projektgruppe detailliert das Konzept bis zur Sommerpause. Dabei berück-
27 sichtigt sie die besondere Situation der evangelischen Jugend in Mitteldeutschland.
- 28 • Aufbauend auf diesem Konzept wird die aej die Finanzierungsmöglichkeiten klä-
29 ren und die Mitglieder informieren.
- 30 • Die aej setzt sich dafür ein, wie die Sichtweisen der jungen Menschen und die
31 Konzepte der aej in die Gesamtplanungen für das Reformationsjubiläum struktu-
32 rell eingebracht werden können.
- 33 • Die aej legt der MV 2014 einen abgestimmten Projektplan zur Beschlussfassung
34 vor.

36 **Antragsbegründung:** mündlich

38 **Antragsteller(innen):** Vorstand der aej

41 **Adressat(inn)en:**

43 **Abstimmungsergebnis:**

TOP 9 Anträge

an die 124. Mitgliederversammlung der aeJ
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Antrag 3

Vernetzung der Jugenddelegierten und jungen Synodalen in den Landessynoden stärken

Die Jugenddelegierten und jungen Synodalen unserer Landessynoden nehmen häufig Schlüsselpositionen ein: Sie geben der Evangelischen Jugend als Gegenwart und Zukunft von Kirche ein Gesicht und setzen sich bei den Synodalen unmittelbar für die Belange der evangelischen Jugendarbeit ein. Engagiert und professionell beteiligen sie sich an der Arbeit der Synode, weisen in Entscheidungsprozessen oftmals, aus Sicht der Jugend, auf das aktuelle Zeitgeschehen hin und werden durchweg als eine positive Bereicherung wahrgenommen.

In den Synoden der Landeskirchen stellen junge Menschen häufig nur eine Randgruppe dar. Aufgrund der langen Amtszeiten und Delegationswege ist es für junge Menschen oftmals unmöglich, ordentlich gewählte(r) Synodale(r) einer Synode zu werden. Zwar werden in einigen Landessynoden Vertreter(innen) der Evangelischen Jugend als Jugenddelegierte berufen, die allerdings im Vergleich zu den ordentlichen Synodalen häufig nur beschränkte Rechte wahrnehmen können. Aus Sicht der Evangelischen Jugend gilt es daher, der Marginalisierung der jungen Generation in den Landessynoden entgegenzutreten.

Vor diesem Hintergrund strebt die Evangelische Jugend eine stärkere Vernetzung und einen intensiveren Austausch der Jugenddelegierten und jungen Synodalen der verschiedenen Landessynoden an. Wo möglich, sollten dazu bestehende Strukturen genutzt werden. Die Jugenddelegierten und jungen Synodalen sollten bei ihrer Arbeit zudem von den jeweiligen Jugendvertretungen und Landesjugendpfarrämtern unterstützt und eingebunden werden.

Antragsbegründung:

[...], ggf. mündlich

Antragsteller(innen):

**Jascha Brachmann, Zentrum Bildung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und
Julia Grün, Jugendkammer in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck**

Adressat(inn)en:

Abstimmungsergebnis:

TOP 9 Anträge

an die 124. Mitgliederversammlung der aeJ
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Antrag 3a

Vernetzung der Jugenddelegierten und jungen Synodalen in den Landessynoden stärken

Die Jugendvertreter in den Synoden¹ der evangelischen Kirchen in Deutschland nehmen häufig Schlüsselpositionen ein: Sie geben der Evangelischen Jugend als Gegenwart und Zukunft von Kirche ein Gesicht und setzen sich bei den Synodalen unmittelbar für die Belange der evangelischen Jugend ein. Engagiert und professionell beteiligen sie sich an der Arbeit der Synode, weisen in Entscheidungsprozessen oftmals, aus Sicht der Jugend, auf das aktuelle Zeitgeschehen hin und werden durchweg als eine positive Bereicherung wahrgenommen.

In den Synoden stellen junge Menschen allerdings häufig nur eine Randgruppe dar. Aufgrund der langen Amtszeiten und Delegationswege ist es für junge Menschen oftmals unmöglich, ordentlich gewählte(r) Synodale(r) einer Synode zu werden. Zwar werden in einigen Synoden Vertreter(innen) der Evangelischen Jugend als Jugenddelegierte berufen, die allerdings im Vergleich zu den ordentlichen Synodalen häufig nur beschränkte Rechte wahrnehmen können. Aus Sicht der Evangelischen Jugend gilt es daher, der Marginalisierung der jungen Generation in den Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland entgegenzutreten.

Vor diesem Hintergrund strebt die Evangelische Jugend eine stärkere Vernetzung und einen intensiveren Austausch der Jugendvertreter in den Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland an. Dabei sind die Vertreterinnen und Vertreter von Kirchen, die noch keine Jugenddelegierten/-synodalen haben, mit zu berücksichtigen. Hierzu beauftragt die aeJ Mitgliederversammlung die aeJ Geschäftsstelle in Absprache mit dem Vorstand ein Konzept für ein Forum zu entwickeln um Potenziale, Grenzen und mögliche Formen der Vernetzung zu erarbeiten und dieses Konzept umzusetzen. Sofern sich dieses als geeignet erweist, soll diese Zusammenarbeit fortgesetzt werden. Darüber hinaus sollen dazu, wo möglich, bestehende Strukturen genutzt werden. Die Jugendvertreter in den Synoden sollten bei ihrer Arbeit zudem von den jeweiligen (Landes-)Jugendvertretungen und Landesjugendpfarrämtern unterstützt und eingebunden werden.

Antragsbegründung:

[...], ggf. mündlich

Antragsteller(innen):

**Jascha Brachmann, Zentrum Bildung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und
Julia Grün, Jugendkammer in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck**

¹ und den entsprechenden Gremien der Freikirchen

1 Adressat(inn)en:

2

3 Abstimmungsergebnis:

TOP 9 Anträge

an die 124. Mitgliederversammlung der aej
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Antrag 3b

Änderungsantrag zu 3 a

Vernetzung der Jugendvertreter(-innen) der in den Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland stärken

Formatiert: Unterstrichen

Formatiert: Unterstrichen

Formatiert: Unterstrichen

Formatiert: Unterstrichen

Formatiert: Unterstrichen

Die Jugendvertreter(innen) in den Synoden¹ der evangelischen Kirchen in Deutschland nehmen häufig Schlüsselpositionen ein: Sie geben der Evangelischen Jugend als Gegenwart und Zukunft von Kirche ein Gesicht und setzen sich bei den Synodalen unmittelbar für die Belange der evangelischen Jugend ein. Engagiert und professionell beteiligen sie sich an der Arbeit der Synode, weisen in Entscheidungsprozessen oftmals, aus Sicht der Jugend, auf das aktuelle Zeitgeschehen hin und werden durchweg als eine positive Bereicherung wahrgenommen.

In den Synoden stellen junge Menschen allerdings häufig nur eine Randgruppe dar. Aufgrund der langen Amtszeiten und Delegationswege ist es für junge Menschen oftmals unmöglich, ordentlich gewählte(r) Synodale(r) einer Synode zu werden. Zwar werden in einigen Synoden Vertreter(innen) der Evangelischen Jugend als Jugenddelegierte berufen, die allerdings im Vergleich zu den ordentlichen Synodalen häufig nur beschränkte Rechte wahrnehmen können. Aus Sicht der Evangelischen Jugend gilt es daher, der Marginalisierung der jungen Generation in den Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland entgegenzutreten.

Vor diesem Hintergrund strebt die Evangelische Jugend eine stärkere Vernetzung und einen intensiveren Austausch der Jugendvertreter in den Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland an. Dabei sind die Vertreterinnen und Vertreter von Kirchen, die noch keine Jugenddelegierten/-synodalen haben, mit zu berücksichtigen. Hierzu beauftragt die aej Mitgliederversammlung die aej Geschäftsstelle in Absprache mit dem Vorstand ein Konzept für ein Forum zu entwickeln um Potenziale, Grenzen und mögliche Formen der Vernetzung sowie die Möglichkeiten und Notwendigkeit einer intensiven An- und Einbindung in die Strukturen des jeweils Delegierenden (Landeskirchen/Verband) zu erarbeiten und dieses Konzept umzusetzen. Sofern sich dieses als geeignet erweist, soll diese Zusammenarbeit fortgesetzt, und in der 126. Mitgliederversammlung der aej diskutiert werden. Darüber hinaus sollen dazu, wo möglich, bestehende Strukturen genutzt werden. Unabhängig davon betonen wir die elementare Bedeutung der Unterstützung durch sowie Einbindung durch in die jeweiligen LandesjugendpfarrämterGeschäftsstellen und Versammlungen der Jugendvertretungen. und die Einbindung in die Die Jugendvertreter in den Synoden sollten bei ihrer Arbeit zudem von den jeweiligen (Landes-) Jugendvertretungen, und Landesjugendpfarrämtern unterstützt und eingebunden werden.

Formatiert: Nicht unterstrichen

Formatiert: Nicht unterstrichen

Formatiert: Nicht unterstrichen

Antragsbegründung: , ggf. mündlich

Formatiert: Block

¹ und den entsprechenden Gremien der Freikirchen

- 1
- 2 **Antragsteller(innen):** **Tagungsausschuss Jugend- und**
- 3 **Adressat(inn)en:**
- 4
- 5 **Abstimmungsergebnis:**

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31

TOP 9 Anträge

an die 124. Mitgliederversammlung der aej
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Antrag 3c

Jugenddelegierte in den Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland

Wie in Antrag 3 a ausgeführt, sind Jugendvertreter in den Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland aus Sicht der 124. AeJ-MV wichtig, weil sie der Evangelischen Jugend als Gegenwart und Zukunft von Kirche ein Gesicht geben. Jugenddelegierte setzen sich bei den Synodalen unmittelbar für die Belange der Jugend an sich und der evangelischen Jugend im Besonderen ein und leisten somit einen wichtigen Transfer für die gemeinsame, Generationen umfassende Kirche.

Die 124. AeJ-MV fordert deshalb die evangelischen Kirchen in Deutschland dazu auf, Jugenddelegierte in Ihren Synoden zuzulassen und diese mit Stimmrecht auszustatten.

Antragsbegründung:

[...], ggf. mündlich

Antragsteller(innen): Elisabeth Koch und Lars Dedekind (Ev. Jugend in der Ev.-luth. Landeskirche in Braunschweig)

Adressat(inn)en: Kirchenregierungen und Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland

Abstimmungsergebnis:

TOP 9 Anträge

an die 124. Mitgliederversammlung der aej
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Antrag 4

Mit Vielfalt leben lernen

**Für Chancengerechtigkeit, Teilhabe und Bildung für alle –
gegen Armut, Diskriminierung und Ausgrenzung**

Gender Mainstreaming, Diversität und Inklusion sind für sich genommen drei komplexe Themen, die deutliche Schnittmengen haben und dennoch klar voneinander zu unterscheiden sind. Die Evangelische Jugend hat die Bewegung zu einer inklusiven und gerechten Gesellschaft früh aufgegriffen und engagiert mitgetragen. In Fortführung des Beschlusses 08/2012 „Diversität und Inklusion als Herausforderung“ beschließt die aej, in Zukunft die Themenfelder Diversität und Inklusion konzentriert zu bearbeiten und weiter zu entwickeln. Die Evangelische Jugend will Vielfalt als zukunftsorientierte Möglichkeit des Zusammenlebens aufgreifen. Das Thema soll nach Maßgabe der folgenden Ziele bearbeitet werden:

- Die Evangelische Jugend macht sich für ein Zusammenleben in Vielfalt stark, sucht nach konkreten Möglichkeiten dafür in ihren Reihen und macht in ihrer praktischen Arbeit deutlich: Hier ist ein Ort für das Zusammenleben von Menschen in all ihrer Unterschiedlichkeit.
- Die Evangelische Jugend trägt zum gesamtgesellschaftlichen Umgang mit Unterschiedlichkeit bei. Sie engagiert sich für Geschlechtergerechtigkeit, für die Bekämpfung von Armut und für ein versöhntes Miteinander von Menschen unterschiedlicher sozialer, kultureller und ethnischer Herkunft, unterschiedlicher Religionen, Weltanschauungen und Lebensformen.
- Orientiert an der biblischen Vision vom Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit identifiziert und benennt die Evangelische Jugend alle Formen von Diskriminierung, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit und sucht nach Möglichkeiten, sie zu überwinden.

Dabei sieht die Evangelische Jugend eine Vielzahl von Fragen und Aufgaben. Ausgangspunkte der Auseinandersetzung sind dabei insbesondere:

- Mit Vielfalt leben lernen bedeutet zuallererst ein wertfreies Wahrnehmen der Gemeinsamkeiten und Unterschiede vielfältiger Lebensformen, Lebensäußerungen und Lebensmöglichkeiten der Menschen, die in einem Sozialraum leben.
- Mit Vielfalt leben lernen ist eine Herausforderung für alle, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Denn Vielfalt eröffnet nicht nur neue Perspektiven, sie stellt auch eigene Konzepte und Werte in Frage.
- Vielfalt macht Angst, weil sie von vielen als Unübersichtlichkeit empfunden wird. Orientierung wird zur Herausforderung und fällt nicht immer leicht.

- 1 • Die Herausforderung besteht darin, eine eigene Identität, Selbstsicherheit und Wert-
2 vorstellungen zu entwickeln, die andere Konzepte stehen lassen können ohne in eine
3 profilose Beliebigkeit zu rutschen.
- 4 • Vielfalt braucht das Gespräch, die Auseinandersetzung, den Streit und die Bereit-
5 schaft, auf den anderen zuzugehen.
- 6 • Mit Vielfalt leben lernen ist für die Kinder- und Jugendarbeit eine besondere Heraus-
7 forderung, weil es darum geht, junge Menschen in ihrer Identitätsentwicklung so zu
8 begleiten, dass sie ein eigenständiges persönliches Profil entwickeln können, ihre
9 Grenzen kennen, Grenzen anderer respektieren und offen für die Begegnung mit ande-
10 ren sind.

11
12 Diese Punkte sind eine erste Annäherung an den Begriff Vielfalt und markieren, in welche
13 Richtung die Auseinandersetzung mit dem Thema gehen kann.

14 **Schwerpunkte**

15 In den aktuellen Debatten der Evangelischen Jugend zeichnen sich unterschiedliche Themen
16 ab, die im Kontext „Mit Vielfalt leben lernen“ aufgegriffen werden sollten. Dazu gehören:

- 17 • Reichtum, Armut und Gerechtigkeit (Hartz IV, Obdachlosigkeit, prekäre Lebenslagen
18 in einem reichen Land)
- 19 • Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen
- 20 • Kulturelle Vielfalt in einer Migrationsgesellschaft
- 21 • Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt der Lebensformen und sexuellen Orientierun-
22 gen (Geschlechtersensibilität)

23 **Schritte für die Umsetzung**

- 24 • Ein Fachtag/Konsultation im Vorfeld der aej-Mitgliederversammlung 2014 benennt
25 Herausforderungen, Aufgaben für die Evangelische Jugend und Ideen für die Bearbei-
26 tung des Themas.
- 27 • Eine Expert(inn)engruppe greift die Ergebnisse des Fachtages auf und erarbeitet eine
28 Vorlage für die aej-Mitgliederversammlung 2014, auf der das Thema als Schwerpunkt-
29 thema aufgegriffen wird.
- 30 • „Mit Vielfalt leben lernen“ ist Schwerpunktthema der 125. aej-Mitgliederversamm-
31 lung 2014.

32 **Antragsbegründung**

33 Ausgehend von der Debatte zur Verwirklichung von Gender Mainstreaming in der
34 Evangelischen Jugend, sieht der Beschluss „Diversität und Inklusion als Herausforderung“ die
35 Befassung mit den Themen Gender Mainstreaming, Diversität (Vielfalt) und Inklusion vor
36 (vgl. Beschluss 08/2012 der 123. aej-Mitgliederversammlung). Ebenfalls wurde das Thema
37 des Antrages 5b „Soziale Gerechtigkeit wieder herstellen und um-fair-teilen – Kindern und
38 Jugendlichen die Zukunft sichern“ mit einbezogen.

39 Mit diesem Antrag unterbreitet der aej-Vorstand einen Vorschlag zur Weiterarbeit an diesem
40 Themenkomplex.

41 **Antragsteller(innen):**

Vorstand der aej

42 **Adressat(inn)en:**

43 **Abstimmungsergebnis:**

TOP 9 Anträge

an die 124. Mitgliederversammlung der aej
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Antrag 4a

Vielfalt neu denken und stärken

Grundlagen eines demokratischen Zusammenlebens in einer gerechten Gesellschaft

In den vergangenen Jahren haben vielfältige ökonomische, kulturelle und politische Entwicklungen dazu geführt, dass unsere Gesellschaft pluraler und vielfältiger geworden ist und seit langem bestehende Benachteiligungen ins Bewusstsein getreten sind. Weltweite und regionale Migrationsbewegungen, Pluralisierung der Lebensformen, kulturelle Globalisierung prägen das gesellschaftliche Zusammenleben. Die Entfaltung der Person und die Anerkennung unterschiedlicher Lebensformen sind als soziale und politische Fragen auf die Tagesordnung gelangt. Im Kontext dieses Prozesses sind jene Faktoren benannt worden, die individuelle Lebensführung ermöglichen oder einschränken. Vielfalt zu leben ist nach Überzeugung der aej nur in einer gerechten, demokratischen und von Teilhabe geprägten Gesellschaft möglich.

Verschiedenste Lebenschancen einschränkende Strukturen und Mechanismen, Stereotypen gegenüber dem vermeintlich Fremden und diskriminierende und ausgrenzende Faktoren unter denen Menschen leiden, stellen die Evangelische Jugend vor die Herausforderung, einerseits Vielfalt neu zu denken und andererseits die Voraussetzungen für ihre Realisierung zu schaffen.

Wir sind uns bewusst, dass dies ein längerfristiger Prozess ist, auf den sich die aej gemeinsam mit ihren Mitgliedern einlässt.

Das Thema soll nach Maßgabe der folgenden Ziele bearbeitet werden:

- Die Evangelische Jugend macht sich für ein Zusammenleben in Vielfalt stark, sucht nach konkreten Möglichkeiten dafür in ihren Reihen und macht in ihrer praktischen Arbeit deutlich: Hier ist ein Ort für das Zusammenleben von Menschen in all ihrer Unterschiedlichkeit.
- Orientiert an der biblischen Vision vom Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit identifiziert und benennt die Evangelische Jugend Formen von Diskriminierung, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit und sucht nach Möglichkeiten, sie zu überwinden.

Vielfalt neu zu denken bringt für die Ev. Jugend eine Vielzahl von Fragen und Aufgaben mit sich, insbesondere in Bezug auf die eigene Identitätsentwicklung und in der Begleitung von Kindern und Jugendlichen.

Der Anspruch, Menschen unvoreingenommen und als Individuen wahrzunehmen führt zwingend dazu, eine vermeintliche Normalität bei sich selber und anderen infrage zu stellen. Dabei können feste Konzepte und Werte ins Wanken geraten. Zentral stellt sich die Frage nach einem eigenen persönlichen Profil, das Selbstsicherheit ausbildet und Wertvorstellungen beinhaltet, durch die angstfrei und mit Respekt auf andere zugegangen werden kann. Vielfalt braucht das Gespräch, die Auseinandersetzung, den Streit und die Bereitschaft, sich Anderen zuzuwenden.

1
2 **Schwerpunkte**

3 In der Arbeit der evangelischen Jugend im Kontext „Vielfalt Neu Denken“ sollten
4 insbesondere folgende Themen aufgegriffen werden sollten:

- 5 • Herstellung von sozialer und Teilhabegerechtigkeit
- 6 • Enthinderung der Gesellschaft
- 7 • Kulturelle Vielfalt und interkultureller sowie interreligiöser Dialog in einer
8 Migrationsgesellschaft
- 9 • Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt der Lebensformen und sexuellen
10 Orientierungen (Geschlechtersensibilität)

11
12 **Schritte für die Umsetzung**

- 13 • Ein Fachtag/Konsultation im Vorfeld der aej-Mitgliederversammlung 2014 benennt
14 Herausforderungen, Aufgaben für die Evangelische Jugend und Ideen für die
15 Bearbeitung des Themas.
- 16 • Eine Expert(inn)engruppe greift die Ergebnisse des Fachtages auf und erarbeitet eine
17 Vorlage für die aej-Mitgliederversammlung 2014, auf der diese Thematik als
18 Schwerpunktthema aufgegriffen wird.
- 19 • „Vielfalt Neu Denken“ ist Schwerpunktthema der 125. aej-Mitgliederversammlung
20 2014.

21
22
23 **Antragsbegründung**

24 Ausgehend von der Debatte zur Verwirklichung von Gender Mainstreaming in der
25 Evangelischen Jugend, sieht der Beschluss „Diversität und Inklusion als Herausforderung“ die
26 Befassung mit den Themen Gender Mainstreaming, Diversität (Vielfalt) und Inklusion vor
27 (vgl. Beschluss 08/2012 der 123. aej-Mitgliederversammlung). Ebenfalls wurde das Thema
28 des Antrages 5b „Soziale Gerechtigkeit wieder herstellen und um-fair-teilen – Kindern und
29 Jugendlichen die Zukunft sichern“ mit einbezogen.

30 Mit diesem Antrag unterbreitet der aej-Vorstand einen Vorschlag zur Weiterarbeit an diesem
31 Themenkomplex.

32
33 **Antragsteller(innen):** Vorstand

34
35 **Adressat(inn)en:**

36
37 **Abstimmungsergebnis:**

TOP 9 Anträge

an die 124. Mitgliederversammlung der aej
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Antrag 5

„Forderungen für eine jugendpolitische Netzpolitik“

Aus jugendpolitischer Perspektive auf das Internet ergeben sich für die Evangelische Jugend folgende Forderungen für eine zukünftige Netzpolitik:

- Die Neutralität der informationstechnologischen Infrastruktur gegenüber Datenpaketen (Netzneutralität) ist eine Grundvoraussetzung für die demokratische Weiterentwicklung des Internet und muss uneingeschränkt gelten. Sie aufzuweichen bedeutet die Eigenlogik und das Potenzial des Internet auszuhebeln.
Wir fordern deshalb politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger(innen) auf, Netzneutralität zu garantieren und umzusetzen.
- Allen Menschen – und insbesondere Jugendlichen – muss der Zugang zum Internet und seinen Anwendungen möglich sein. Das bedeutet Zugang zur notwendigen Hardware einerseits und zur Netzinfrastruktur andererseits.
Wir fordern deshalb den flächendeckenden Ausbau von erschwinglichen Breitbandinternetzugängen – insbesondere im ländlichen Raum – und den Zugang aller Jugendlichen zu angemessener Hardware.
- Jugendliche brauchen Sicherheit im Internet – insbesondere vor sie gefährdender und entmündigender Verwendung ihrer Informationen. Datenschutz und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darf nicht den Verzicht auf die Nutzung des Internet bedeuten müssen.
Stattdessen muss die Rechtslage den Bedürfnissen der Nutzer(innen) und Bürger(innen) angepasst werden.
Wir fordern deshalb den Schutz vor Überwachung (durch staatliche, private oder kommerzieller Interessen) und den Schutz der Privatsphäre und der informationellen Selbstbestimmung rechtlich neu zu gestalten. Die Verabschiedung einer starken europäischen Datenschutzverordnung, die das Recht auf Vergessen beinhaltet, ist dazu ein wichtiger Schritt.
- Das Internet hat die bisherigen Strukturen wirtschaftlicher Verwertung geistigen Eigentums ebenso infrage gestellt, wie es die Bedingungen seiner Produktion verändert und in vielerlei Hinsicht verbessert hat.
Urheber(innen) geistigen Eigentums müssen dies auch wirtschaftlich verwerten können, aber dazu sind nun neue Formen notwendig. Diese zu entwickeln ist eine Herausforderung, die kreativ angegangen werden muss und die Chance birgt, gerechtere Strukturen und Mechanismen zu schaffen.
Wir fordern deshalb ein Urheber(innen)recht, das gerecht ist für alle: die Nutzer(innen) und Produzent(inn)en geistigen Eigentums, nicht nur die Verwerter(innen) von bestehenden Interessen. Das Urheber(innen)recht und seine Durchsetzung darf in keinem

1 Fall dazu dienen, die freie Meinungsäußerung einzuschränken und muss für Beschul-
2 digte gerichtlich überprüfbar sein. Wir sind besorgt, dass der massenhafte Versand oft-
3 mals unverhältnismäßiger Abmahnungen sich zu einem Geschäftsmodell entwickelt hat,
4 das besonders oft junge Menschen trifft. Darüber hinaus werden wir die Weiterentwick-
5 lung des Urheber(innen)rechts aus jugendpolitischer Praxis konstruktiv begleiten.
6

- 7
- 8 • Das Internet hat soziale Netzwerke ermöglicht. Ihre Entwicklung steht heute erst am
9 Anfang. Ihr wirklicher Wert liegt nicht in ihrer Struktur, sondern in den Verbindungen
10 und Kommunikationen, die durch ihre Teilnehmer(innen) ständig kreiert werden.
11 Der Wert dieser kollektiven und interaktiven Schöpfung muss denen gehören, die ihre
12 Urheber(innen) sind: nicht den Firmen, die Infrastruktur bereitstellen und von ihr profi-
13 tieren, sondern den Usern als eigentlichen 'Autor(inn)en'.
14 *Wir fordern deshalb, die Kontrolle über die Verwertung von Information den User(in-
15 ne)n als Urheber(innen) zu überlassen. Die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedin-
16 gungen müssen geschaffen werden.*
 - 17 • Das Internet beruht auf materiellen und immateriellen Infrastrukturen.
18 Beide werden durch politisches Handeln, durch Finanzierung und Regulierung und
19 durch rechtliche Rahmenbedingungen gestaltet. Diese Prozesse sind heute noch kompli-
20 ziert, intransparent und ungenügend in der politischen Diskussion zusammengeführt.
21 *Wir fordern deshalb, dass Entscheidungen die die Infrastrukturen des Internet betreffen,
22 transparent getroffen und diskutiert werden. Die Rahmenbedingungen des Internet müs-
23 sen demokratisch kontrolliert werden und dürfen weder den Entscheidungen großer
24 Konzerne noch intransparenten Regierungsbehörden überlassen werden.*
 - 25
 - 26 • Das Internet macht nicht an Staatsgrenzen halt. Das ist ein Stärke, aber auch eine Her-
27 ausforderung für die demokratische Kontrolle und Gestaltung des Internets, insbesonde-
28 re der Sicherung von Freiheits- und Persönlichkeitsrechten. Einige Staaten und Konsor-
29 tium von Unternehmen können über die Kontrolle von für das Internet essenziellen Pro-
30 totkollen und Standards besondere Macht ausüben.
31 *Wir fordern deshalb die Schaffung demokratischer und transparenter Strukturen der
32 weltweiten Governance des Internet und seiner materiellen und immateriellen Infra-
33 struktur.*
- 34
35
36

37 **Antragsbegründung**

38 Das Internet und die vielen auf ihm basierenden Anwendungen werden zu Recht in der öffent-
39 lichen Wahrnehmung breit diskutiert. Seit die ersten Computer in den 1960er Jahren mitei-
40 nander vernetzt wurden, hat die so entstandene Infrastruktur Umwälzungen angestoßen, die
41 als revolutionär bezeichnet werden können. Nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche wurden
42 vom Internet beeinflusst. Ob im Alltag, in der Realwirtschaft oder den globalen Finanzmärk-
43 ten, in Medienwelt oder Politik – überall haben die technologischen Möglichkeiten zu oft
44 tiefgreifenden strukturellen Veränderungen geführt.
45

46 Die junge Generation hat zu diesen Veränderungen besonders beigetragen. Und sie ist auch
47 besonders von ihnen betroffen. Junge Menschen nutzen die Möglichkeiten des Internet unbe-
48 fangener, sehen neue Potenziale und entwickeln sie. Nicht nur soziale Netzwerke, die für die
49 gesellschaftliche Diskussion heute bestimmend sind, wurden von jungen Menschen erfunden
50 und weiterentwickelt. Junge Menschen nutzen das Internet als Infrastruktur und Ressource für
51 kreative neue Ideen. Sie prägen so auch die Entwicklung der Gesellschaft.

1 Davon wird häufig jedoch wenig wahrgenommen. Die öffentliche Diskussion zeichnet dage-
2 gen zu oft ein Bild von jungen Menschen als überforderten Konsument(inn)en vernetzter
3 Kommunikation, die sich in einer 'virtuellen' Welt verlieren.

4 Doch die vom Internet geprägte Welt ist weiter eine reale. Junge Menschen leben in ihr. Sie
5 nutzen das Internet in vielfältiger Weise dazu, diese reale Welt mit all ihren Herausforderun-
6 gen zu gestalten und zu bereichern. Die Rolle des Internet für junge Menschen – und die jun-
7 ger Menschen für die Veränderungen, die das Internet für die Zukunft der Gesellschaft bedeu-
8 tet – darf deshalb nicht als eine passive missverstanden werden.

9
10 Im Gegenteil: Die aktive Rolle junger Menschen in einer vom Internet geprägten Gesellschaft
11 muss anerkannt und verstanden werden. Sie muss sich in einer eigenständigen Jugendpolitik
12 wie in einer Gesellschaftspolitik generell spiegeln. Sowohl im Sinne und Interesse junger
13 Menschen als auch mit Blick auf die demokratische Weiterentwicklung gesellschaftlicher
14 Strukturen muss Jugendpolitik auch Netzpolitik sein.

15
16 Jugendpolitisch verstandene Netzpolitik mischt sich im Interesse und aus der Perspektive jun-
17 ger Menschen in die Gestaltung des Internets, seiner materiellen und immateriellen Grundla-
18 gen, seiner Anwendungen und all derer Bereiche ein, die vom Internet Veränderungszwängen
19 ausgesetzt sind.

20
21 Insbesondere der Mangel an dezidiert aus der Perspektive junger Menschen handelnder Ju-
22 gendpolitik macht es schwer, Fragen befriedigend und umfassend zu beantworten, die sich
23 aus dem Internet und seinen Anwendungen ergeben.

24 In seiner Stellungnahme "Zur Neupositionierung von Jugendpolitik: Notwendigkeiten und
25 Stolpersteine" hat das Bundesjugendkuratorium zum Beispiel bereits 2009 die Unterschei-
26 dung zwischen "klassischer" und "moderner" Form von Jugendhilfepolitik getroffen. Klassi-
27 sche Jugendhilfepolitik ist vom Gedanken des Schutzes junger Menschen und ihrer Befähig-
28 ung im Umgang mit gesellschaftlichen, sozialen, ökonomischen und anderen Herausforde-
29 rungen geprägt. Moderne Jugendpolitik bezieht sich dagegen auf Teilhabe im Sinne von
30 Selbst- und Mitbestimmung, politische Rechte, und Fragen von Machtbeziehungen und dem
31 Verhältnis der Generationen. Erst in der Kombination beider Formen ergibt sich eine "kohä-
32 rente" Jugendpolitik. Die Auseinandersetzung mit der Rolle des Internet für junge Menschen
33 in der Öffentlichkeit ist jedoch weitgehend nur von dem klassischen Ansatz zu Jugendhilfepo-
34 litik geprägt.

35 Insbesondere die Frage des Schutzes junger Menschen vor "gefährdenden" Inhalten und die
36 Ausbildung von Medienkompetenz stehen im Mittelpunkt der jugendpolitischen Debatte um
37 das Internet und Neue Medien. Vergessen wird dabei jedoch oft, dass junge Menschen diese
38 Medien entscheidend gestalten, als "digital natives" noch eher Expert(inn)en der Netzkompe-
39 tenz sind als ihre Elterngenerationen, und das Internet schwerwiegende Fragen in Bezug auf
40 Bürgerrechte und gesellschaftliche Machtstrukturen aufwirft.

41
42 Nur durch eine kohärente Betrachtung der Rolle des Internet für junge Menschen aus ihrer
43 eigenen Perspektive können seine Risiken minimiert und Jugendliche im Umgang mit ver-
44 bleibenden Risiken gestärkt werden. Fragen des Zugangs, der Persönlichkeitsrechte, der wirt-
45 schaftlichen und sozioökonomischen Gerechtigkeit und der Bedeutung des Internet für die
46 Zukunft der Gesellschaft kann nur so jugendgemäß und nachhaltig beantwortet werden; so
47 wird das volle Potenzial des Internet ausgeschöpft.

48 Eine echte, kohärente Jugendpolitik muss sich deshalb der Netzpolitik annehmen – und eine
49 gute Netzpolitik braucht eine wirkliche jugendpolitische Sichtweise. Diese wird keine einfa-
50 chen, schnellen Antworten auf die sich immer neu stellenden Herausforderungen geben kön-
51 nen. Stattdessen muss nun eine breite gesellschaftliche Diskussion darüber beginnen, wie das

1 Internet als Gemeingut gepflegt und gesteuert werden kann. Eine gute Jugendpolitik muss
2 sich deshalb der Netzpolitik annehmen, weil sie wichtig für die Lebenswelt und Interessen
3 junger Menschen ist. Eine gute Netzpolitik kann andererseits nicht auf eine dezidiert jugend-
4 politische Sichtweise verzichten.

6 Herausforderungen für eine jugendpolitische Netzpolitik

7 Das Internet und alle darauf aufbauenden Anwendungen müssen sicher sein. Das bedeutet
8 aber nur zu einem begrenzten Teil Sicherheit vor jugendgefährdenden Inhalten. Sicherheit im
9 Netz meint vor allem Sicherheit von Daten und Persönlichkeitsrechten. Informationen müssen
10 sicher sein vor unbefugtem, illegitimem oder unethischem Zugriff durch Privatpersonen,
11 Staatsorganen und wirtschaftlichen Interessen.

13 Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist zentral für Sicherheit in vom Internet
14 geprägten Gesellschaften. Es auszugestalten und an die vernetzte Welt anzupassen ist uner-
15 lässlich. Dazu bedarf es politischer Auseinandersetzung, die sich auch mit der Vereinbarung
16 von Sicherheit und Freiheit in der vernetzten Gesellschaft beschäftigt.

17 Das Internet steht selbst für Freiheit. Es erlaubt Kommunikation, die vorher durch praktische
18 Beschränkungen wie Distanz, durch Kosten oder durch staatliche Beschränkungen begrenzt
19 war. Nicht zuletzt die auch und gerade von Jugendlichen getragenen Revolutionen des “arabi-
20 schen Frühling” haben gezeigt, dass die Freiheit der auf dem Internet basierenden Kommuni-
21 kationsnetzwerke auch zur Durchsetzung von politischer Freiheit über die freie Meinungsäu-
22 ßerung und den freien Zugang zu Information wichtig sind. Aber auch die Entwicklung des
23 Internets und seiner Anwendungen lebt von Freiheit - zum Beispiel von freiem Zugang zu
24 Information und freier Software.

26 Gleichzeitig braucht das Internet Gleichheit. Die Gleichheit aller Datenpakete in den physi-
27 schen Strukturen des Netzes – die sogenannte Netzneutralität – war elementar für die Ent-
28 wicklung des Internets – und bleibt es weiterhin. Gleicher Zugang zum Internet muss aber
29 auch für Menschen gelten: dem sogenannten ‘digital divide’, also dem ungleichen Zugang
30 zum Internet aufgrund sozialer, politischer, geografischer und ökonomischer Benachteiligun-
31 gen muss entgegengetreten werden. Das Internet darf nicht bestehende Ungleichheiten ver-
32 schärfen oder neue schaffen.

34 Das Internet hat die Produktion und den Konsum von geistigem Eigentum verändert. Medien
35 und Inhalte werden über das Internet einfacher, schneller und oft kostenfrei zugänglich. Damit
36 einher geht die Auflösung der traditionellen Strukturen wirtschaftlicher Verwertung von geis-
37 tigem Eigentum. Insbesondere Rechteinhaber(innen) sehen dies mit berechtigter Sorge. Neue
38 Modelle haben sich bisher noch nicht umfassend entwickeln können.

39 Gleichzeitig vereinfacht das Internet aber auch die Produktion „geistigen Eigentums“ und
40 schafft vollkommen neue Möglichkeiten. Durch den freien (und freieren) Zugang zu Informa-
41 tion wird es einfacher, neues Wissen zu schaffen und neue kulturelle Güter zu kreieren. Die in
42 sozialen Netzwerken geschaffene ‚Information‘ ist ein kultureller Wert, der mit ‚geistigem
43 Eigentum‘ kaum beschreibbar ist, aber wirtschaftlich sehr wohl ausgebeutet werden kann.
44 Seine „Autor(inn)en“ – die Gesamtheit der User(innen) sozialer Netzwerke – haben im jetzi-
45 gen System keine zufriedenstellende Möglichkeit, über ihre Kreation und deren Verwertung
46 zu bestimmen. Die Betreiber(innen) der Infrastruktur verwerten sie jedoch bereits.

47 An dem Paradigma des bisherigen Urheberrechtes festzuhalten, wird der Realität des Internet
48 deshalb nicht gerecht. Es versagt zunehmend bei der Entlohnung klassischer Rechteinhaber,
49 verlangsamt die Entwicklung neuer Modelle und kann jene Wertschöpfung, die durch das
50

1 Internet erst ermöglicht wurde, nicht angemessen erfassen. Ein neues Urheberrecht ist deshalb
2 nötig – eines, das insbesondere die gemeinschaftlichen und kollaborativen Schöpfungen in-
3 nerhalb des Internet angemessen zu schützen weiß.

4

5

6

7 **Antragsteller(innen):** Vorstand der aej

8

9 **Adressat(inn)en:**

10

11 **Abstimmungsergebnis:**

TOP 9 Anträge

an die 124. Mitgliederversammlung der aej
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Antrag 5a ersetzt Antrag 5

„Forderungen für eine jugendgerechte Netzpolitik“

Unsere Gesellschaft wird derzeit durch die Möglichkeiten vernetzter Datenverarbeitung vielfältig und tiefgreifend beeinflusst. Evangelische Kinder und Jugendliche nehmen dies in ihrer Lebenswelt wahr. Aber auch das globale Wirtschafts- und Finanzsystem, die Medienwelt und politische Entscheidungsprozesse werden vom Internet verändert. Dem gegenüber steht derzeit eine Netzpolitik, die sich in Detailfragen verfängt und nicht in der Lage scheint, die Herausforderungen des Internet für die globale Gesellschaft und ihre Zukunft umfassend anzugehen. Gerade Kinder und Jugendliche haben ein besonderes Interesse an einer guten Netzpolitik – die deshalb auch klar aus ihrer Perspektive und ausgehend von ihren Interessen gedacht werden muss. Aus einer solchen jugendpolitischen Perspektive auf das Internet ergeben sich für die Evangelische Jugend folgende Kernforderungen und Grundlinien für eine zukünftige, jugendgerechte Netzpolitik:

- Die Neutralität der informationstechnologischen Infrastruktur gegenüber Datenpaketen (Netzneutralität) ist eine Grundvoraussetzung für die demokratische Weiterentwicklung des Internet und muss uneingeschränkt gelten. Sie aufzuweichen bedeutet die Eigenlogik und das Potential des Internet auszuhebeln.

Wir fordern deshalb politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger(innen) auf, Netzneutralität zu garantieren und umzusetzen.

- Allen Menschen - und insbesondere Jugendlichen - muss der Zugang zum Internet und seinen Anwendungen möglich sein. Das bedeutet Zugang zur notwendigen Hardware einerseits und zur Netzinfrastruktur andererseits.

Wir fordern deshalb den flächendeckenden Ausbau von erschwinglichen Breitbandinternetzugängen - insbesondere im ländlichen Raum und in Stadtrandgebieten - und den Zugang aller Jugendlichen zu angemessener Hardware, Software und Know-How.

- Jugendliche brauchen Sicherheit im Internet - insbesondere vor sie gefährdender und entmündigender Verwendung ihrer Informationen. Datenschutz und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darf nicht den Verzicht auf die Nutzung des Internet bedeuten müssen.

Stattdessen muss die Rechtslage den Bedürfnissen der Nutzer(innen) und Bürger(inne)n angepasst werden.

Wir fordern deshalb den Schutz vor Überwachung (durch staatliche, private oder kommerzielle Akteure) und den Schutz der Privatsphäre sowie der informationellen Selbstbestimmung rechtlich neu zu gestalten. Die Verabschiedung einer starken europäischen Datenschutzverordnung, die das Recht auf Vergessen beinhaltet, ist dazu ein wichtiger Schritt. Keinesfalls darf im Zuge einer europäischen Regelung das hohe Datenschutzniveau Deutschlands unterschritten werden. Dies ist auch bei der Aushandlung transnati-

1 onaler Verträge wie etwa europäisch-amerikanischen Handelsabkommen zu beachten.
2

- 3 • Jugendschutz im Zeitalter digitaler Medien ist eine besondere Herausforderung. Die
4 klassischen Instrumente des Jugendschutzes stoßen angesichts der weltweiten Infra-
5 struktur des Netzes an ihre Grenzen. Inhalte, die für junge Menschen nicht geeignet
6 sind, können kaum reguliert werden, insbesondere nicht, wenn deren Anbieter und die-
7 jenigen, die Zugänge zu ihnen bereitstellen, Verantwortung aufeinander abschieben und
8 sich nicht an nationalstaatliche Regelungen halten müssen. Erfolgversprechende Ansät-
9 ze in Deutschland werden zudem von unklaren föderalen Zuständigkeiten behindert.
10 Noch mehr als je zuvor ist es deshalb notwendig, die Kompetenzen von Kindern und
11 Jugendlichen im selbstbestimmten und reflektierten Umgang mit Medien und ihren In-
12 halten zu stärken. Im Kontext des Generationen-Gaps im Umgang mit neuen Medien
13 fällt deshalb Kindern und Jugendlichen selbst in der Unterstützung ihrer Peers eine
14 Schlüsselrolle zu.

15 *Wir fordern deshalb die Entwicklung von Instrumenten, die Anbieter von Zugängen und*
16 *Inhalten zu einem verantwortungsvollen Jugendschutz verpflichten – auch über Staats-*
17 *grenzen hinaus. Die Zuständigkeit für Jugendschutz und Online-Medien muss Bundes-*
18 *angelegenheit sein. Durch die Unterstützung von emanzipatorischer Medienkompetenz-*
19 *bildung – insbesondere durch Peers – müssen junge Menschen sich gegenseitig für den*
20 *Umgang mit den Chancen und Risiken des Internet stark machen können. Dies sollte*
21 *auch im Rahmen schulischer und außerschulischer Bildung Berücksichtigung finden.*
22

- 23 • Das Internet hat die bisherigen Strukturen wirtschaftlicher Verwertung geistigen Eigen-
24 tums ebenso infrage gestellt, wie es die Bedingungen seiner Produktion verändert, und
25 in vielerlei Hinsicht verbessert hat.

26 Urheber(innen) geistigen Eigentums müssen dies auch wirtschaftlich verwerten können,
27 aber dazu sind nun neue Formen notwendig. Diese zu entwickeln ist eine Herausforde-
28 rung, die kreativ angegangen werden muss und die Chance birgt, gerechtere Strukturen
29 und Mechanismen zu schaffen.

30 *Wir fordern deshalb ein Urheber(innen)recht, das gerecht ist für alle: die Nutzer(innen)*
31 *und Produzent(inn)en geistigen Eigentums, nicht nur die Verwerter(innen) von beste-*
32 *henden Interessen. Das Urheber(innen)recht und seine Durchsetzung darf in keinem*
33 *Fall dazu dienen, die freie Meinungsäußerung einzuschränken und muss für Beschul-*
34 *digte praktikabel überprüfbar sein. An der Weiterentwicklung des Urheber(innen)rechts*
35 *aus jugendpolitischer Praxis werden wir uns konstruktiv beteiligen.*
36

- 37 • Das Internet hat den Zugang zu Informationen von vielen Hindernissen befreit. Darin
38 liegt eine der vielversprechendsten Chancen des Internet. Die Schaffung kultureller Gü-
39 ter, wissenschaftliche Erkenntnis, neue demokratische Prozesse – all dies kann durch
40 den freien Zugang zu Information befördert werden. Wiewohl freier Zugang zu Infor-
41 mation auch eine Herausforderung für die Wahrung der Rechte von Urheber(innen) ist,
42 überwiegt doch das Potential für die Gesellschaft insgesamt. Der freie Zugang zu In-
43 formation ist die Grundlage für die Schaffung geistigen Eigentums im Zeitalter des In-
44 ternet.

45 *Wir fordern deshalb den freien Zugang zu Informationen als zu schützenden Grundsatz*
46 *des Internet anzuerkennen und zu fördern. In der Abwägung mit legitimen Verwertungs-*
47 *oder Geheimhaltungsinteressen ist der Freiheit der Informationen gleiches Gewicht*
48 *einzuräumen.*
49

- 50 • Das Internet hat neue Formen sozialer Netzwerke ermöglicht. Ihre Entwicklung steht
51 heute erst am Anfang. Ihr Wert liegt nicht in ihrer Struktur sondern in den Verbindun-

1 gen und Kommunikationen, die durch ihre Teilnehmer(innen) ständig kreiert werden.
2 Der Wert dieser kollektiven und interaktiven Schöpfung muss denen gehören, die ihre
3 Urheber(innen) sind: nicht den Firmen, die Infrastruktur bereitstellen und von ihr profi-
4 tieren, sondern den Usern als eigentlichen 'Autor(inn)en'. Die (privatwirtschaftliche)
5 Struktur sozialer Netzwerke im Internet muss deshalb neu gedacht werden – die bisheri-
6 ge Praxis, wirtschaftliche Interessen über Nutzerinteressen zu stellen, muss enden.
7 *Wir fordern deshalb die Kontrolle über die Verwertung von Information den U-*
8 *ser(inne)n als Urheber(innen) zu überlassen. Die entsprechenden rechtlichen Rahmen-*
9 *bedingungen müssen geschaffen werden.*

- 10
- 11 • Das Internet beruht auf materiellen und immateriellen Infrastrukturen.
12 Beide werden durch politisches Handeln, durch Finanzierung und Regulierung und
13 durch rechtliche Rahmenbedingungen gestaltet. Diese Prozesse sind heute noch kompli-
14 ziert, intransparent und ungenügend in der politischen Diskussion zusammengeführt.
15 *Wir fordern deshalb, dass Entscheidungen, die die Infrastrukturen des Internet betref-*
16 *fen, transparent getroffen und diskutiert werden. Die Rahmenbedingungen des Internet*
17 *müssen demokratisch kontrolliert werden und dürfen weder den Entscheidungen großer*
18 *Konzerne noch intransparenten Regierungsbehörden überlassen werden.*
 - 19
 - 20 • Das Internet macht nicht an Staatsgrenzen halt. Das ist eine Stärke, aber auch eine Her-
21 ausforderung für die demokratische Kontrolle und Gestaltung des Internets, insbesonde-
22 re der Sicherung der von Freiheits- und Persönlichkeitsrechten. Einige Staaten und Kon-
23 sortien von Unternehmen können über die Kontrolle von für das Internet essentiellen
24 Protokollen und Standards besondere Macht ausüben.
25 *Wir fordern deshalb die Schaffung demokratischer und transparenter Strukturen der*
26 *weltweiten Governance des Internet und seiner materiellen und immateriellen Infra-*
27 *struktur.*

30 **Antragsbegründung:**

31 Das Internet und die vielen auf ihm basierenden Anwendungen werden zu Recht in der öffent-
32 lichen Wahrnehmung breit diskutiert. Seit die ersten Computer in den 1960er Jahren mitei-
33 nander vernetzt wurden, hat die so entstandene Infrastruktur Umwälzungen angestoßen, die
34 als revolutionär bezeichnet werden können. Nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche wurden
35 vom Internet beeinflusst. Ob im Alltag, in der Realwirtschaft oder den globalen Finanzmärk-
36 ten, in Medienwelt oder Politik - überall haben die technologischen Möglichkeiten zu oft tief-
37 greifenden strukturellen Veränderungen geführt.

38

39 Die junge Generation hat zu diesen Veränderungen besonders beigetragen. Und sie ist auch
40 besonders von ihnen betroffen. Junge Menschen nutzen die Möglichkeiten des Internet unbe-
41 fangener, sehen neue Potentiale und entwickeln sie. Nicht nur soziale Netzwerke, die für die
42 gesellschaftliche Diskussion heute bestimmend sind, wurden von jungen Menschen erfunden
43 und weiterentwickelt. Junge Menschen nutzen das Internet als Infrastruktur und Ressource für
44 kreative neue Ideen. Sie prägen so auch die Entwicklung der Gesellschaft.

45 Davon wird häufig jedoch wenig wahrgenommen. Die öffentliche Diskussion zeichnet dage-
46 gen zu oft ein Bild von jungen Menschen als überforderten Konsument(inn)en vernetzter
47 Kommunikation, die sich in einer 'virtuellen' Welt verlieren.

48

49 Doch die vom Internet geprägte Welt ist weiter eine reale. Junge Menschen leben in ihr. Sie
50 nutzen das Internet in vielfältiger Weise dazu, diese reale Welt mit all ihren Herausforderun-
51 gen zu gestalten und zu bereichern. Die Rolle des Internet für junge Menschen - und die jun-

1 ger Menschen für die Veränderungen, die das Internet für die Zukunft der Gesellschaft bedeu-
2 tet - darf deshalb nicht als eine passive missverstanden werden.

3
4 Im Gegenteil: Die aktive Rolle junger Menschen in einer vom Internet geprägten Gesellschaft
5 muss anerkannt und verstanden werden. Sie muss sich in einer eigenständigen Jugendpolitik
6 wie in einer Gesellschaftspolitik generell spiegeln. Sowohl im Sinne und Interesse junger
7 Menschen als auch mit Blick auf die demokratische Weiterentwicklung gesellschaftlicher
8 Strukturen muss Jugendpolitik auch Netzpolitik sein.

9
10 Jugendpolitisch verstandene Netzpolitik mischt sich im Interesse und aus der Perspektive jun-
11 ger Menschen in die Gestaltung des Internets, seiner materiellen und immateriellen Grundla-
12 gen, seiner Anwendungen und all derer Bereiche ein, die vom Internet Veränderungszwängen
13 ausgesetzt sind.

14
15 Insbesondere der Mangel an dezidiert aus der Perspektive junger Menschen handelnder Ju-
16 gendpolitik macht es schwer, Fragen befriedigend und umfassend zu beantworten, die sich
17 aus dem Internet und seinen Anwendungen ergeben.

18 In seiner Stellungnahme "Zur Neupositionierung von Jugendpolitik: Notwendigkeiten und
19 Stolpersteine" hat das Bundesjugendkuratorium zum Beispiel bereits 2009 die Unterschei-
20 dung zwischen "klassischer" und "moderner" Form von Jugendhilfepolitik getroffen. Klassi-
21 sche Jugendhilfepolitik ist vom Gedanken des Schutzes junger Menschen und ihrer Befähig-
22 ung im Umgang mit gesellschaftlichen, sozialen, ökonomischen und anderen Herausforde-
23 rungen geprägt. Moderne Jugendpolitik bezieht sich dagegen auf Teilhabe im Sinne von
24 Selbst- und Mitbestimmung, politische Rechte, und Fragen von Machtbeziehungen und dem
25 Verhältnis der Generationen. Erst in der Kombination beider Formen ergibt sich eine "kohä-
26 rente" Jugendpolitik. Die Auseinandersetzung mit der Rolle des Internet für junge Menschen
27 in der Öffentlichkeit ist jedoch weitgehend nur von dem klassischen Ansatz zu Jugendhilfepo-
28 litik geprägt.

29 Insbesondere die Frage des Schutzes junger Menschen vor "gefährdenden" Inhalten und die
30 Ausbildung von Medienkompetenz stehen im Mittelpunkt der jugendpolitischen Debatte um
31 das Internet und Neue Medien. Vergessen wird dabei jedoch oft, dass junge Menschen diese
32 Medien entscheidend gestalten, als "digital natives" noch eher Expert(inn)en der Netzkompe-
33 tenz sind als ihre Elterngenerationen, und das Internet schwerwiegende Fragen in Bezug auf
34 Bürgerrechte und gesellschaftliche Machtstrukturen aufwirft.

35
36 Nur durch eine kohärente Betrachtung der Rolle des Internet für junge Menschen aus ihrer
37 eigenen Perspektive können seine Risiken minimiert und Jugendliche im Umgang mit ver-
38 bleibenden Risiken gestärkt werden. Fragen des Zugangs, der Persönlichkeitsrechte, der wirt-
39 schaftlichen und sozioökonomischen Gerechtigkeit und der Bedeutung des Internet für die
40 Zukunft der Gesellschaft kann nur so jugendgemäß und nachhaltig beantwortet werden; so
41 wird das volle Potential des Internet ausgeschöpft.

42 Eine echte, kohärente Jugendpolitik muss sich deshalb der Netzpolitik annehmen - und eine
43 gute Netzpolitik braucht eine wirkliche jugendpolitische Sichtweise. Diese wird keine einfa-
44 chen, schnellen Antworten auf die sich immer neu stellenden Herausforderungen geben kön-
45 nen. Stattdessen muss nun eine breite gesellschaftliche Diskussion darüber beginnen, wie das
46 Internet als Gemeingut gepflegt und gesteuert werden kann. Eine gute Jugendpolitik muss
47 sich deshalb der Netzpolitik annehmen, weil sie wichtig für die Lebenswelt und Interessen
48 junger Menschen ist. Eine gute Netzpolitik kann andererseits nicht auf eine dezidiert jugend-
49 politische Sichtweise verzichten.

50
51 **Herausforderungen für eine jugendpolitische Netzpolitik**

1 Das Internet und alle darauf aufbauenden Anwendungen müssen sicher sein. Das bedeutet
2 aber nur zu einem begrenzten Teil Sicherheit vor jugendgefährdenden Inhalten. Sicherheit im
3 Netz meint vor allem Sicherheit von Daten und Persönlichkeitsrechten. Informationen müssen
4 sicher sein vor unbefugtem, illegitimem oder unethischem Zugriff durch Privatpersonen,
5 Staatsorganen und wirtschaftlichen Interessen.

6
7 Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist zentral für Sicherheit in vom Internet
8 geprägten Gesellschaften. Es auszugestalten und an die vernetzte Welt anzupassen ist uner-
9 lässlich. Dazu bedarf es politischer Auseinandersetzung, die sich auch mit der Vereinbarung
10 von Sicherheit und Freiheit in der vernetzten Gesellschaft beschäftigt.

11 Das Internet steht selbst für Freiheit. Es erlaubt Kommunikation, die vorher durch praktische
12 Beschränkungen wie Distanz, durch Kosten oder durch staatliche Beschränkungen begrenzt
13 war. Nicht zuletzt die auch und gerade von Jugendlichen getragenen Revolutionen des “arabi-
14 schen Frühling” haben gezeigt, dass die Freiheit der auf dem Internet basierenden Kommuni-
15 kationsnetzwerke auch zur Durchsetzung von politischer Freiheit über die freie Meinungsäu-
16 ßerung und den freien Zugang zu Information wichtig sind. Aber auch die Entwicklung des
17 Internets und seiner Anwendungen lebt von Freiheit - zum Beispiel von freiem Zugang zu
18 Information und freier Software.

19
20 Gleichzeitig braucht das Internet Gleichheit. Die Gleichheit aller Datenpakete in den physi-
21 schen Strukturen des Netzes - die sogenannte Netzneutralität - war elementar für die Entwick-
22 lung des Internets - und bleibt es weiterhin. Gleicher Zugang zum Internet muss aber auch für
23 Menschen gelten: dem sogenannten ‘digital divide’, also dem ungleichen Zugang zum Inter-
24 net aufgrund sozialer, politischer, geographischer und ökonomischer Benachteiligungen muss
25 entgegengetreten werden. Das Internet darf nicht bestehende Ungleichheiten verschärfen oder
26 neue schaffen.

27
28 Das Internet hat die Produktion und den Konsum von geistigem Eigentum verändert. Medien
29 und Inhalte werden über das Internet einfacher, schneller und oft kostenfrei zugänglich. Damit
30 einher geht die Auflösung der traditionellen Strukturen wirtschaftlicher Verwertung von geis-
31 tigem Eigentum. Insbesondere Rechteinhaber(innen) sehen dies mit berechtigter Sorge. Neue
32 Modelle haben sich bisher noch nicht umfassend entwickeln können.

33 Gleichzeitig vereinfacht das Internet aber auch die Produktion „geistigen Eigentums“ und
34 schafft vollkommen neue Möglichkeiten. Durch den freien (und freieren) Zugang zu Informa-
35 tion wird es einfacher, neues Wissen zu schaffen und neue kulturelle Güter zu kreieren. Die in
36 sozialen Netzwerken geschaffene ‚Information‘ ist ein kultureller Wert, der mit ‚geistigem
37 Eigentum‘ kaum beschreibbar ist, aber wirtschaftlich sehr wohl ausgebeutet werden kann.
38 Seine „Autor(inn)en“ – die Gesamtheit der User(innen) sozialer Netzwerke – haben im jetzi-
39 gen System keine zufriedenstellende Möglichkeit, über ihre Kreation und deren Verwertung
40 zu bestimmen. Die Betreiber(innen) der Infrastruktur verwerten sie jedoch bereits.

41 An dem Paradigma des bisherigen Urheberrechtes festzuhalten wird der Realität des Internet
42 deshalb nicht gerecht. Es versagt zunehmend bei der Entlohnung klassischer Rechteinhaber,
43 verlangsamt die Entwicklung neuer Modelle und kann jene Wertschöpfung, die durch das
44 Internet erst ermöglicht wurde, nicht angemessen erfassen. Ein neues Urheberrecht ist deshalb
45 nötig – eines, das insbesondere die gemeinschaftlichen und kollaborativen Schöpfungen in-
46 nerhalb des Internet angemessen zu schützen weiß.

47
48 **Antragsteller(innen):** Vorstand der aej

49
50 **Adressat(inn)en:**

51

1 **Abstimmungsergebnis:**

TOP 9 Anträge

an die 124. Mitgliederversammlung der aej
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Antrag 5b

„Forderungen für eine jugendgerechte Netzpolitik“

Unsere Gesellschaft wird derzeit durch die Möglichkeiten vernetzter Datenverarbeitung vielfältig und tiefgreifend beeinflusst. Evangelische Kinder und Jugendliche nehmen dies in ihrer Lebenswelt wahr. Aber auch das globale Wirtschafts- und Finanzsystem, die Medienwelt und politische Entscheidungsprozesse werden vom Internet verändert. Dem gegenüber steht derzeit eine Netzpolitik, die sich in Detailfragen verfängt und nicht in der Lage scheint, die Herausforderungen des Internet für die globale Gesellschaft und ihre Zukunft umfassend anzugehen. Gerade Kinder und Jugendliche haben ein besonderes Interesse an einer guten Netzpolitik – die deshalb auch klar aus ihrer Perspektive und ausgehend von ihren Interessen gedacht werden muss. Aus einer solchen jugendpolitischen Perspektive auf das Internet ergeben sich für die Evangelische Jugend folgende Kernforderungen und Grundlinien für eine zukünftige, jugendgerechte Netzpolitik:

- Die Neutralität der informationstechnologischen Infrastruktur gegenüber Datenpaketen (Netzneutralität) ist eine Grundvoraussetzung für die demokratische Weiterentwicklung des Internet und muss uneingeschränkt gelten. Sie aufzuweichen bedeutet die Eigenlogik und das Potential des Internet auszuhebeln.
Wir fordern deshalb politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger(innen) auf, Netzneutralität zu garantieren und umzusetzen.
- Allen Menschen - und insbesondere Jugendlichen - muss der Zugang zum Internet und seinen Anwendungen möglich sein. Das bedeutet Zugang zur notwendigen Hardware einerseits und zur Netzinfrastruktur andererseits.
Wir fordern deshalb den flächendeckenden Ausbau von erschwinglichen Breitbandinternetzugängen - insbesondere im ländlichen Raum und in Stadtrandgebieten - und den Zugang aller Jugendlichen zu angemessener Hardware, Software und Know-How.
- Jugendliche brauchen Sicherheit im Internet - insbesondere vor sie gefährdender und entmündigender Verwendung ihrer Informationen. Datenschutz und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darf nicht den Verzicht auf die Nutzung des Internet bedeuten müssen.
Stattdessen muss die Rechtslage den Bedürfnissen der Nutzer(innen) und Bürger(inne)n angepasst werden.
Wir fordern deshalb den Schutz vor Überwachung (durch staatliche, private oder kommerzielle Akteure) und den Schutz der Privatsphäre sowie der informationellen Selbstbestimmung rechtlich neu zu gestalten. Die Verabschiedung einer starken europäischen Datenschutzverordnung, die das Recht auf Vergessen beinhaltet, ist dazu ein wichtiger Schritt. Keinesfalls darf im Zuge einer europäischen Regelung das hohe Datenschutzniveau Deutschlands unterschritten werden. Dies ist auch bei der Aushandlung transnationaler Verträge wie etwa europäisch-amerikanischen Handelsabkommen zu beachten.

- 1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
- Jugendschutz im Zeitalter digitaler Medien ist eine besondere Herausforderung. Die klassischen Instrumente des Jugendschutzes stoßen angesichts der weltweiten Infrastruktur des Netzes an ihre Grenzen. Inhalte, die für junge Menschen nicht geeignet sind, können kaum reguliert werden, insbesondere nicht, wenn deren Anbieter und diejenigen, die Zugänge zu ihnen bereitstellen, Verantwortung aufeinander abschieben und sich nicht an nationalstaatliche Regelungen halten müssen. Erfolgversprechende Ansätze in Deutschland werden zudem von unklaren föderalen Zuständigkeiten behindert. Noch mehr als je zuvor ist es deshalb notwendig, die Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen im selbstbestimmten und reflektierten Umgang mit Medien und ihren Inhalten zu stärken. Im Kontext des Generationen-Gaps im Umgang mit neuen Medien fällt deshalb Kindern und Jugendlichen selbst in der Unterstützung ihrer Peers eine Schlüsselrolle zu.

14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26

Wir fordern deshalb die Entwicklung von Instrumenten, die Anbieter von Zugängen und Inhalten zu einem verantwortungsvollen Jugendschutz verpflichten – auch über Staatsgrenzen hinaus. Die Zuständigkeit für Jugendschutz und Online-Medien muss Bundesangelegenheit sein. Durch die Unterstützung von emanzipatorischer Medienkompetenzbildung – insbesondere durch Peers – müssen junge Menschen sich gegenseitig für den Umgang mit den Chancen und Risiken des Internet stark machen können. Dazu gehört auch Unterstützung im Umgang mit bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen, zum Beispiel in Bezug auf das Urheberrecht. Dies sollte auch im Rahmen schulischer und außerschulischer Bildung Berücksichtigung finden und muss angemessen staatlich gefördert werden.

- 27
28
29
- Das Internet hat die bisherigen Strukturen wirtschaftlicher Verwertung geistigen Eigentums ebenso infrage gestellt, wie es die Bedingungen seiner Produktion verändert, und in vielerlei Hinsicht verbessert hat.

30
31
32
33

Urheber(innen) geistigen Eigentums müssen dies auch wirtschaftlich verwerten können, aber dazu sind nun neue Formen notwendig. Diese zu entwickeln ist eine Herausforderung, die kreativ angegangen werden muss und die Chance birgt, gerechtere Strukturen und Mechanismen zu schaffen.

34
35
36
37
38
39
40

Wir fordern deshalb ein Urheber(innen)recht, das gerecht ist für alle: die Nutzer(innen) und Produzent(inn)en geistigen Eigentums, nicht nur die Verwerter(innen) von bestehenden Interessen. Das Urheber(innen)recht und seine Durchsetzung darf in keinem Fall dazu dienen, die freie Meinungsäußerung einzuschränken und muss für Beschuldigte praktikabel überprüfbar sein. An der Weiterentwicklung des Urheber(innen)rechts aus jugendpolitischer Praxis werden wir uns konstruktiv beteiligen.

- 41
42
43
44
45
46
47
48
- Das Internet hat den Zugang zu Informationen von vielen Hindernissen befreit. Darin liegt eine der vielversprechendsten Chancen des Internet. Die Schaffung kultureller Güter, wissenschaftliche Erkenntnis, neue demokratische Prozesse – all dies kann durch den freien Zugang zu Information befördert werden. Wiewohl freier Zugang zu Information auch eine Herausforderung für die Wahrung der Rechte von Urheber(innen) ist, überwiegt doch das Potential für die Gesellschaft insgesamt. Der freie Zugang zu Information ist die Grundlage für die Schaffung geistigen Eigentums im Zeitalter des Internet.

49
50
51

Wir fordern deshalb den freien Zugang zu Informationen als zu schützenden Grundsatz des Internet anzuerkennen und zu fördern. In der Abwägung mit legitimen Verwertungs- oder Geheimhaltungsinteressen ist der Freiheit der Informationen gleiches Gewicht

1 einzuräumen.

- 2
- 3 • Das Internet hat neue Formen sozialer Netzwerke ermöglicht. Ihre Entwicklung steht
4 heute erst am Anfang. Ihr Wert liegt nicht in ihrer Struktur sondern in den Verbindun-
5 gen und Kommunikationen, die durch ihre Teilnehmer(innen) ständig kreiert werden.
6 Der Wert dieser kollektiven und interaktiven Schöpfung muss denen gehören, die ihre
7 Urheber(innen) sind: nicht den Firmen, die Infrastruktur bereitstellen und von ihr profi-
8 tieren, sondern den Usern als eigentlichen 'Autor(inn)en'. Die (privatwirtschaftliche)
9 Struktur sozialer Netzwerke im Internet muss deshalb neu gedacht werden – die bisheri-
10 ge Praxis, wirtschaftliche Interessen über Nutzerinteressen zu stellen, muss enden.
11 *Wir fordern deshalb die Kontrolle über die Verwertung von Information den U-
12 ser(inne)n als Urheber(innen) zu überlassen. Die entsprechenden rechtlichen Rahmen-
13 bedingungen müssen geschaffen werden.*
- 14
- 15 • Das Internet beruht auf materiellen und immateriellen Infrastrukturen.
16 Beide werden durch politisches Handeln, durch Finanzierung und Regulierung und
17 durch rechtliche Rahmenbedingungen gestaltet. Diese Prozesse sind heute noch kompli-
18 ziert, intransparent und ungenügend in der politischen Diskussion zusammengeführt.
19 *Wir fordern deshalb, dass Entscheidungen, die die Infrastrukturen des Internet betref-
20 fen, transparent getroffen und diskutiert werden. Die Rahmenbedingungen des Internet
21 müssen demokratisch kontrolliert werden und dürfen weder den Entscheidungen großer
22 Konzerne noch intransparenten Regierungsbehörden überlassen werden.*
- 23
- 24 • Das Internet macht nicht an Staatsgrenzen halt. Das ist eine Stärke, aber auch eine Her-
25 ausforderung für die demokratische Kontrolle und Gestaltung des Internets, insbesonde-
26 re der Sicherung der von Freiheits- und Persönlichkeitsrechten. Einige Staaten und Kon-
27 sortien von Unternehmen können über die Kontrolle von für das Internet essentiellen
28 Protokollen und Standards besondere Macht ausüben.
29 *Wir fordern deshalb die Schaffung demokratischer und transparenter Strukturen der
30 weltweiten Governance des Internet und seiner materiellen und immateriellen Infra-
31 struktur.*
- 32
- 33

34 **Antragsbegründung:**

35 Das Internet und die vielen auf ihm basierenden Anwendungen werden zu Recht in der öffent-
36 lichen Wahrnehmung breit diskutiert. Seit die ersten Computer in den 1960er Jahren mitei-
37 nander vernetzt wurden, hat die so entstandene Infrastruktur Umwälzungen angestoßen, die
38 als revolutionär bezeichnet werden können. Nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche wurden
39 vom Internet beeinflusst. Ob im Alltag, in der Realwirtschaft oder den globalen Finanzmärk-
40 ten, in Medienwelt oder Politik - überall haben die technologischen Möglichkeiten zu oft tief-
41 greifenden strukturellen Veränderungen geführt.

42

43 Die junge Generation hat zu diesen Veränderungen besonders beigetragen. Und sie ist auch
44 besonders von ihnen betroffen. Junge Menschen nutzen die Möglichkeiten des Internet unbe-
45 fangener, sehen neue Potentiale und entwickeln sie. Nicht nur soziale Netzwerke, die für die
46 gesellschaftliche Diskussion heute bestimmend sind, wurden von jungen Menschen erfunden
47 und weiterentwickelt. Junge Menschen nutzen das Internet als Infrastruktur und Ressource für
48 kreative neue Ideen. Sie prägen so auch die Entwicklung der Gesellschaft.
49 Davon wird häufig jedoch wenig wahrgenommen. Die öffentliche Diskussion zeichnet dage-
50 gen zu oft ein Bild von jungen Menschen als überforderten Konsument(inn)en vernetzter
51 Kommunikation, die sich in einer 'virtuellen' Welt verlieren.

1
2 Doch die vom Internet geprägte Welt ist weiter eine reale. Junge Menschen leben in ihr. Sie
3 nutzen das Internet in vielfältiger Weise dazu, diese reale Welt mit all ihren Herausforderun-
4 gen zu gestalten und zu bereichern. Die Rolle des Internet für junge Menschen - und die jun-
5 ger Menschen für die Veränderungen, die das Internet für die Zukunft der Gesellschaft bedeu-
6 tet - darf deshalb nicht als eine passive missverstanden werden.

7
8 Im Gegenteil: Die aktive Rolle junger Menschen in einer vom Internet geprägten Gesellschaft
9 muss anerkannt und verstanden werden. Sie muss sich in einer eigenständigen Jugendpolitik
10 wie in einer Gesellschaftspolitik generell spiegeln. Sowohl im Sinne und Interesse junger
11 Menschen als auch mit Blick auf die demokratische Weiterentwicklung gesellschaftlicher
12 Strukturen muss Jugendpolitik auch Netzpolitik sein.

13
14 Jugendpolitisch verstandene Netzpolitik mischt sich im Interesse und aus der Perspektive jun-
15 ger Menschen in die Gestaltung des Internets, seiner materiellen und immateriellen Grundla-
16 gen, seiner Anwendungen und all derer Bereiche ein, die vom Internet Veränderungszwängen
17 ausgesetzt sind.

18
19 Insbesondere der Mangel an dezidiert aus der Perspektive junger Menschen handelnder Ju-
20 gendpolitik macht es schwer, Fragen befriedigend und umfassend zu beantworten, die sich
21 aus dem Internet und seinen Anwendungen ergeben.

22 In seiner Stellungnahme "Zur Neupositionierung von Jugendpolitik: Notwendigkeiten und
23 Stolpersteine" hat das Bundesjugendkuratorium zum Beispiel bereits 2009 die Unterschei-
24 dung zwischen "klassischer" und "moderner" Form von Jugendhilfepolitik getroffen. Klassi-
25 sche Jugendhilfepolitik ist vom Gedanken des Schutzes junger Menschen und ihrer Befähig-
26 ung im Umgang mit gesellschaftlichen, sozialen, ökonomischen und anderen Herausforde-
27 rungen geprägt. Moderne Jugendpolitik bezieht sich dagegen auf Teilhabe im Sinne von
28 Selbst- und Mitbestimmung, politische Rechte, und Fragen von Machtbeziehungen und dem
29 Verhältnis der Generationen. Erst in der Kombination beider Formen ergibt sich eine "kohä-
30 rente" Jugendpolitik. Die Auseinandersetzung mit der Rolle des Internet für junge Menschen
31 in der Öffentlichkeit ist jedoch weitgehend nur von dem klassischen Ansatz zu Jugendhilfepo-
32 litik geprägt.

33 Insbesondere die Frage des Schutzes junger Menschen vor "gefährdenden" Inhalten und die
34 Ausbildung von Medienkompetenz stehen im Mittelpunkt der jugendpolitischen Debatte um
35 das Internet und Neue Medien. Vergessen wird dabei jedoch oft, dass junge Menschen diese
36 Medien entscheidend gestalten, als "digital natives" noch eher Expert(inn)en der Netzkompe-
37 tenz sind als ihre Elterngenerationen, und das Internet schwerwiegende Fragen in Bezug auf
38 Bürgerrechte und gesellschaftliche Machtstrukturen aufwirft.

39
40 Nur durch eine kohärente Betrachtung der Rolle des Internet für junge Menschen aus ihrer
41 eigenen Perspektive können seine Risiken minimiert und Jugendliche im Umgang mit ver-
42 bleibenden Risiken gestärkt werden. Fragen des Zugangs, der Persönlichkeitsrechte, der wirt-
43 schaftlichen und sozioökonomischen Gerechtigkeit und der Bedeutung des Internet für die
44 Zukunft der Gesellschaft kann nur so jugendgemäß und nachhaltig beantwortet werden; so
45 wird das volle Potential des Internet ausgeschöpft.

46 Eine echte, kohärente Jugendpolitik muss sich deshalb der Netzpolitik annehmen - und eine
47 gute Netzpolitik braucht eine wirkliche jugendpolitische Sichtweise. Diese wird keine einfa-
48 chen, schnellen Antworten auf die sich immer neu stellenden Herausforderungen geben kön-
49 nen. Stattdessen muss nun eine breite gesellschaftliche Diskussion darüber beginnen, wie das
50 Internet als Gemeingut gepflegt und gesteuert werden kann. Eine gute Jugendpolitik muss
51 sich deshalb der Netzpolitik annehmen, weil sie wichtig für die Lebenswelt und Interessen

1 junger Menschen ist. Eine gute Netzpolitik kann andererseits nicht auf eine dezidiert jugend-
2 politische Sichtweise verzichten.

4 **Herausforderungen für eine jugendpolitische Netzpolitik**

5 Das Internet und alle darauf aufbauenden Anwendungen müssen sicher sein. Das bedeutet
6 aber nur zu einem begrenzten Teil Sicherheit vor jugendgefährdenden Inhalten. Sicherheit im
7 Netz meint vor allem Sicherheit von Daten und Persönlichkeitsrechten. Informationen müssen
8 sicher sein vor unbefugtem, illegitimem oder unethischem Zugriff durch Privatpersonen,
9 Staatsorganen und wirtschaftlichen Interessen.

11 Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist zentral für Sicherheit in vom Internet
12 geprägten Gesellschaften. Es auszugestalten und an die vernetzte Welt anzupassen ist uner-
13 lässlich. Dazu bedarf es politischer Auseinandersetzung, die sich auch mit der Vereinbarung
14 von Sicherheit und Freiheit in der vernetzten Gesellschaft beschäftigt.

15 Das Internet steht selbst für Freiheit. Es erlaubt Kommunikation, die vorher durch praktische
16 Beschränkungen wie Distanz, durch Kosten oder durch staatliche Beschränkungen begrenzt
17 war. Nicht zuletzt die auch und gerade von Jugendlichen getragenen Revolutionen des "arabi-
18 schen Frühling" haben gezeigt, dass die Freiheit der auf dem Internet basierenden Kommuni-
19 kationsnetzwerke auch zur Durchsetzung von politischer Freiheit über die freie Meinungsäu-
20 ßerung und den freien Zugang zu Information wichtig sind. Aber auch die Entwicklung des
21 Internets und seiner Anwendungen lebt von Freiheit - zum Beispiel von freiem Zugang zu
22 Information und freier Software.

24 Gleichzeitig braucht das Internet Gleichheit. Die Gleichheit aller Datenpakete in den physi-
25 schen Strukturen des Netzes - die sogenannte Netzneutralität - war elementar für die Entwick-
26 lung des Internets - und bleibt es weiterhin. Gleicher Zugang zum Internet muss aber auch für
27 Menschen gelten: dem sogenannten 'digital divide', also dem ungleichen Zugang zum Inter-
28 net aufgrund sozialer, politischer, geographischer und ökonomischer Benachteiligungen muss
29 entgegengetreten werden. Das Internet darf nicht bestehende Ungleichheiten verschärfen oder
30 neue schaffen.

32 Das Internet hat die Produktion und den Konsum von geistigem Eigentum verändert. Medien
33 und Inhalte werden über das Internet einfacher, schneller und oft kostenfrei zugänglich. Damit
34 einher geht die Auflösung der traditionellen Strukturen wirtschaftlicher Verwertung von geis-
35 tigem Eigentum. Insbesondere Rechteinhaber(innen) sehen dies mit berechtigter Sorge. Neue
36 Modelle haben sich bisher noch nicht umfassend entwickeln können.

37 Gleichzeitig vereinfacht das Internet aber auch die Produktion „geistigen Eigentums“ und
38 schafft vollkommen neue Möglichkeiten. Durch den freien (und freieren) Zugang zu Informa-
39 tion wird es einfacher, neues Wissen zu schaffen und neue kulturelle Güter zu kreieren. Die in
40 sozialen Netzwerken geschaffene ‚Information‘ ist ein kultureller Wert, der mit ‚geistigem
41 Eigentum‘ kaum beschreibbar ist, aber wirtschaftlich sehr wohl ausgebeutet werden kann.
42 Seine „Autor(inn)en“ – die Gesamtheit der User(innen) sozialer Netzwerke – haben im jetzi-
43 gen System keine zufriedenstellende Möglichkeit, über ihre Kreation und deren Verwertung
44 zu bestimmen. Die Betreiber(innen) der Infrastruktur verwerten sie jedoch bereits.

45 An dem Paradigma des bisherigen Urheberrechtes festzuhalten wird der Realität des Internet
46 deshalb nicht gerecht. Es versagt zunehmend bei der Entlohnung klassischer Rechteinhaber,
47 verlangsamt die Entwicklung neuer Modelle und kann jene Wertschöpfung, die durch das
48 Internet erst ermöglicht wurde, nicht angemessen erfassen. Ein neues Urheberrecht ist deshalb
49 nötig – eines, das insbesondere die gemeinschaftlichen und kollaborativen Schöpfungen in-
50 nerhalb des Internet angemessen zu schützen weiß.

- 1 Antragsteller(innen): **Tagungsausschuss für Jugend- und Bildungspolitik**
- 2
- 3 Adressat(inn)en:
- 4
- 5 Abstimmungsergebnis:

TOP 9 Anträge

an die 124. Mitgliederversammlung der aej
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin

Antrag 6 zu TOP 5.4

aej-Beitragsordnung

Die aej-Beitragsordnung wird in einer Paketlösung angepasst, die in der Summe eine Steigerung von mindestens 25.000 € jährlich erlaubt und damit die Kernaufgaben des Vereins aus eigenen, von den Mitgliedern aufgebracht Ressourcen, sicherstellt. Die Paketlösung hat folgende Elemente:

- Erhöhung des Sockelbeitrags pro Delegierten-Platz von € 140,00 auf € 160,00.
- Ausweitung des Sockelbeitrags pro Delegierten-Platz auch auf die landeskirchlichen Delegierten.
- Einführung eines Beitrags für Letztempfänger von Fördermitteln aus dem KJP-Programm Internationale Jugendarbeit, die dem aej-Mitgliederspektrum zuzurechnen sind, in Höhe von 2,5 % der Zuwendungssumme.
- Belastung von Nicht-Mitgliedern (z. B. Diakonie) bei der Ausreichung von Fördermitteln aus dem KJP-Programm Internationale Jugendarbeit in Höhe von 5,0 % (= doppelter Satz gegenüber den Mitgliedern) der Fördersumme.

Antragsbegründung

Der Förder- und Finanzpolitische Beirat (FFPB) hat die Weiterarbeit an der Beitragsordnung entsprechend des Beschlusses der 121. aej-Mitgliederversammlung aufgenommen. Er hat für sich einen Arbeitsplan entwickelt, der eine Vorlage über die Beitragsgestaltung ab dem Jahr 2015 bei der aej-Mitgliederversammlung 2013 vorsieht. Ziel ist es, den Mitgliedsbeitrag um etwa 25.000 € zu erhöhen.

Grundlage für die Höhe des Mitgliedsbeitrages soll und muss die Sicherung des Vereinslebens sein. Deshalb soll sich die Summe der Mitgliedsbeiträge daran orientieren, welchen Aufwand der Verein für seine satzungsverbindlichen Kernaufgaben hat:

- a) Durchführung der jährlichen Mitgliederversammlung
- b) Durchführung der Vorstandssitzungen
- c) Durchführung der Sitzungen der Beiräte

Der FFPB ist sich darüber im Klaren, dass bei einer Konzentration auf die Kernaufgaben des Vereins Einsparungen in der Sitzungshäufigkeit und der Größe der Gremien anzusetzen sind. Ein direkter Vergleich mit den derzeit anfallenden Kosten ist deshalb unzulässig.

1 Die sukzessive Verkleinerung der Mitgliederversammlung in den letzten Jahren (und
2 prognostiziert für die Zukunft) führt zu einer gewissen Stabilität der Kostendeckung in einer
3 mittelfristigen Finanzplanung.
4

5 Gespräche mit den Mitgliedern haben gezeigt, dass eine direkte Erhöhung des Sockelbeitrags
6 für die landeskirchlichen Mitglieder bzw. des besonderen Beitrags für die Mitglieder aus den
7 Werken, Verbänden und Freikirchen nur schwer zu erreichen sein wird. Deshalb wird dieser
8 Weg nicht weiter verfolgt.
9

10 Folgende Linien wurden weiter diskutiert:

- 11 • *Beibehaltung der Beitragsordnung und Fortschreibung*
- 12 • *Erhöhung des Einzelzimmerzuschlags bei der MV mindestens auf die Höhe der*
13 *zusätzlichen Kosten*
- 14 • *Erhöhung des Beitrags pro Delegiertenplatz (im Augenblick € 140,-- pro Dele-*
15 *giertenplatz)*
- 16 • *Einführung eines weiteren Beitragsmoduls für die landeskirchlichen Vertre-*
17 *ter(innen) durch einen Hebesatz pro Delegiertenplatz*
- 18 • *Einführung eines „Verwaltungskostenbeitrags“ für die Ausreichung von interna-*
19 *tionalen KJP-Mitteln an die aej-Mitglieder*
- 20 • *Einführung eines (gegenüber den Mitgliedern erhöhten) „Verwaltungskostenbei-*
21 *trags“ für die Ausreichung von „globalisierten Sondermitteln im KJP“ an Letzt-*
22 *empfänger, die nicht dem Verband Evangelische Jugend zuzurechnen sind.*
23

24 Folgende zusätzliche Einnahmen scheinen erzielbar:

- 25 • Erhöhung des Sockelbeitrags pro Delegiertenplatz: ca. 1.000 €
- 26 • Einführung eines Sockelbeitrags für landeskirchliche Delegierte: ca. 3.000 €
- 27 • Einführung eines Beitrags zur Ausreichung von internationalen KJP-Mitteln an
28 aej-Mitglieder: ca. 20.000 €
- 29 • Einführung eines Beitrags zur Ausreichung von „globalisierten internationalen
30 KJP-Mitteln“ an Letztempfänger, die nicht dem Verband Evangelische Jugend
31 angehören: ca. 1.000 – 2.000 €
32

33 Unter Berücksichtigung der verschiedenen Aspekte sprechen sich FFPB und Vorstand für
34 eine Paketlösung mit verschiedenen Elementen aus.
35
36
37

38 **Anlagen**

39 Beschluss aej-Beitragsordnung B2/2008

40 Beitragsübersicht
41
42
43

44 **Antragsteller(innen):** Vorstand der aej
45

46 **Adressat(inn)en:**
47

48 **Abstimmungsergebnis:**
49

Beschluss
2/2008



Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V.

118. Mitgliederversammlung
20. bis 23. November 2008

aej-Beitragsordnung

I. Mitgliedsbeiträge

1. Mitglieder der aej nach § 4 und § 5 der Satzung zahlen einen jährlichen Mitgliedsbeitrag. Die Höhe des Beitrags wird für die Dauer von drei Jahren von der Mitgliederversammlung festgesetzt.
2. Delegierte gem. § 7 Abs. 5 der Satzung sind von einer Beitragszahlung befreit.
3. Die bundeszentralen Jugendverbände und Jugendwerke nach § 4 Abs. 1 Buchst. a) der Satzung und die bundeszentralen Jugendwerke in der Vereinigung der Evangelischen Freikirchen nach § 4 Abs. 1 Buchst. b) der Satzung zahlen zusätzlich zum Mitgliedsbeitrag nach Ziff. 1 dieser Beitragsordnung einen besonderen Beitrag.
Die Aufteilung erfolgt nach dem Verhältnis der von der aej den betreffenden Mitgliedern bewilligten öffentlichen und kirchlichen Zuschüssen, die zur Finanzierung des Haushaltes und der Aktivitäten der bundeszentralen Jugendwerke beitragen.
Die Höhe des besonderen Beitrags wird für drei Jahre festgesetzt.
Über die Aufteilung dieses besonderen Mitgliedsbeitrags verständigen sich die betreffenden Mitglieder einvernehmlich. Auf Vorschlag des Finanz- und Förderpolitischen Beirats stellt der Vorstand die Höhe dieses besonderen Beitrags für das betreffende Mitglied fest.
Sofern eine Einigung nicht erzielt werden kann, entscheidet der Vorstand auf Vorschlag des Finanz- und Förderpolitischen Beirates.

II. Dienstleistungsentgelt

1. Die sonstigen Zuwendungsempfänger öffentlicher Mittel zahlen jährlich ein besonderes Dienstleistungsentgelt. Als sonstige Zuwendungsempfänger gelten die Empfänger des jeweiligen Zuschusses (in der Regel Letztempfänger).
2. Das Dienstleistungsentgelt der Zuwendungsempfänger wird abhängig vom Fördervolumen erhoben. Der Hebesatz zur Ermittlung des Dienstleistungsentgelts wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von drei Jahren festgesetzt.

III. Sonstige Regelungen

1. Die Umsetzung dieser Beitragsordnung ist eine Angelegenheit des laufenden Haushaltsvollzugs in der Verantwortung des Vorstands und der Geschäftsstelle.
2. Die jährlichen Beiträge der Mitglieder und die Entgelte der sonstigen Zuwendungsempfänger sind in einer Tabelle dargestellt, die dieser Ordnung anliegt.
3. Änderungen dieser Beitragsordnung beschließt die Mitgliederversammlung.
4. Diese Beitragsordnung tritt am 01.01.2010 in Kraft. Sie ersetzt die Beitragsordnung aus dem Jahr 2007, beschlossen auf der 117. Mitgliederversammlung.

Übergangsregelungen:

Übergangsregelung Nr. 1:

Außerordentliche Mitglieder nach § 5 der Satzung zahlen einen jährlichen Grundbetrag in Höhe von € 140,00 für das Jahr 2009.

Übergangsregelung Nr. 2:

Sonstige Zuwendungsempfänger zahlen im Jahr 2009 ein Dienstleistungsentgelt in Höhe von 1,07 % der im Jahr 2007 über die aej-Zentralstelle erhaltenen öffentlichen Förderung.

Mitgliedsbeiträge der aej Mitglieder und außerordentlichen Mitglieder

Evangelische Jugend in den Gliedkirchen der EKD (Basis EKD Umlageschlüssel aus 2012, ggf. Mindestbeitrag 280 €)	12.300,00 €
Werke und Verbände, Sockelbeitrag (140,00 € je Delegiertenplatz)	6.160,00 €
Werke und Verbände, besonderer Beitrag (Einzelbeitrag wird jährlich neu berechnet gemäß den Zuwendungen aus dem KJP)	17.000,00 €
Fort- und Weiterbildungsstätten (Einzelbeiträge werden jährlich neu berechnet gemäß der Zuwendungen aus dem KJP)	2.280,62 €
außerordentliche Mitglieder (140,00 € Grundbeitrag)	1.120,00 €
	38.860,62 €

Empfänger von FSJ-Förderung: Umlage wird gesondert berechnet (ab 2011)

TOP 9 Anträge

**an die 124. Mitgliederversammlung der aej
vom 21. bis 24. November 2013 in Berlin**

Antrag 7

Aufnahme von Flüchtenden solidarisch gestalten

Unsere Verantwortung für würdevolles menschliches Leben von Flüchtenden endet nicht an der deutschen Staatsgrenze

Der Umgang mit den Flüchtenden von Lampedusa zeigt erneut: Die deutsche Bundesregierung übernimmt zu wenig Verantwortung für Flüchtende, die in Europa Schutz suchen. Oft haben sie in lebensbedrohlicher Lage und größter Not ihre Heimat verlassen und sind auf die Hilfe der Europäischen Gemeinschaft angewiesen. Als wohlhabender und wirtschaftlich starker Mitgeleidsstaat kann und muss Deutschland mehr Flüchtende aufnehmen. Die aktuelle Praxis der Bundesregierung entspricht nicht unseren christlichen und menschlichen Werten. Als Christinnen und Christen orientieren wir uns an den Taten und Worten Jesu, der solidarisch mit den Armen und Schwachen gelebt und dies uns als Aufgabe hinterlassen hat. Wir setzen uns für einen nach den Menschenrechten definierten, menschenwürdigen Umgang mit von Flucht betroffenen Menschen ein.

Unsere Forderungen:

- Die südlichen Länder sind mit den durch regionale Krisen entstehende Fluchtbewegungen alleine gelassen. Zu deren Entlastung fordern wir die deutsche Bundesregierung dazu auf, sich für die Reform des Dublin II Abkommens einzusetzen.
- Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, deutlich mehr Flüchtende unabhängig vom Einreiseland aufzunehmen. Es soll darauf hingewirkt werden, dass Flüchtende in allen europäischen Ländern gerecht unter Einbezug ihrer Wünsche willkommen geheißen werden.
- Wir fordern, dass insbesondere minderjährige Flüchtende dem Kindeswohl angemessen betreut und bestmöglich unterstützt werden.

Antragsbegründung

Erfolgt mündlich.

Antragsteller(innen):
Bewahrung der Schöpfung

Tagungsausschuss Gerechtigkeit, Frieden und

Adressat(inn)en:

Absimmungsergebnis:

aej-Mitgliederversammlung 2013

Beschlussübersicht

- B1 Beteiligung der Evangelischen Jugend am Reformationsjubiläum 2017
- B2 Selbstbestimmung und Akzeptanz von sexueller Vielfalt
- B3 Vernetzung der Jugendvertreter(innen) der Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland stärken und Jugendvertreter(innen) in den Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland
- B4 Vielfalt neu denken und stärken – Grundlagen eines demokratischen Zusammenlebens in einer gerechten Gesellschaft
- B5 Forderungen für eine jugendgerechte Netzpolitik
- B6 aej-Beitragsordnung
- B7 Aufnahme von Geflüchteten solidarisch gestalten

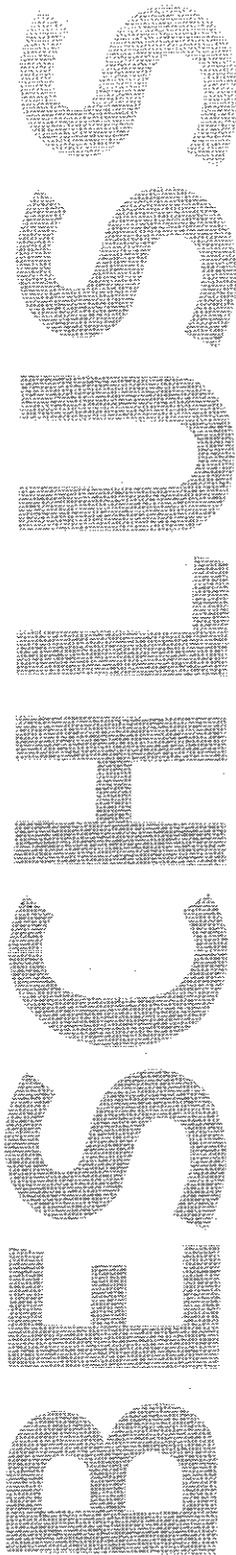
Der Haushalt 2014 wurde einstimmig beschlossen.

Die Entlastung des Vorstandes und die Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2012 wurden auf Antrag der Rechnungsprüfer einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen.

Arbeitsgemeinschaft
der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0
Fax: 0511 1215-299
E-Mail: info@aej-online.de



aej-Mitgliederversammlung 2013

Beschluss Nr.01/2013

Beteiligung der Evangelischen Jugend am Reformationsjubiläum 2017

Mit ihrem Beschluss hat die 123. aej-Mitgliederversammlung 2012 festgelegt, die Perspektive junger Menschen in Kirche und Gesellschaft in die Planungen für das Reformationsjubiläum einzubringen. Die Beteiligung der aej am Reformationsjubiläum 2017 soll die Bedeutung der Reformation für junge Menschen, die Impulse für die Gestaltung des kirchlichen Lebens in den unterschiedlichen evangelischen Kirchen und Gemeinschaften und die Herausforderungen reformatorischen Denkens für die Verantwortung junger Menschen in Kirche und Gesellschaft in den Mittelpunkt stellen (vgl.: 123. aej-Mitgliederversammlung 2012, Beschluss 3).

Voraussetzung einer Beteiligung ist, dass die aej-Mitglieder und ihre Untergliederungen sich aktiv im Rahmen der gemeinsamen Konzeption eigenständig einbringen.

Die entscheidenden Beiträge der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit zum Reformationsjubiläum sind die dezentralen Veranstaltungen der Mitglieder der aej in den Lebensräumen junger Menschen. Dies entspricht auch den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung im Sinne sozialer, ökologischer und ökonomischer Gerechtigkeit. Diese Prinzipien gehören darüber hinaus zum Grundsatz der inhaltlichen und strukturellen Planungen.

Arbeitsgemeinschaft
der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0
Fax: 0511 1215-299
E-Mail: info@aej-online.de

www.evangelisches-infoportal.de

Für die Präsenz der Evangelischen Jugend im Reformationsjubiläumsjahr plant die aej folgende beteiligungsorientierte Formate:

1. Internationales Jugendcamp

Die aej führt in Kooperation mit ihren Mitgliedern und deren internationalen und ökumenischen Partnern ein Jugendcamp in Wittenberg durch. Dazu wird sie während der freien Zeiträume die Infrastruktur des geplanten Konfi-/Jugendcamps nutzen. Angestrebt wird ein Camp für ca. 6 Tage und 300 Teilnehmer(inne)n. Das Camp wird jugendgemäße Formen der Begegnung mit Wittenberg, reformatorischen Inhalten und der Evangelischen Jugend ermöglichen.

2. Evangelische Jugend auf der Weltausstellung

Im Rahmen der Weltausstellung zur Reformation wird die Evangelische Jugend über die Laufzeit (95 Tage) mit zwei Standbeinen präsent sein:

- Der „Pavillon der Jugend“ zeigt die Perspektiven junger Menschen auf Reformation, Kirche und Gesellschaft. Er macht deutlich, dass Evangelische Jugend zentraler Bestandteil der Kirche ist und die Zukunft der Kirche aktiv mitgestaltet.
- Damit verbunden führt die aej ein jugendgemäßes und beteiligungsorientiertes Bauprojekt durch. Sie macht damit deutlich, dass junge Menschen öffentlich sichtbar am Reich Gottes bauen und ihre Themen und ihre Lebenswelt darin Platz haben.

3. Vorbereitende inhaltliche Auseinandersetzung

Die aej veranstaltet 2015 eine Fachtagung zum Thema Reformation und Lebenswelt junger Menschen, zur Vorbereitung und Vertiefung inhaltlicher Schwerpunkte.

Parallel dazu schlägt sie ihren Mitgliedern vor, dezentrale Veranstaltungen mit Jugendlichen durchzuführen, um die heutigen jugendrelevanten Fragestellungen der Reformation zu identifizieren und sich damit auseinanderzusetzen. Eine Gelegenheit dazu bietet beispielsweise der Deutsche Evangelische Kirchentag 2015 in Stuttgart.

4. Kommunikationsstrategie, Plattform und Dachmarke

Die aej lädt ihre Mitglieder ein, das Reformationsjubiläum aktiv zu gestalten. Dafür stellt sie eine Kommunikationsplattform zur Verfügung (z. B. das Infoportal) und entwickelt eine Dachmarke, die für alle zentralen und dezentralen Veranstaltungen genutzt werden soll.

5. Ressourcen

Die aej entwickelt Rahmendaten für das Konzept und führt daraufhin Verhandlungen mit möglichen Geldgebern (insbesondere EKD und Bund) über die strukturellen und finanziellen Voraussetzungen. Die Klärung der Finanzierung ist Bedingung für die Durchführung der einzelnen Bausteine. Dabei ist sicherzustellen, dass die aej/ESG-Geschäftsstelle ihren regulären Aufgaben ohne größere Einschränkungen weiter nachkommen kann und Risiken für den Haushalt vermieden werden. Die aej Geschäftsstelle richtet dafür einen Sonderhaushalt ein und legt diesen der aej-Mitgliederversammlung im Herbst 2014 zum Beschluss vor.

6. Verantwortung der aej-Mitglieder

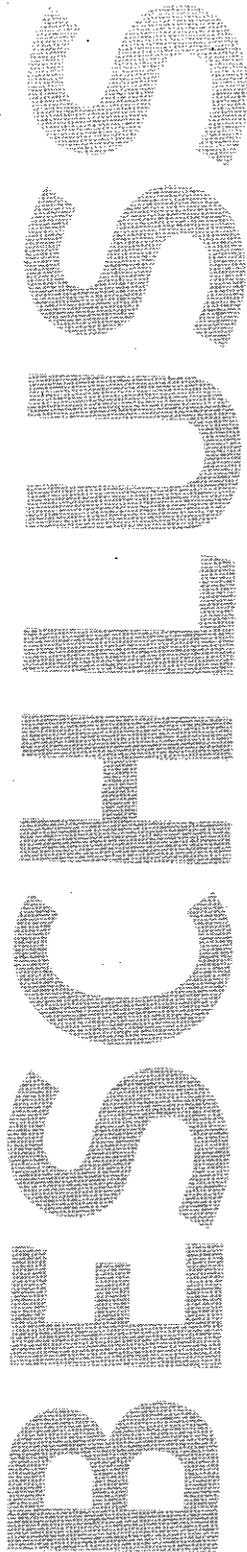
Die Mitglieder der aej verpflichten sich, die Bedingungen für Ihre Beteiligung am Reformationsjubiläum bis Mitte 2014 zu klären und darüber die Projektgruppe zu informieren. Für eine Beschlussfassung bei der 125. Mitgliederversammlung ist es außerdem notwendig, dass die Mitglieder in ihren Gremien zu den dann erarbeiteten Vorlagen hinsichtlich ihrer Beteiligung an den Planungen zu verbindlichen Aussagen kommen.

7. Nächste Schritte bis zur 125. Mitgliederversammlung

- Die Mitgliederversammlung beauftragt die Projektgruppe mit der Koordination des Prozesses und der beteiligungsorientierten Qualifizierung.

- Die Projektgruppe detailliert das Konzept bis zur Sommerpause. Dabei berücksichtigt sie die besondere Situation der evangelischen Jugend in Mitteldeutschland.
- Aufbauend auf diesem Konzept wird die aej die Finanzierungsmöglichkeiten klären und die Mitglieder informieren.
- Die aej setzt sich dafür ein, dass die Sichtweisen und Interessen junger Menschen und die Konzepte der aej in die Gesamtplanungen für das Reformationsjubiläum inhaltlich und strukturell eingebracht werden.
- In Absprache mit der Projektgruppe legt der Vorstand der Mitgliederversammlung 2014 einen abgestimmten Projektplan zur Beschlussfassung vor.
- Die Projektgruppe überlegt, wie die zahlreichen und vielfältigen Veranstaltungen der aej-Mitglieder zum Reformationsjubiläum sichtbar gemacht und kommuniziert werden können.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Enthaltungen



aej-Mitgliederversammlung 2013

Beschluss Nr.02/2013

Selbstbestimmung und Akzeptanz von sexueller Vielfalt

Noch immer werden Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle (im Folgenden LSBTTI* genannt), diskriminiert. Sie treffen in ihren Lebenskontexten auch in Kirchen auf Aversionen und Feindseligkeiten. Diese haben viele Facetten und Ausdrucksformen: Diskriminierung, Ausgrenzung und Benachteiligung, Beleidigung, Mobbing, Körperverletzung, Sachbeschädigung, Hass und Hetze.

Vielfach werden LSBTTI* gerade in kirchlichen Kontexten der Zugang zu bestimmten Berufsfeldern erschwert oder verweigert und ihre Lebenspraxis eingeschränkt. Kinder und Jugendliche können dadurch ein negatives und der guten Botschaft des Evangeliums von Jesus Christus widersprechendes Vorbild erleben, welches sie in Distanz zu Kirche und ihrer Botschaft bringt.

Wir wollen, dass die Evangelische Jugend ein Ort ist, an dem alle Jugendlichen ihre persönliche Identität in Liebe, Begegnung und Partnerschaft erfahren, erproben und festigen können. Unsere Kirchen sollen ein Raum sein, in dem alle Menschen mit ihrer jeweiligen sexuellen Identität und Orientierung Achtung, Wertschätzung und

Arbeitsgemeinschaft
der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0

Fax: 0511 1215-299

E-Mail: info@aej-online.de

www.evangelisches-infoportal.de

Gleichbehandlung erfahren. Die Evangelische Jugend sieht Vielfalt als eine Bereicherung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Identität und Orientierung zu akzeptieren, ist ein Gewinn für unsere Gesellschaft und Grundlage für ein dauerhaft gutes Miteinander. Nur wenn sich jeder einzelne Mensch angenommen und akzeptiert fühlt, kann er seine Potenziale in allen Lebensbereichen entfalten.

Wir sind uns dessen bewusst, dass sich aus verschiedenen Verständnissen und Zugängen zur Heiligen Schrift unterschiedliche Bewertungen von Sexualität ergeben. Wir glauben jedoch, dass sich aufgrund der Botschaft des Evangeliums von Jesus Christus, der uns Liebe und Annahme aller Menschen vorgelebt hat, Wege für eine Gleichbehandlung finden lassen.

Wir sind überzeugt, dass der christliche Glaube nicht dazu missbraucht werden darf, andere Menschen auf Grund ihrer sexuellen Identität und Orientierung zu diskriminieren.

Wo sich theologische Positionen verhärten, ergeben sich Ungleichbehandlung und damit Diskriminierung von LSBTTI*.

Dies ist ein unerträglicher Zustand und wird unserem Verständnis einer im Auftrag Jesu Christi handelnden Kirche nicht gerecht.

Gottes Segen gilt allen Menschen und ihren auf Verbindlichkeit und Liebe fußenden Beziehungen.

Daraus folgt:

Die Evangelische Jugend und die evangelischen Kirchen, Werke, Verbände und Freikirchen setzen sich aktiv gegen Ungleichbehandlung und Diskriminierung von Menschen, die unterschiedliche sexuelle Identitäten und Orientierungen leben, ein.

Sie setzen sich mit gelungenen Modellen der Gleichbehandlung in ihren Zusammenhängen auseinander und orientieren sich daran.

Eingetragene Lebenspartnerschaften werden gesegnet, wenn das Paar dies wünscht.

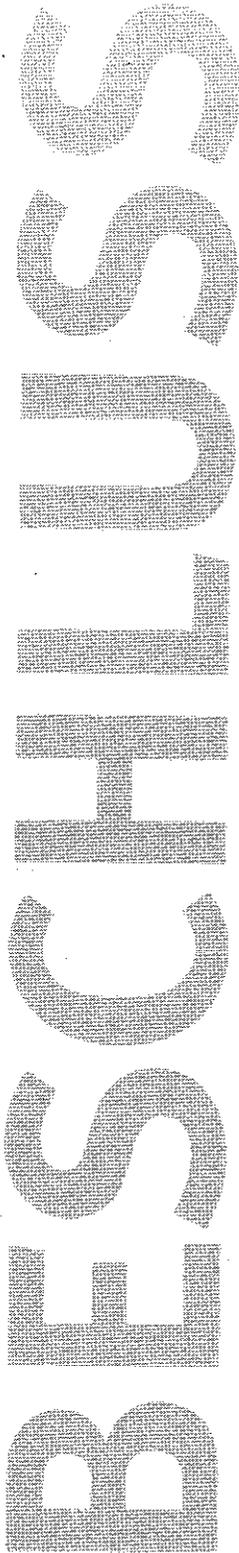
Diskriminierung ist abzubauen, die gerade in kirchlichen Kontexten LSBTTI* den Zugang zu bestimmten Berufsfeldern erschwert oder verweigert und ihre Lebenspraxis einschränkt.

Auch das geistliche Amt mit seinen daraus resultierenden Anforderungen an die persönliche Lebensführung und die Lebenspraxis von LSBTTI* schließen einander nicht aus.

Die Geschäftsstelle der aej wird gebeten, neuere Veröffentlichungen und Materialien zum Thema der Mitglieder der aej bzw. aus kirchlichen Bezügen zu sichten und gegebenenfalls auf dem Infoportal der Evangelischen Jugend in kommentierter Form zur Verfügung zu stellen.

*LSBTTI ist eine Abkürzung für verschiedene sexuelle Identitäten: Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle. Der * bedeutet hier, dass auch jene mit eingeschlossen sind, die sich in den hier gewählten Formulierungen nicht wiederfinden.*

Abstimmungsergebnis: 42 Ja-Stimmen, 14 Gegenstimmen 2 Enthaltungen



aej-Mitgliederversammlung 2013

Beschluss Nr.03/2013

Vernetzung der Jugendvertreter(innen)
der Synoden der evangelischen Kirchen
in Deutschland stärken
und
Jugendvertreter(innen) in den Synoden
der evangelischen Kirchen
in Deutschland

Die Jugendvertreter(innen) in den Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland nehmen häufig Schlüsselpositionen ein: Sie geben der Evangelischen Jugend als Gegenwart und Zukunft von Kirche ein Gesicht und setzen sich bei den Synodalen unmittelbar für die Belange der Evangelischen Jugend ein. Engagiert und professionell beteiligen sie sich an der Arbeit der Synode, weisen in Entscheidungsprozessen oftmals, aus Sicht der Jugend, auf das aktuelle Zeitgeschehen hin und werden durchweg als eine positive Bereicherung wahrgenommen.

In den Synoden stellen junge Menschen allerdings häufig nur eine Randgruppe dar. Aufgrund der langen Amtszeiten und Delegationswege ist es für junge Menschen oftmals unmöglich, ordentlich gewählte(r) Synodale(r) einer Synode zu werden. Zwar werden in eini-

www.evangelisches-infoportal.de

Arbeitsgemeinschaft
der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0
Fax: 0511 1215-299
E-Mail: info@aej-online.de

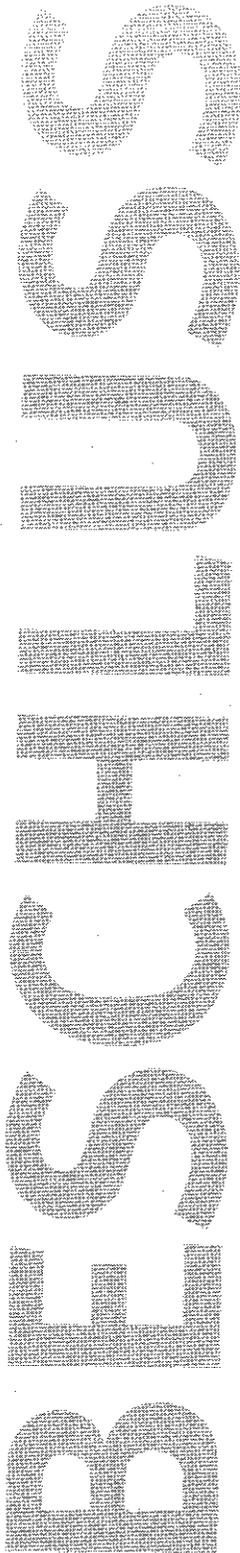
gen Synoden Vertreter(innen) der Evangelischen Jugend als Jugenddelegierte berufen, die allerdings im Vergleich zu den ordentlichen Synodalen häufig nur beschränkte Rechte wahrnehmen können. Aus Sicht der Evangelischen Jugend gilt es daher, der Marginalisierung der jungen Generation in den Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland entgegenzutreten.

Vor diesem Hintergrund strebt die Evangelische Jugend eine stärkere Vernetzung und einen intensiveren Austausch der Jugendvertreter in den Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland an. Dabei sind die Vertreterinnen und Vertreter von Kirchen, die noch keine Jugenddelegierten/-synodalen haben, mit zu berücksichtigen. Hierzu beauftragt die aej-Mitgliederversammlung die aej-Geschäftsstelle in Absprache mit dem Vorstand ein Konzept für ein Forum zu entwickeln um Potenziale, Grenzen und mögliche Formen der Vernetzung sowie die Möglichkeiten und Notwendigkeit einer intensiven An- und Einbindung in die Strukturen des jeweils Delegierenden (Landeskirchen/Verband) zu erarbeiten und dieses Konzept umzusetzen. Sofern sich dieses als geeignet erweist, soll diese Zusammenarbeit fortgesetzt und in der 126. Mitgliederversammlung der aej diskutiert werden. Darüber hinaus sollen dazu, wo möglich, bestehende Strukturen genutzt werden. Unabhängig davon betonen wir die elementare Bedeutung der Unterstützung durch sowie Einbindung in die jeweiligen Geschäftsstellen und Versammlungen der Jugendvertretungen.

Wie im oben ausgeführten Beschluss ausgeführt, sind Jugendvertreter in den Synoden der evangelischen Kirchen in Deutschland aus Sicht der 124. aej-Mitgliederversammlung wichtig, weil sie der Evangelischen Jugend als Gegenwart und Zukunft von Kirche ein Gesicht geben. Die Jugendvertreter(innen) setzen sich in den Synoden und den entsprechenden Gremien der Freikirchen unmittelbar für die Belange der Jugend an sich und der Evangelischen Jugend im Besonderen ein und leisten somit einen wichtigen Transfer für die gemeinsame, Generationen umfassende Kirche.

Die 124. aej-Mitgliederversammlung fordert deshalb die evangelischen Kirchen in Deutschland dazu auf, Jugendvertreter(innen) in all ihren Synoden und den entsprechenden Gremien der Freikirchen in angemessenem Verhältnis zuzulassen und diese mit Stimmrecht auszustatten.

Abstimmungsergebnis beider Beschlüsse: mehrheitlich bei einigen Enthaltungen



aej-Mitgliederversammlung 2013

Beschluss Nr.04/2013

Vielfalt neu denken und stärken - Grundlagen eines demokratischen Zusammenlebens in einer gerechten Gesellschaft

In den vergangenen Jahren haben vielfältige ökonomische, kulturelle und politische Entwicklungen dazu geführt, dass unsere Gesellschaft pluraler und vielfältiger geworden ist und seit langem bestehende Benachteiligungen ins Bewusstsein getreten sind. Weltweite und regionale Migrationsbewegungen, Pluralisierung der Lebensformen, kulturelle Globalisierung prägen das gesellschaftliche Zusammenleben. Die Entfaltung der Person und die Anerkennung unterschiedlicher Lebensformen sind als soziale und politische Fragen auf die Tagesordnung gelangt. Im Kontext dieses Prozesses sind jene Faktoren benannt worden, die individuelle Lebensführung ermöglichen oder einschränken. Vielfalt zu leben ist nach Überzeugung der aej nur in einer gerechten, demokratischen und von Teilhabe geprägten Gesellschaft möglich.

Verschiedenste Lebenschancen einschränkende Strukturen und Mechanismen, Stereotypen gegenüber dem vermeintlich Fremden und diskriminierende und ausgrenzende Faktoren unter denen Menschen leiden, stellen die Evangelische Jugend vor die Heraus-

Arbeitsgemeinschaft
der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0
Fax: 0511 1215-299
E-Mail: info@aej-online.de

www.evangelisches-infoportal.de

forderung, einerseits Vielfalt neu zu denken und andererseits die Voraussetzungen für ihre Realisierung zu schaffen.

Wir sind uns bewusst, dass dies ein längerfristiger Prozess ist, auf den sich die aej gemeinsam mit ihren Mitgliedern einlässt.

Das Thema soll nach Maßgabe der folgenden Ziele bearbeitet werden:

- Die Evangelische Jugend macht sich für ein Zusammenleben in Vielfalt stark, sucht nach konkreten Möglichkeiten dafür in ihren Reihen und macht in ihrer praktischen Arbeit deutlich: Hier ist ein Ort für das Zusammenleben von Menschen in all ihrer Unterschiedlichkeit.
- Orientiert an der biblischen Vision vom Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit identifiziert und benennt die Evangelische Jugend Formen von Diskriminierung, Ausgrenzung und Ungerechtigkeit und sucht nach Möglichkeiten, sie zu überwinden.

Vielfalt neu zu denken bringt für die Ev. Jugend eine Vielzahl von Fragen und Aufgaben mit sich, insbesondere in Bezug auf die eigene Identitätsentwicklung und in der Begleitung von Kindern und Jugendlichen.

Der Anspruch, Menschen unvoreingenommen und als Individuen wahrzunehmen führt zwingend dazu, eine vermeintliche Normalität bei sich selber und anderen infrage zu stellen. Dabei können feste Konzepte und Werte ins Wanken geraten. Zentral stellt sich die Frage nach einem eigenen persönlichen Profil, das Selbstsicherheit ausbildet und Wertvorstellungen beinhaltet, durch die angstfrei und mit Respekt auf andere zugegangen werden kann. Vielfalt braucht das Gespräch, die Auseinandersetzung, den Streit und die Bereitschaft, sich Anderen zuzuwenden.

Schwerpunkte

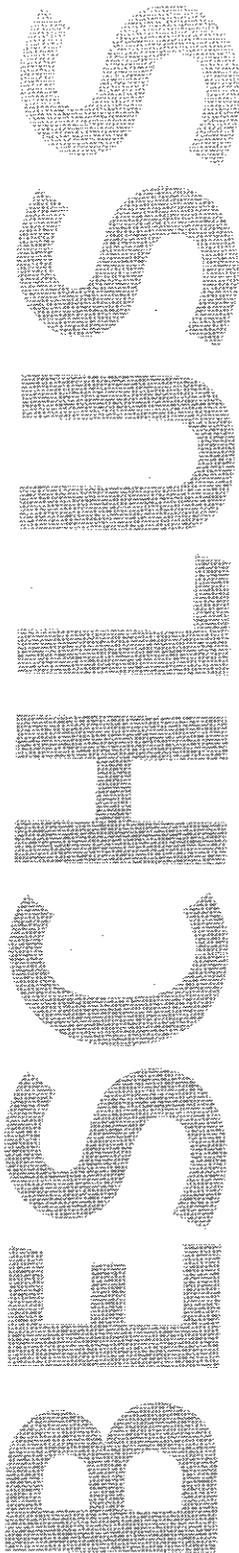
In der Arbeit der Evangelischen Jugend im Kontext „Vielfalt neu Denken“ sollten insbesondere folgende Themen aufgegriffen werden:

- Herstellung von sozialer und Teilhabegerechtigkeit
- Enthinderung der Gesellschaft
- Kulturelle Vielfalt und interkultureller sowie interreligiöser Dialog in einer Migrationsgesellschaft
- Geschlechtergerechtigkeit und Vielfalt der Lebensformen und sexuellen Orientierungen (Geschlechtersensibilität).

Schritte für die Umsetzung

- Ein Fachtag/eine Konsultation im Vorfeld der aej-Mitgliederversammlung 2014 benennt Herausforderungen, Aufgaben für die Evangelische Jugend und Ideen für die Bearbeitung des Themas.
- Eine Expert(inn)engruppe greift die Ergebnisse des Fachtages auf und erarbeitet eine Vorlage für die aej-Mitgliederversammlung 2014, auf der diese Thematik als Schwerpunktthema aufgegriffen wird.
- „Vielfalt neu Denken“ ist Schwerpunktthema der 125. aej-Mitgliederversammlung 2014.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einigen Enthaltungen angenommen



aej-Mitgliederversammlung 2013

Beschluss Nr. 05/2013

Forderungen für eine jugendgerechte Netzpolitik

Unsere Gesellschaft wird derzeit durch die Möglichkeiten vernetzter Datenverarbeitung vielfältig und tiefgreifend beeinflusst. Evangelische Kinder und Jugendliche nehmen dies in ihrer Lebenswelt wahr. Aber auch das globale Wirtschafts- und Finanzsystem, die Medienwelt und politische Entscheidungsprozesse werden vom Internet verändert. Dem gegenüber steht derzeit eine Netzpolitik, die sich in insolierten Betrachtungen verliert und nicht in der Lage scheint, die Herausforderungen des Internets für die globale Gesellschaft und ihre Zukunft umfassend im Sinne eines kohärenten Politikfeldes anzugehen. Gerade Kinder und Jugendliche haben ein besonderes Interesse an einer guten Netzpolitik – die deshalb auch klar aus ihrer Perspektive und ausgehend von ihren Interessen gedacht werden muss. Aus einer solchen jugendpolitischen Perspektive auf das Internet ergeben sich für die Evangelische Jugend als erster Schritt in dieser wichtigen Debatte folgende Kernforderungen und Grundlinien für eine zukünftige, jugendgerechte Netzpolitik:

- Die Neutralität der informationstechnologischen Infrastruktur gegenüber Datenpaketen (Netzneutralität) ist eine Grundvoraussetzung für die demokratische Weiterentwicklung des Internets und muss uneingeschränkt gelten. Sie aufzuweichen

Arbeitsgemeinschaft
der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0
Fax: 0511 1215-299
E-Mail: info@aej-online.de

www.evangelisches-infoportal.de

bedeutet die Eigenlogik und das Potenzial des Internet auszuhebeln.

Wir fordern deshalb politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger(innen) auf, Netzneutralität zu garantieren und umzusetzen.

- Allen Menschen – und insbesondere Jugendlichen – muss der Zugang zum Internet und seinen Anwendungen möglich sein. Das bedeutet Zugang zur notwendigen Hardware einerseits und zur Netzinfrastruktur andererseits.

Wir fordern deshalb den flächendeckenden Ausbau von erschwinglichen Breitbandinternetzugängen – insbesondere im ländlichen Raum und in Stadtrandgebieten – und den Zugang aller Jugendlichen zu angemessener Hardware, Software und Know-How.

- Jugendliche brauchen Sicherheit im Internet - insbesondere vor sie gefährdender und entmündigender Verwendung ihrer Informationen. Datenschutz und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darf nicht den Verzicht auf die Nutzung des Internet bedeuten müssen.

Stattdessen muss die Rechtslage den Bedürfnissen der Nutzer(innen) und Bürger(innen) angepasst werden.

Wir fordern deshalb den Schutz vor Überwachung (durch staatliche, private oder kommerzielle Akteure) und den Schutz der Privatsphäre sowie der informationellen Selbstbestimmung rechtlich neu zu gestalten. Die Verabschiedung einer starken europäischen Datenschutzverordnung, die das Recht auf Vergessen beinhaltet, ist dazu ein wichtiger Schritt. Keinesfalls darf im Zuge einer europäischen Regelung das hohe Datenschutzniveau Deutschlands unterschritten werden. Dies ist auch bei der Aushandlung transnationaler Verträge wie etwa europäisch-amerikanischen Handelsabkommen zu beachten.

- Jugendschutz im Zeitalter digitaler Medien ist eine besondere Herausforderung. Die klassischen Instrumente des Jugendschutzes stoßen angesichts der weltweiten Infrastruktur des Netzes an ihre Grenzen. Inhalte, die für junge Menschen nicht geeignet sind, können kaum reguliert werden, insbesondere nicht, wenn deren Anbieter und diejenigen, die Zugänge zu ihnen bereitstellen, Verantwortung aufeinander abschieben und sich nicht an nationalstaatliche Regelungen halten müssen. Erfolgversprechende Ansätze in Deutschland werden zudem von unklaren föderalen Zuständigkeiten behindert.

Noch mehr als je zuvor ist es deshalb notwendig, die Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen im selbstbestimmten und reflektierten Umgang mit Medien und ihren Inhalten zu stärken. Im Kontext des Generationen-Gaps im Umgang mit neuen Medien fällt deshalb Kindern und Jugendlichen selbst in der Unterstützung ihrer Peers eine Schlüsselrolle zu.

Wir fordern deshalb die Entwicklung von Instrumenten, die Anbieter von Zugängen und Inhalten zu einem verantwortungsvollen Jugendschutz verpflichten – auch über Staatsgrenzen hinaus. Die Zuständigkeit für Jugendschutz und Online-Medien muss Bundesangelegenheit sein. Durch die Unterstützung von emanzipatorischer Medienkompetenzbildung – insbesondere durch Peers – müssen junge Menschen sich gegenseitig für den Umgang mit den Chancen und Risiken des Internet stark machen können. Dazu gehört auch Unterstützung im Umgang mit bestehenden rechtlichen Rahmenbedingungen, zum Beispiel in Bezug auf das Urheberrecht. Dies sollte auch im Rahmen schulischer und außerschulischer Bildung Berücksichtigung finden und muss angemessen staatlich gefördert werden.

- Das Internet hat die bisherigen Strukturen wirtschaftlicher Verwertung geistigen Eigentums ebenso infrage gestellt, wie es die Bedingungen seiner Produktion verändert und in vie-

lerlei Hinsicht verbessert hat.

Urheber(innen) geistigen Eigentums müssen dies auch wirtschaftlich verwerten können, aber dazu sind nun neue Formen notwendig. Diese zu entwickeln ist eine Herausforderung, die kreativ angegangen werden muss und die Chance birgt, gerechtere Strukturen und Mechanismen zu schaffen. Wir fordern deshalb ein Urheber(innen)recht, das gerecht ist für alle: die Nutzer(innen) und Produzent(inn)en geistigen Eigentums, nicht nur die Verwerter(innen) von bestehenden Interessen. Das Urheber(innen)recht und seine Durchsetzung darf in keinem Fall dazu dienen, die freie Meinungsäußerung einzuschränken und muss für Beschuldigte praktikabel überprüfbar sein. An der Weiterentwicklung des Urheber(innen)rechts aus jugendpolitischer Praxis werden wir uns konstruktiv beteiligen.

- Das Internet hat den Zugang zu Informationen von vielen Hindernissen befreit. Darin liegt eine der vielversprechendsten Chancen des Internet. Die Schaffung kultureller Güter, wissenschaftliche Erkenntnis, neue demokratische Prozesse – all dies kann durch den freien Zugang zu Information befördert werden. Wiewohl freier Zugang zu Information auch eine Herausforderung für die Wahrung der Rechte von Urheber(innen) ist, überwiegt doch das Potenzial für die Gesellschaft insgesamt. Der freie Zugang zu Information ist die Grundlage für die Schaffung geistigen Eigentums im Zeitalter des Internet.

Wir fordern deshalb den freien Zugang zu Informationen als zu schützenden Grundsatz des Internet anzuerkennen und zu fördern. In der Abwägung mit legitimen Verwertungs- oder Geheimhaltungsinteressen ist der Freiheit der Informationen gleiches Gewicht einzuräumen.

- Das Internet hat neue Formen sozialer Netzwerke ermöglicht. Ihre Entwicklung steht heute erst am Anfang. Ihr Wert liegt

nicht in ihrer Struktur, sondern in den Verbindungen und Kommunikationen, die durch ihre Teilnehmer(innen) ständig kreiert werden.

Der Wert dieser kollektiven und interaktiven Schöpfung muss denen gehören, die ihre Urheber(innen) sind: nicht den Firmen, die Infrastruktur bereitstellen und von ihr profitieren, sondern den Usern als eigentlichen 'Autor(inn)en'. Die (privatwirtschaftliche) Struktur sozialer Netzwerke im Internet muss deshalb neu gedacht werden – die bisherige Praxis, wirtschaftliche Interessen über Nutzerinteressen zu stellen, muss enden.

Wir fordern deshalb die Kontrolle über die Verwertung von Information den User(inne)n als Urheber(innen) zu überlassen. Die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden.

- Das Internet beruht auf materiellen und immateriellen Infrastrukturen.

Beide werden durch politisches Handeln, durch Finanzierung und Regulierung und durch rechtliche Rahmenbedingungen gestaltet. Diese Prozesse sind heute noch kompliziert, intransparent und ungenügend in der politischen Diskussion zusammengeführt.

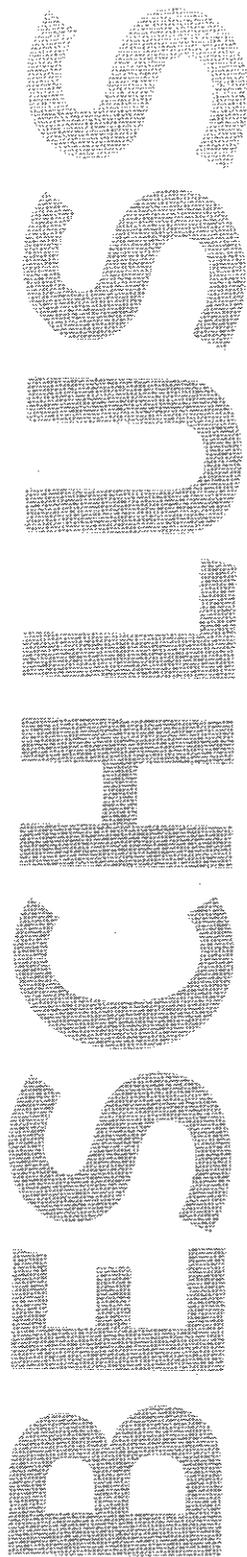
Wir fordern deshalb, dass Entscheidungen, die die Infrastrukturen des Internet betreffen, transparent getroffen und diskutiert werden. Die Rahmenbedingungen des Internet müssen demokratisch kontrolliert werden und dürfen weder den Entscheidungen großer Konzerne noch intransparenten Regierungsbehörden überlassen werden.

- Das Internet macht nicht an Staatsgrenzen halt. Das ist eine Stärke, aber auch eine Herausforderung für die demokratische Kontrolle und Gestaltung des Internet, insbesondere der Sicherung der von Freiheits- und Persönlichkeitsrechten. Einige Staaten und Konsortien von Unternehmen können

über die Kontrolle von für das Internet essentiellen Protokollen und Standards besondere Macht ausüben.

Wir fordern deshalb die Schaffung demokratischer und transparenter Strukturen der weltweiten Governance des Internet und seiner materiellen und immateriellen Infrastruktur.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit einigen Enthaltungen angenommen



aej-Mitgliederversammlung 2013

Beschluss Nr.06/2013

aej-Beitragsordnung

Die aej-Beitragsordnung wird in einer Paketlösung angepasst, die in der Summe eine Steigerung von mindestens 25.000 € jährlich erlaubt und damit die Kernaufgaben des Vereins aus eigenen, von den Mitgliedern aufgebrauchten Ressourcen sicherstellt. Die Paketlösung hat folgende Elemente:

- Erhöhung des Sockelbeitrags pro Delegierten-Platz von € 140,00 auf € 160,00.
- Ausweitung des Sockelbeitrags pro Delegierten-Platz auch auf die landeskirchlichen Delegierten.
- Einführung eines Beitrags für Letztempfänger von Fördermitteln aus dem KJP-Programm Internationale Jugendarbeit, die dem aej-Mitgliederspektrum zuzurechnen sind, in Höhe von 2,5 % der Zuwendungssumme.
- Belastung von Nicht-Mitgliedern (z. B. Diakonie) bei der Ausreichung von Fördermitteln aus dem KJP-Programm Internationale Jugendarbeit in Höhe von 5,0 % (= doppelter Satz gegenüber den Mitgliedern) der Fördersumme.

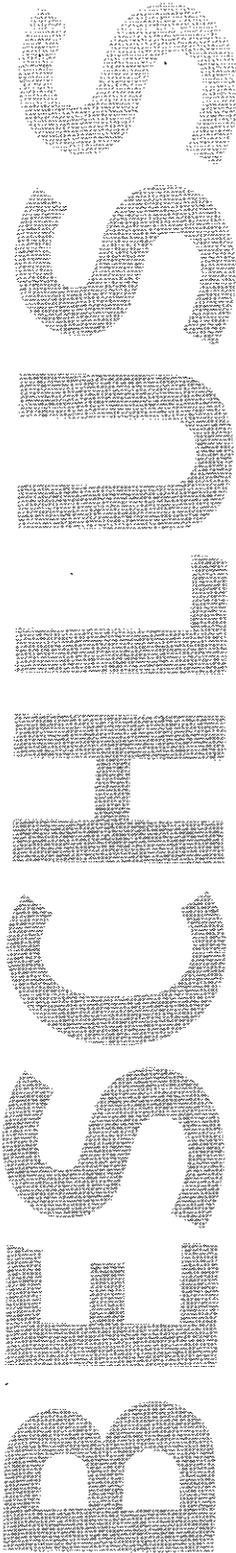
Arbeitsgemeinschaft
der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0
Fax: 0511 1215-299
E-Mail: info@aej-online.de

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei drei Enthaltungen

Die Umsetzung des Beschlusses greift ab dem Jahr 2015



aej-Mitgliederversammlung 2013

Beschluss Nr.07/2013

Aufnahme von Geflüchteten solidarisch gestalten

Unsere Verantwortung für würdevolles menschliches Leben von Geflüchteten endet nicht an der deutschen Staatsgrenze

Der Umgang mit den Geflüchteten von Lampedusa zeigt erneut: Die deutsche Bundesregierung übernimmt zu wenig Verantwortung für Geflüchtete, die in Europa Schutz suchen. Oft haben sie in lebensbedrohlicher Lage und größter Not ihre Heimat verlassen und sind auf die Hilfe der Europäischen Gemeinschaft angewiesen. Als wohlhabender und wirtschaftlich starker Mitgliedsstaat kann und muss Deutschland mehr Geflüchtete aufnehmen. Die aktuelle Praxis der Bundesregierung entspricht nicht unseren christlichen und menschlichen Werten. Als Christinnen und Christen orientieren wir uns an den Taten und Worten Jesu, der solidarisch mit den Armen und Schwachen gelebt und uns dies als Aufgabe hinterlassen hat. Wir setzen uns für einen nach den Menschenrechten definierten, menschenwürdigen Umgang mit von Flucht betroffenen Menschen ein.

Arbeitsgemeinschaft
der Evangelischen Jugend
in Deutschland e.V. (aej)

Otto-Brenner-Straße 9
30159 Hannover

Telefon: 0511 1215-0
Fax: 0511 1215-299
E-Mail: info@aej-online.de

www.evangelisches-infoportal.de

Unsere Forderungen:

- Die südlichen Länder sind mit den durch regionale Krisen entstehende Fluchtbewegungen alleine gelassen. Zu deren Entlastung fordern wir die deutsche Bundesregierung dazu auf, sich für die Reform der Dublin-Abkommen einzusetzen.
- Wir fordern die deutsche Bundesregierung auf, deutlich mehr Geflüchtete unabhängig vom Einreiseland aufzunehmen. Es soll darauf hingewirkt werden, dass Geflüchtete in allen europäischen Ländern gerecht unter Einbezug ihrer Wünsche willkommen geheißen werden.
- Wir fordern, dass insbesondere minderjährige Geflüchtete dem Kindeswohl angemessen betreut und bestmöglich unterstützt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei einer Enthaltung

Liste der Tagungsausschüsse

aej-Mitgliederversammlung 2013
20.11.2013 - 24.11.2013

(Stand: 19.11.2013)

TA für Finanzen und Rechtsfragen

<u>Vorsitzende(r)</u>	Ruf, Matthias (CVJM-Gesamtverband in Deutschland e. V.)
<u>Stellvertreter(in):</u>	Brehm, Gerrit (Evangelische Jugend in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg)
<u>Mitglieder:</u>	Althaus, Jasper (Evangelische Jugend Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz)
	Enthöfer, Simone (Evangelische Jugend im Rheinland)
	Fenko, Ruth (Evangelische Jugend Bremen)
	Gaumann, Dieter (Bund Freier Evangelischer Gemeinden in Deutschland KdöR)
	Hirsch, David (CVJM-Gesamtverband in Deutschland e. V.)
	Kirchner, Ekkehard (Evangelische Jugend Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz)
	Klöpper, Janne (ICJA Freiwilligenaustausch weltweit e. V.)
	Peters, Michael (Evangelische Jugend in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers)
	Potempa, Matthias (Evangelische Jugend in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers)
	Rumpff, Dirk (Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP))
	Sachse, Kevin (Evangelische Jugend in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens)
	Schlottau, Heike (Evangelische Jugend in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland)
	Schmidt, Silvia (Evangelische Jugend in der Evangelischen Landeskirche Anhalts)
	Schuh, Simon (Deutscher Jugendverband "Entschieden für Christus" (EC) e. V.)
	Schütze, Bernhard Daniel (Jugendwerk der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK))
	Siemen, Henning (Bund Evangelischer Jugend in Mitteldeutschland (bejm))
	Wagner, Sandra (Gemeindejugendwerk des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland KdäR (GJW))
	Westerheide, Rudolf (Deutscher Jugendverband "Entschieden für Christus" (EC) e. V.)
	Will, Jürgen (Jugendwerk der Zentralkonferenz der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK))
<u>Vorstandsmitglieder:</u>	Bußmann, Udo
	von Winning, Michael
<u>aej-Geschäftsstelle:</u>	Aumann, Jana
	Schulz, Ottokar
<u>Mitarbeitende</u>	Buck, Ann-Kristin

Gäste:

Fröhlen, Dennis
 Grein, Daniel
 Töpler, Franziska

TA für ökumenische und internationale ArbeitVorsitzende(r)

Grün, Julia (Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck, Referat Kinder- und Jugendarbeit)

Stellvertreter(in):

Lehmann, Jakob (Evangelische Jugend in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens)

Mitglieder:

Birkeneder, Martin (Evangelische Jugend in Bayern)

Dedekind, Lars (Evangelische Jugend in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig)

Eilert, Prof. Dr. Jürgen (CVJM-Kolleg)

Grimmell, Andreas (Gemeindejugendwerk des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland KdÄR (GJW))

Horrer, Sabine (Deutscher Jugendverband "Entschieden für Christus" (EC) e. V.)

Israel, Peter (Jugendarbeit der Evangelischen Brüder-Unität)

Kakuschke, Guido (Evangelische Jugend in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland)

Merfort, Maritt (ICJA Freiwilligenaustausch weltweit e. V.)

Ossig, Mathis (Evangelische Jugend in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers)

Rück, Claudius (Arbeitsgemeinschaft Evangelische Schülerinnen- und Schülerarbeit (AES))

Spengler, klaus (Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck, Referat Kinder- und Jugendarbeit)

Teixeira, Luisa (Evangelische Jugend in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg)

Ulbricht, Johannes (Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP))

Walther, Jörn (Zentrum Bildung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), Fachbereich Kinder- und Jugendarbeit)

Wilinski, Immanuel (Jugendarbeit der Evangelischen Brüder-Unität)

Wuwer, Marcel (Johanniter-Jugend in der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.)

Zywek, Constantin (CVJM-Gesamtverband in Deutschland e. V.)

Vorstandsmitglieder:

Beck, Felix

Labsch, Henriette

aej-Geschäftsstelle:

Glatz, Michael

Jahn, Gabriele

Keachie, Hilary

Thesenvitz, Dirk

Mitarbeitende

Bahne, Mirjam

Gäste:

Tyvi, Sini

TA für Jugend-und Bildungspolitik

<u>Vorsitzende(r)</u>	Schneider, Lisa (Evangelische Jugend in der Evangelischen Landeskirche in Baden)
<u>Stellvertreter(in):</u>	Hänsel, Chris Patricia (Evangelische Jugend Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz)
<u>Mitglieder:</u>	Bauer, Dr. Hans-Gerd (Evangelische Jugend in Bayern)
	Behrendt, Jan (Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP))
	Brachmann, Jascha (Zentrum Bildung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), Fachbereich Kinder- und Jugendarbeit)
	Burger, Martin (Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Württemberg)
	Bär, Sören (Jugendwerk der Zentralkonferenz der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK))
	Cerny, Björn (Gemeindejugendwerk des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland KdäR (GJW))
	Czimczik, Gunnar (Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP))
	Disse, Alexander (Evangelische Jugend Schaumburg-Lippe)
	Duckstein, Wilfried (Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP))
	Englert, Markus (CVJM-Gesamtverband in Deutschland e. V.)
	Friedewald, Anna-Lea (Evangelische Jugend der Pfalz)
	Gabler, Anna (Evangelische Jugend der Pfalz)
	Hofmann, Micha (Bund Evangelischer Jugend in Mitteldeutschland (bejm))
	Kienle, Karin (Arbeitsgemeinschaft Evangelische Schülerinnen- und Schülerarbeit (AES))
	Koch, Elisabeth (Evangelische Jugend in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig)
	Lohrengel, Miriam (Evangelische Jugend im Rheinland)
	Lux, Reiner (CVJM-Gesamtverband in Deutschland e. V.)
	Steinberg, Volker (Evangelische Jugend der Pfalz)
	Weinknecht, Lars (Jugendwerk der Zentralkonferenz der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK))
	Wolf, Patrick (Evangelische Jugend in Bayern)
	Zwick, Julia (Evangelische Jugend in Bayern)
<u>Vorstandsmitglieder:</u>	Dachwitz, Ingo
	Dassler, Cornelia
	Müller, Sigrid
<u>aej-Geschäftsstelle:</u>	Groschwitz, Stephan
	Hisleiter, Dagmar
	Klingenhagen, Doris
	Kühnle, Katharina
	Pleyer, Simone
<u>Mitarbeitende</u>	Brüne-Wonner, Stefan
<u>Gäste:</u>	
	Fähndrich, Michael
	Neuhaus, Elisabeth
	Waldmann, Klaus

TA für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

<u>Vorsitzende(r)</u>	Köhler, Björn (Bund Freier Evangelischer Gemeinden in Deutschland KdöR)
<u>Stellvertreter(in):</u>	Zettel, Viktoria (Evangelische Jugend in der Evangelischen Landeskirche in Baden)
<u>Mitglieder:</u>	Bahlmann, Martin (Evangelische Jugend in der Evangelischen Landeskirche Anhalts)
	Büge, Joachim (Evangelische Jugend Schaumburg-Lippe)
	Deitigsmann, Regina (CVJM-Gesamtverband in Deutschland e. V.)
	Feldkamp, Simon (Evangelische Jugend in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland)
	Friebe, Bastian (Gemeindejugendwerk des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland KdäR (GJW))
	Jüngst, Dorothea (Arbeitsgemeinschaft Evangelische Schülerinnen- und Schülerarbeit (AES))
	Meyer, Carla (Arbeitsgemeinschaft Evangelische Schülerinnen- und Schülerarbeit (AES))
	Schimmel, Christian (Zentrum Bildung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), Fachbereich Kinder- und Jugendarbeit)
	Trumann, Eike (Evangelische Jugend Bremen)
<u>aej-Geschäftsstelle:</u>	Laser, Dr. Veit
<u>Mitarbeitende</u>	Küstner, Johannes
<u>Gäste:</u>	

TA für Theologie und Pädagogik

<u>Stellvertreter(in):</u>	Bockhacker, Antje (Bund Freier Evangelischer Gemeinden in Deutschland KdöR)
<u>Mitglieder:</u>	Bilz, Tobias (Evangelische Jugend in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens)
	Brandt, Rainer (Studienzentrum für evangelische Jugendarbeit in Josefstal e. V.)
	Eisenblätter, Sebastian (CVJM-Gesamtverband in Deutschland e. V.)
	Evers, Dr. Sven (Evangelische Jugend in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg)
	Hammer, Jörg (Jugendwerk der Zentralkonferenz der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK))
	Hoßfeld, Christine (Evangelische Jugend der Pfalz)
	Husemann, Felix (Arbeitsgemeinschaft Evangelische Schülerinnen- und Schülerarbeit (AES))
	Kehler, Thibaud (Arbeitsgemeinschaft Evangelische Schülerinnen- und Schülerarbeit (AES))
	Kreutz, Anke (Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen)
	Moritz, Kay (GJW Akademie)
	Neumann, Mathias (Evangelische Jugend von Westfalen)
	Pappert, Torsten (Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Stadtjugendarbeit e. V.)
	Paul, Mareike (Christliche Pfadfinderschaft Deutschlands e. V. (CPD))
	Scharff, Henning (Jugendwerk der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen

Kirche (SELK))

Schmeing, Bernhard (Evangelische Jugend in der Evangelisch-reformierten Kirche)

Schröder, Peter (Lippische Landeskirche, Referat Jugend- Frauen und Bildungsarbeit)

Strek, Mathias (Evangelische Jugend in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland)

Weber, Tom (Christliche Pfadfinderschaft Deutschlands e. V. (CPD))

Werner, Dr. Roland (CVJM-Gesamtverband in Deutschland e. V.)

Wildermuth, Bernd (Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Württemberg)

Vorstandsmitglieder:

Bethke, Mieke

Peters, Ann-Kathrin

aej-Geschäftsstelle:

Freitag, Michael

Mitarbeitende

Henkel, Steve Kennedy

Gäste:

Jessa, Kevin

Mitglieder:

Ablass, Sebastian (Deutscher Jugendverband "Entschieden für Christus" (EC) e. V.)

Drey, Meike (Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen)

Maisner, Miriam (Evangelische Jugend in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg)

Müller, Lerke (Evangelische Jugend in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg)

Pullen, Armin (Johanniter-Jugend in der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.)

Quasebarth, Gernot (Kinder- und Jugendpfarramt der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland)

Vogt, Sebastian (CVJM-Gesamtverband in Deutschland e. V.)

Wernikowski, Jens (Zentrum Bildung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), Fachbereich Kinder- und Jugendarbeit)

Vorstandsmitglieder:

Schalla, Dr. Thomas

aej-Geschäftsstelle:

Abel, Ulrike

Albes, Wiebke

Corsa, Mike

Ertel, Manuela

Malten, Marianne

Stoll, Bettina

Weber, Martin

Mitarbeitende

Beeres-Fischer, Eva

Gäste:

Flügge, Erik

Hempel, Matthias

Khanide, Marina

Kiene, Henning

Koepfell, Linda
Kronberg, Marko
Meier, Felix
Möller, Jörn
Ochel, Joachim
Otten, Julia
Oxen, Katrin
Schambach, Dr. Gabriele
Scholz, Hendrick
Schumacher, Stephan
Stalter, Carolin
Traut, Tobias
Utpatel, Christian
von Campenhausen, Jan
von Deylen, Stefan W.
Überschär, Dr. Ellen